

KÄMPFEN UM ZU GEWINNEN

FÜR EINEN SOZIALISTISCHEN FEMINISMUS



ROSA

eine Initiative der Internationalen Sozialistischen Alternative

FRAUENPOLITISCHES PROGRAMM DER ISA

IMPRESSUM

Herausgeber*in, Medieninhaber*in, für den Inhalt verantwortlich und redaktionelle Gestaltung:

Sozialistische LinksPartei (SLP) / Internationale Sozialistische Alternative (ISA)

Verlagsort: Pappenheimgasse 2, 1200 Wien

Herstellungsort: druck.at Druck- und Handelsgesellschaft mbH, 2544 Leobersdorf

Stand: **Februar 2022**

Bild am Cover: Pride Parade Linz 2018

Titelbild innen: Matura-Schulstreik 2022

WER IST DIE ISA? WER IST DIE SLP?

Die Sozialistische LinksPartei (SLP) ist die österreichische Sektion der internationalen Organisation „International Socialist Alternative (ISA)“. Die SLP benennt sich im Frühling 2022 in „Internationale Sozialistische Alternative (ISA)“ um. Deshalb verwenden wir in diesem Programm noch beide Namen (SLP/ISA). Wenn wir nur ISA schreiben, meinen wir unsere internationale Organisation.

ZUM SPRACHGEBRAUCH

In der deutschen Sprache wird in der Regel noch immer die männliche Form verwendet wenn z.B. ein Beruf bezeichnet wird, ganz egal, wie sich die Person, von der die Rede ist, tatsächlich identifiziert. Damit werden Frauen und LGBTQIA+-Personen in einem Text unsichtbar. Selbst wenn die weibliche Form verwendet wird, entsteht der Eindruck als gäbe es nur zwei Geschlechtsidentitäten, die Existenz von Trans-Personen z.B. wird nicht beachtet. Um diese Effekte zu vermeiden, „gendern“ wir in dieser Broschüre mit dem Sternchen-Symbol. Wenn wir von Frauen schreiben, dann meinen wir selbstverständlich auch Transfrauen. Transfrauen sind Frauen – deshalb schreiben wir nicht „Frauen*“. Zitate haben wir im Original belassen.

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung: Sexismus hat System und Ursachen	5
Der Ursprung von Frauenunterdrückung	6
Ohne Befreiung der Frau kein Sozialismus	6
Die Lage von Frauen in Job und Ausbildung	8
Ungleichheit ist systematisch	8
Erwerbslosigkeit und Pension	9
Lehrlinge und Ausbildungsbedingungen	9
Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz – Sexistische Kultur	10
Die Rolle der Gewerkschaften	11
Frauen und Familie	13
Rollenbilder	13
Who Cares? – Reproduktionsarbeit	14
Kinderbetreuung: öffentlich und hoch-wertig statt privat!	14
Pflege zu Hause: Frauen aus den eigenen vier Wänden befreien!	15
Lehren ziehen aus den Kämpfen im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereich	16
Gewalt gegen Frauen	20
Die Rolle des Staates	21
“Ich kann mir keinen Feminismus ohne Antirassismus vorstellen” – Angela Davis	22
Sexindustrie und Prostitution	24
My Body – My Choice!	27
Frauengesundheit	28
Für einen sozialistischen Feminismus	30
Neue Welle der Frauenbewegung	30
Identitätspolitik, Intersektionalität und Reformismus	32
Gegen jede Form von Unterdrückung	34
“Nur mit der proletarischen Frau wird der Sozialismus siegen.” – Clara Zetkin	38
Das Beispiel der Russischen Revolution	39
Sexismus bekämpfen = an die Ursachen gehen	41
Gewinnen können wir nur international	42

**KÄMPFEN UM ZU GEWINNEN –
FÜR EINEN SOZIALISTISCHEN FEMINISMUS**

DAS FRAUEN– POLITISCHE PROGRAMM

**DER
INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ALTERNATIVE (ISA)**

1.

EINLEITUNG: SEXISMUS HAT SYSTEM UND URSACHEN

Millionen von Frauen gehen seit einigen Jahren weltweit immer wieder auf die Straße. #MeToo, Ni una menos, #StrajkKobiet: Sie kämpfen gegen Sexismus, sexualisierte Gewalt, Femizide (Frauenmorde), Diskriminierung in z.B. Ausbildung und Job und Ungleichbehandlung. Sie demonstrieren für sexuelle Selbstbestimmung und ein unabhängiges und lebenswertes Leben ohne Angst und Unterdrückung. An den "Women's Marches" in den USA gegen Trump nahmen 2018 bis zu 2,5 Millionen Menschen teil. In Lateinamerika hat sich in den letzten Jahren eine neue Welle feministischer Massenmobilisierungen entwickelt, in Argentinien hat die Bewegung Ende 2020 nach jahrelangen Kämpfen endlich die Legalisierung von Abtreibungen durchgesetzt. In Irland wurden ähnliche Erfolge erkämpft und in Polen haben sich Massenproteste gegen die Angriffe der Regierung auf Frauenrechte gestemmt. Diese Bewegungen greifen die Kampfform des Streiks neu auf: Im spanischen Staat sowie in der Schweiz gab es in den letzten Jahren feministische Streiks mit millionenfacher Beteiligung von Frauen wie Männern.

Frauen stehen weltweit in den unterschiedlichsten Kämpfen und Protestbewegungen an vorderster Front: In Bewegungen gegen Diktaturen, Korruption und soziale Misere wie in Chile, Myanmar, im Libanon, Irak und Sudan, in sozialen Bewegungen wie #BlackLivesMatter, in der Klimabewegung, in Streiks und Arbeitskämpfen im Gesundheits- und Sozialbereich und so weiter.

Auch in Österreich ist das zu spüren. Die Sensibilisierung gegen sexistische Ungleichbehandlung, veraltete Rollenbilder und Gewalt an Frauen ist besonders unter Jugendlichen enorm gestiegen. Frauen waren diejenigen, die unter Corona doppelt und dreifach zu leiden hatten: Als Beschäftigte im Gesundheits- und Sozialbereich, im Handel und im Bildungswesen. Über 80% der Corona-Arbeitslosen 2020

waren weiblich, viele Frauen haben, wegen der Mehrfachbelastung mit Homeschooling und Kinderbetreuung "freiwillig" ihren Job aufgegeben. Gewalt in Familie und Partnerschaften hat weltweit zugenommen, Frauen wurden vermehrt in die eigenen vier Wände gedrängt und waren isolierter von der Außen- und Arbeitswelt. Österreich ist eines der Länder, in denen behauptet wird, Gleichberechtigung für Frauen sei längst erreicht: Unser Alltag beweist das Gegenteil, egal ob Zuhause, in Job oder Ausbildung. Die systematische Ungleichbehandlung von Frauen, der tagtägliche Sexismus und die Mehrfachbelastung für Frauen im kapitalistischen System sind unbestreitbar.

Während der bürgerliche und kleinbürgerliche "Quotenfeminismus" uns über Jahrzehnte versprochen hat, dass sich unsere Lage verbessern würde, wenn nur mehr Frauen an der Spitze von Unternehmen, in Regierungsposten oder in den Medien repräsentiert sind, haben wir zu spüren bekommen, dass weder pro-kapitalistische Politiker*innen noch Unternehmer*innen daran interessiert sind, die Situation der absoluten Mehrheit aller Frauen weltweit zu verbessern. Während der Corona-Pandemie haben die zehn reichsten Menschen der Welt mehr verdient, als die Impfungen für alle Menschen auf der Welt kosten würden. Gerade in Krisenzeiten verstärken sich die Ungleichheiten, die tief im Kapitalismus verankert sind. Aber als Marxist*innen wissen wir auch, dass diese Verhältnisse nicht "naturgegeben" sind. Jede Form der Diskriminierung hängt mit den gesellschaftlichen Bedingungen zusammen, in denen wir leben. Es liegt nicht an einer "natürlichen Dominanz" von Männern, dass Frauen in diesem System benachteiligt und unterdrückt werden. Der Kapitalismus basiert auf Privateigentum von Produktionsmitteln (also Firmen, Immobilien, Land, Aktienpakete, Vermögen) und benötigt die Benachteiligung und vor allem unbezahlte Arbeit von Frauen um zu funktionieren. Eine Minderheit der Gesellschaft, die kapitalistische Klasse, ist in Besitz von Großkonzernen und Banken und übt gleichzeitig die gesellschaftliche Macht aus. Wir leben in einer Welt, in der die acht reichsten Menschen so viel besitzen wie die Hälfte der Weltbevölkerung. Integraler Bestandteil einer solchen ungleichen Gesellschaft sind Unterdrückung, Diskriminierung und Benachteiligung. Sexismus ist notwendiger Bestandteil des Kapitalismus.

Wir wollen mit diesem Programm Vorschläge machen, wie der Kampf gegen Sexismus und Unterdrückung nicht nur geführt, sondern tatsächlich gewonnen werden kann. Wir stehen an einem entscheidenden Punkt der Menschheitsgeschichte: Der Klimawandel und alle anderen Krisen mit denen wir konfrontiert sind haben es uns vor Augen geführt. Es wird immer deutlicher, dass dieses System uns an einen Abgrund bringt. Die spezifische Unterdrückung von Frauen ist ein unlösbarer Widerspruch im Rahmen des kapitalistischen Systems. Der verfallende Kapitalismus macht die Lage von Frauen besonders unerträglich und kann all diese Probleme nicht lösen. Es ist deshalb dringend an der Zeit, auch in der feministischen Bewegung einen sozialistischen Flügel aufzubauen, als Sozialist*innen um die Führung dieser Bewegungen zu kämpfen und sie mit der sozialistischen

Bewegung zusammenzuführen. Wir nehmen uns folgendes Zitat der Sozialistin Clara Zetkin zum Grundsatz: “Die Frage der vollen Emanzipation der Frau erweist sich also in letzter und entscheidender Instanz als eine ökonomische Frage, die im innigsten Zusammenhang mit der Arbeiterfrage überhaupt steht und nur im Zusammenhang mit ihr endgültig gelöst werden kann. Die Sache der Frau und die Sache der Arbeiter gehören untrennbar zusammen und finden ihre letzte Lösung nur in einer sozialistischen, auf Emanzipation der Arbeit vom Kapitalisten begründeten Gesellschaft.”

DER URSPRUNG VON FRAUENUNTERDRÜCKUNG

Als Marxist*innen gehen wir immer an die Wurzel von Problemen: Deshalb analysieren wir den Ursprung der Frauenunterdrückung. Denn nur wenn wir das Übel an der Wurzel packen, können wir Sexismus endgültig beenden. Friedrich Engels beschreibt bereits 1884 in seinem Werk “Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates”, wie Frauenunterdrückung im Zusammenhang mit den ersten Klassengesellschaften entstanden ist. Durch die Entwicklung von Ackerbau und Viehzucht wurde erstmals ein Mehrprodukt geschaffen, das durch die Sesshaftigkeit auch gelagert werden konnte. Damit verbunden entwickelte sich Privateigentum an Grund und Boden und erzeugte die Frage nach der Vererbung. Darüber hinaus war mit dem Ackerbau erstmals eine gesicherte Grundlage für die Ernährung aller geschaffen, weshalb die Vermehrung des Stammes als Segen angesehen und die Rolle der Frau als Gebälerin aufgewertet wurde.

Die Produktion eines Überschusses (gesellschaftliches Mehrprodukt) und die damit verbundene Arbeitsteilung bildete die Grundlage für die weitere Entwicklung die Jahrtausende dauerte. Es lag immer mehr im Interesse von Männern, eine bzw. mehrere Frauen für sich alleine zu “beanspruchen”, um feststellen zu können, welche Kinder von welchem Mann gezeugt wurden und sich Frauen untertan zu machen. Nach langen Kämpfen um die Vormachtstellung wurde das Mutterrecht durch die Erbfolge nach väterlicher Linie verdrängt. Dies führte letztendlich zur Institutionalisierung der Ehe und Familie. Nicht nur Grund und Boden, sondern auch Frau und Kinder galten nun als Privateigentum des Mannes. Die Stellung der Frau musste mittels der radikalen Veränderung der Heiratsvorschriften und der Kindererziehung erschüttert werden, um patriarchale Strukturen zu schaffen. Die Familie wurde langsam aber sicher zu einer unersetzlichen Institution, die die Erhaltung des Privateigentums durch die Erbschaft wie auch die soziale Unterdrückung der Klassengesellschaft in all ihren Formen garantiert.

Karl Marx erklärte, dass Gesellschaften, ihre Lebensformen und Moralvorstellungen immer in den jeweils bestehenden ökonomischen Verhältnissen begründet sind.

Mit der Entstehung des Kapitalismus, wie wir ihn heute kennen, änderten sich die gesellschaftlichen Bedingungen. Doch die Rolle der Institution Familie blieb wesentlich die gleiche, denn sie war nützlich für die herrschende Klasse. Kapitalismus baut auf der Ausbeutung von Arbeitskraft auf. Will man die Arbeitskraft eines Menschen möglichst lange und möglichst effektiv ausbeuten, muss sie eine gewisse Zeit halten. Die Familie bzw. die Ausbeutung der Frau innerhalb der Familie wurden zum “Erholungsort” des Mannes. Es wurde zur höchsten Pflicht der Frau im Haus alles zum Wohle des Mannes zu gestalten. Doch der Kapitalismus ist auch voller innerer Widersprüche. Mit der Industrialisierung entstand ein ungeheurer Bedarf an Arbeitskräften. So wurden auch Frauen und Kinder in die Fabriken gezogen. Für die Kapitalist*innen bedeutete das einerseits eine neue Quelle billiger Arbeitskraft, für die Frauen andererseits, aus der sorgsam geschaffenen familiären Isolation treten zu können. Durch den Kontakt zu anderen Arbeiter*innen wurden sie in kollektive Lohn- und Arbeitskämpfe und generell in die Arbeiter*innenbewegung gezogen. Sie waren teilweise der kämpferischste Faktor, mussten aber auch um ihren Platz in der Arbeiter*innenbewegung kämpfen (mehr dazu in “Nur mit der proletarischen Frau wird der Sozialismus siegen”). Doch die Strukturen der traditionellen Familie wurden nicht aufgebrochen, da ihre Funktionen für den Kapitalismus lebenswichtig sind. Je nach wirtschaftlichem Bedarf wird die Rolle der Frau in der Familie stärker oder schwächer betont. Die Frau, der die gesamte Verantwortung für die Familie aufgebürdet wird, leistet nach wie vor unbezahlte Arbeit, die die Aufrechterhaltung der Gesellschaftsordnung ermöglicht (mehr dazu im Kapitel “Frauen und Familie”). Das idealisierte Bild von der Familie, die als “Keimzelle des Staates” zur Aufrechterhaltung der “Ordnung” diente war aber stets nur für eine kleine Minderheit Realität. Die Frauen der Arbeiter*innenklasse bzw. aus ärmeren Schichten mussten immer auch außerhalb der Familie arbeiten, waren häufig betroffen von Trennung und Alleinerzieher*innen.

Die große Errungenschaft dieser Analyse von Friedrich Engels und ihrer Weiterentwicklung durch Marxist*innen wie Clara Zetkin oder Alexandra Kollontai besteht in der Erkenntnis, dass Frauenunterdrückung – also Sexismus und andere Formen der Unterdrückung – nichts Naturgegebenes ist und dass wir daher diese Verhältnisse auch wieder verändern können.

OHNE BEFREIUNG DER FRAU KEIN SOZIALISMUS

Um wirkliche Gleichbehandlung für Frauen durchzusetzen braucht es einen kompletten Bruch mit der bisherigen Ordnung in jedem Bereich: Wirtschaft, Gesellschaft und Familie. Der notwendige Start für einen solchen Umsturz ist das Ende des Kapitalismus. Die Arbeiter*innenklasse stellt die Mehrheit der Bevölkerung in vielen Ländern. Sie ist

überall DIE Kraft in der Gesellschaft, die zu einem solchen Umsturz fähig ist. Deshalb erkennen wir als Sozialist*innen auch die entscheidende Rolle der Arbeiter*innenklasse für die Frauen-befreiung.

Sowohl die Geschichte als auch jüngere Beispiele zeigen, wie mächtig eine proletarische Frauenbewegung, also eine die auf der Arbeiter*innenklasse und ihren Methoden basiert, ist. Auch in Österreich geben die zunehmenden Kämpfe in frauendominierten Branchen wie dem Gesundheits- und Sozialbereich der vergangenen Jahre eine Vorstellung davon, welche Kraft eine solche Bewegung hätte, die sich an den Interessen proletarischer Frauen orientiert. Aufgabe der vorliegenden Broschüre ist, zum einen, die Lage von Frauen und Mädchen in Österreich abzubilden und zum anderen, Forderungen für die Verbesserung der Lage und volle Gleichberechtigung und Selbstbestimmung aufzustellen und darüberhinaus aufzuzeigen, warum echte Gleichberechtigung nur durch eine sozialistische Alternative umgesetzt werden kann.

Wo wir aktiv sind, spielen wir eine wichtige Rolle im Aufbau und der Stärkung von Protesten und Bewegungen. In Irland hat die sozialistisch-feministische Kampagne ROSA

(for Reproductive rights, against Oppression, Sexism & Austerity) die von der Socialist Party (Schwesterorganisation der SLP/ISA in Irland) initiiert wurde, einen zentralen Beitrag zur Legalisierung von Abtreibungen geleistet. Um Bewegungen zum Erfolg zu bringen sind verschiedene Aspekte wichtig: Bestandsaufnahme des Ist-Zustandes, Erkennen von Ungerechtigkeiten, Entwicklung eines Programms, Organisation, Mobilisierung, Zusammenhalt, Solidarität. Zentral ist, eine Vision zu entwickeln, wie wir nicht nur den einen oder anderen Missstand beseitigen, sondern wie wir die tatsächliche Befreiung erreichen – für uns, für Menschen in anderen Teilen der Welt und für die nachfolgenden Generationen. Der Kampf für Frauenemanzipation ist aus unserer Sicht integraler Bestandteil des Kampfes für eine sozialistische Welt. Eine Welt, in der Gleichberechtigung, Selbstbestimmung, soziale Sicherheit, Recht auf Bildung und Zukunft keine leeren Worte sind. Eine sozialistische Demokratie, in der Wirtschaft und Gesellschaft unter Kontrolle und Verwaltung der Arbeiter*innenklasse gebracht und nach den Bedürfnissen von Mensch und Natur organisiert werden. Nur eine solche Welt kann die Ungleichstellung der Geschlechter endgültig beseitigen.



ISA-Aktivist*innen am Protest rund um den COP26-Klimagipfel 2021 in Glasgow

2.

DIE LAGE VON FRAUEN IN JOB UND AUSBILDUNG

Die Basis für die diversen Diskriminierungen und Formen der Gewalt und Unterdrückung von Frauen betreffen ihre Stellung in dem Wirtschaftssystem in dem wir leben, dem Kapitalismus. Für uns ist der Ausgangspunkt also die Rolle, die Frauen aus der Arbeiter*innenklasse in Produktion und Gesellschaft einnehmen und wie der Kapitalismus davon profitiert. Damit verbunden ist die Bedeutung der "traditionellen Familie", der unbezahlten Arbeit von Frauen und die Ursachen dafür, die wir im kapitalistischen System an sich sehen. Die quasi "doppelte" Ausbeutung von Frauen aus der Arbeiter*innenklasse ist zurückzuführen auf ihre Erwerbsarbeit und die Tatsache, dass sie immer noch den überwiegenden Anteil der unbezahlten Pflege-, Care- und Hausarbeit leisten.

Sexismus trifft nicht nur Frauen aus der Arbeiter*innenklasse und sozial schlechter gestellte Frauen, sondern alle Frauen. Doch es sind Frauen aus der Arbeiter*innenklasse die doppelt und dreifach von dieser Unterdrückung betroffen sind und sich nicht grundlegend aus ihrer sozialen Position befreien können (mehr dazu im Kapitel 6). Alle Menschen, die "nichts zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft" gehören zur Arbeiter*innenklasse – also alle, die nicht die Mittel haben um von der Arbeit anderer zu leben. Dazu gehören Industriearbeiter*innen genauso wie Kassierer*innen, Pfleger*innen ebenso wie Erwerbslose oder Pensionist*innen. Die kapitalistische Gesellschaft basiert auf der Ausbeutung der Arbeiter*innenklasse und Frauen aus der Arbeiter*innenklasse sind aus verschiedenen Gründen und auf unterschiedliche Art und Weise besonders davon betroffen. Ungleichheit am Arbeitsplatz ist ein wesentlicher Bestandteil der Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen. Die Basis für die Entwicklung der Frauenbewegung(en) im Laufe der Geschichte war immer auch die jeweilige Situation des weiblichen Teils der Arbeiter*innenklasse.

In Österreich war die Zunahme der Erwerbsquote seit 1994 fast ausschließlich weiblich. Heute ist circa die Hälfte der Beschäftigten weiblich. 88 % der Beschäftigten in Betreuungsberufen sind weiblich, 81% des Gesundheitspersonals, 70 % im Lebensmittelhandel. Es ist kein Zufall, dass Wut und Kampfbereitschaft in frauendominierten Branchen besonders groß ist – denn nicht nur sind Arbeitsbedingungen und Löhne katastrophal, sondern auch die Konfrontation mit allen Formen von Sexismus und Abwertung ist gerade dort enorm groß. Dazu kommt, dass sie auch noch den überwiegenden Anteil der unbezahlten Arbeit leisten.

Das Kapital ist im ständigen Widerspruch, zwischen der Tatsache Frauen als Arbeitskräfte zu benötigen, aber auch einen großen Teil der Reproduktionsarbeit ins Private auszulagern und Rollenbilder zu festigen. Einerseits liegt also die Erwerbsquote von Frauen fast auf dem männlichen Niveau, gleichzeitig nimmt die unbezahlten Arbeit durch Sozialabbau insgesamt zu und ändert sich wenig an der Aufteilung zwischen den Geschlechtern – das ist auch die Basis für eine neue politische Radikalisierung unter Frauen und besonders jungen Frauen aus der Arbeiter*innenklasse. Zu den Ungleichheiten, die die bezahlte und unbezahlte Arbeit direkt betreffen, kommt nämlich die Tatsache, dass Frauen aus der Arbeiter*innenklasse aufgrund ihrer sozialen Stellung auch von rechtlicher Ungleichheit, Sexismus, Gewalt etc. härter betroffen sind. Eine Beschäftigte im Handel hat weniger Mittel, um sich gegen einen übergriffigen Chef erfolgreich zu wehren und muss Angst haben, den Job zu verlieren etc. Eine erwerbslose Frau hat weniger Möglichkeiten sich von einem gewalttätigen Partner zu trennen, wenn sie sich keine eigene Wohnung leisten kann. In Ländern mit restriktiven Abtreibungsgesetzen kann es sich die Mehrheit von Frauen nicht leisten, ohne große finanzielle Bürden in ein anderes Land zu reisen und die Abtreibung dort durchzuführen. Das sind nur ein paar Beispiele. Die Klassenunterschiede zwischen Frauen lassen sich im Rahmen dieses Systems nicht lösen – es geht also darum zu erkennen, welche Interessen etablierte und bürgerliche Feminist*innen vertreten, die uns immer noch erklären wollen, dass Frauen einen guten Job und ein erfülltes Leben haben können, wenn sie nur hart arbeiten. Das ist nicht nur eine Lüge gegenüber Frauen, sondern auch gegenüber der gesamten Arbeiter*innenklasse.

UNGLEICHHEIT IST SYSTEMATISCH

Selbst in einem Land wie Österreich verdienen Frauen immer noch rund 18,6 % weniger als Männer. 2021 haben ÖGB und AK berechnet, dass bei der aktuellen Entwicklung die Einkommensschere frühestens 2054 geschlossen würde.

Oft sind Frauen gezwungen Teilzeit-Jobs anzunehmen, um Beruf und Familie zu bewältigen. Die Teilzeitquote unter Frauen liegt bei circa 50 % und eine Studie der Universität Wien und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften

aus 2020 hat bestätigt, dass die große Mehrheit der Frauen nicht freiwillig Teilzeit arbeitet (75 % geben als Grund Kinderbetreuung an). Doch auch bei Vollzeitarbeit verdienen Männer bei gleicher Ausbildung im gleichen Beruf häufig mehr. Es gibt in Österreich keine Branche oder Berufsgruppe, in der Frauen gleich viel verdienen wie Männer. Die immer noch vorherrschenden Rollenbilder von der “Frau am Herd” übertragen sich auch auf die Lohnarbeit. Niedrigere Löhne werden direkt oder indirekt mit biologistischen Eigenschaften gerechtfertigt, die Frauen zugeschrieben werden (fürsorglich, helfend, selbstlos, schwächer, weniger leistungsfähig usw.).

Für diese Ungleichheit gibt es verschiedene Gründe. Frauen sind oft in Niedriglohnbranchen beschäftigt und werden allgemein öfter in untere Lohngruppen eingestuft. Das ist kein Zufall. Frauen füllen einen großen Teil der Jobs die in den letzten Jahrzehnten zugenommen haben – im Dienstleistungs- und Care-Bereich. Alles Bereiche mit niedrigen Löhnen – was mehr Profite für die Konzerne und Bosse bedeutet. Das heißt, dass die herrschende Klasse die allgemeine Unterdrückung von Frauen nutzen konnte, um hier besonders schlechte Löhne zu erzielen und Profite zu sichern – eine “faire” Bezahlung ist im Kapitalismus an sich nicht möglich, in diesen Branchen ist es besonders schlimm.

Durch “flexible” Arbeitszeitformen wird die Ungleichheit am Arbeitsplatz gefestigt. Frauen stellen z.B. die große Mehrheit der geringfügig Beschäftigten, besonders in Handel und Gastronomie. Arbeitszeitflexibilisierung wird oft als Fortschritt für Frauen dargestellt, weil sie dadurch angeblich Beruf und Familie besser “unter einen Hut” bringen könnten. Damit werden nicht nur Rollenbilder zementiert, es entspricht auch nicht der Realität. Insgesamt haben Frauen schlechtere Chancen am Arbeitsmarkt und sind seltener gewerkschaftlich organisiert, aufgrund der falschen/mangelnden Politik der Gewerkschaftsführungen und ihrer starken Orientierung auf die “traditionellen” Teile der Arbeiter*innenklasse, wie die Industrie. All das wurzelt in der Logik des kapitalistischen Systems und in der Kombination folgender Faktoren: der Notwendigkeit von Frauen als unbezahlte/niedrig bezahlte Arbeitskräfte, der Spaltung der Arbeiter*innenklasse, Rollenbildern und ganz allgemeinen Verschlechterungen für die Arbeiter*innenklasse im Hinblick auf Löhne, Arbeitszeit etc. besonders in Krisenzeiten.

ERWERBSLOSIGKEIT UND PENSION

Zumindest seit 1986 ist in Österreich die Arbeitslosenquote bei Frauen höher als bei Männern. Frauen erhalten wegen der niedrigeren Löhne auch weniger Arbeitslosengeld und Notstandshilfe als Männer. Da sich Frauen tendenziell häufiger als Männer um Kindererziehung und Pflege von Angehörigen kümmern, sind sie oft für den Arbeitsmarkt nicht so verfügbar, wie es erforderlich ist, um sich arbeitslos zu melden. Jüngere Frauen sind oft grundsätzlich benach-

teiligt bei der Arbeitsplatzsuche wegen einer potenziellen Schwangerschaft, der damit zusammenhängenden Karenz und fehlender Kinderbetreuung. Nach einem längeren Ausfall von der Arbeit fällt es vielen schwer wieder eine Arbeit zu finden. Dies gilt im besonderen Maße für alleinerziehende Frauen. Niedrigere Löhne sowie häufige und längere Erwerbsunterbrechungen, etwa durch Kinderbetreuung oder die Pflege von Angehörigen, sind für Frauen auch ein Einkommensverlust im Alter. Frauen bekommen in Österreich im Durchschnitt 42 % weniger Pension als Männer. Hinzu kommt der kontinuierliche Fall des allgemeinen Pensionsniveaus.

Wir wissen auch, dass dementsprechend Sozialabbau vor allem Frauen trifft. Die neoliberale Offensive der vergangenen Jahre und Jahrzehnte mit Angriffen auf Löhne und Sozialleistungen erhöht den Druck auf Frauen ganz besonders. Diverse Kürzungen im Bildungsbereich und bei Pflege und Gesundheit, bei Alleinerzieher*innen und Erwerbslosen etc. haben dazu gedient, die Arbeiter*innenklasse für die wirtschaftliche Krise zahlen zu lassen und die Profite der Konzerne zu sichern. V.a. Frauen müssen die Löcher, die diese Kürzungen geschlagen haben durch unbezahlte oder mies bezahlte Arbeit notdürftig stopfen. Armut ist in Österreich zum großen Teil weiblich. Sie trifft sowohl erwerbstätige als auch erwerbslose Frauen. Ähnliches gilt für Wohnungslosigkeit – wohnungslose Frauen sind Gewalt und Übergriffen schutzlos ausgeliefert, die Auswirkungen der Krise und der steigenden Mietpreise sind eine Katastrophe für Frauen, ebenso wie Sparmaßnahmen und Kürzungen im Sozialbereich und in der Wohnungslosenhilfe. All das führt zu einer hohen Rate versteckter Wohnungslosigkeit bei Frauen, die aus Alternativlosigkeit bei einem gewalttätigen Partner bleiben bzw. de facto mit Sex für Wohnen zahlen müssen, um nicht auf der Straße zu landen.

LEHRLINGE UND AUSBILDUNGSBEDINGUNGEN

Vorbereitet auf diese Job-Situation werden junge Menschen, vor allem junge Frauen schon in der Ausbildungszeit. Egal ob an den FHs, bei der Ausbildung oder in der Lehre – auch hier sind Frauen besonders benachteiligt und auch hier sind besonders frauendominierte Branchen wie Pflege, Sozialbereich und Elementarpädagogik von miesen Ausbildungsbedingungen und vor allem unbezahlten Praktika etc., aber auch von Rollenklischees und damit einhergehenden Benachteiligungen betroffen. Die Berufs- und Ausbildungswahl ist immer noch besonders bei jungen Frauen von Geschlechterstereotypen geprägt. Diejenigen, die sich für einen männerdominierten Beruf entscheiden wissen oft, dass sie ein dickes Fell haben müssen und es häufig mit einem sexistischen Klima, gerade gegenüber Lehrlingen, zu tun

haben werden. 2021 haben 74% der weiblichen Lehrlinge Probleme angegeben, die sie in der Lehre einschränken (58% der männlichen), besonders in Gastronomie und Einzelhandel. Hier sind Beschäftigte besonders oft von Arbeitsdruck, Überstunden und hierarchischen Strukturen betroffen.

In der Ausbildung werden junge Frauen auch darauf vorbereitet, niedrige Löhne und prekäre Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. Nicht umsonst gab es in den letzten Jahren zunehmend laute Forderungen und zum Teil gewerkschaftliche Proteste für die Forderung nach bezahlter Ausbildung im Gesundheits- und Sozialbereich. Beschäftigte dort werden quasi schon während der Ausbildung auf die miesen Arbeitsbedingungen vorbereitet. Praktikant*innen werden vom System als unbezahlte Arbeitskräfte gebraucht. Ein Beispiel dafür ist die Pflege: Pflege war in Europa lange von religiösen Orden dominiert. Die professionalisierte, also die berufliche und öffentliche Pflege ist in Österreich nicht alt. Hartnäckig war und ist die Vorstellung, verbunden mit dem Frauenbild und der Darstellung der Kirche, dass Pflegekräfte ihre Arbeit aus Nächstenliebe machen sollen. Dieses ideologische Bild zieht sich auch heute in der Ausbildung durch. Es wird von Regierung und herrschender Klasse reproduziert, um sich Geld zu sparen. Eines der größten Probleme bei der Pflegeausbildung, ähnlich wie in der gesamten Branche, sind unterschiedliche Qualifizierungen und Berufe. Diese Zersplitterung ist oft ein Hindernis für den gemeinsamen Kampf um Verbesserungen. Und sie zementiert auch hierarchische Strukturen, unter denen besonders (junge) Frauen leiden. Dazu kommen Übergriffe, sexistische Sprüche usw. durch Vorgesetzte, Patient*innen etc., denen Auszubildende oft schutzlos ausgeliefert sind.

Welche Form der Ausbildung sinnvoll wäre, und zwar in allen Berufen, welches Verhältnis von Theorie und Praxis und wie viele Jahre solche Ausbildungen bräuchten – all das wissen Beschäftigte und Auszubildende selbst am besten. Daher sind nicht nur konkrete Verbesserungen wie Bezahlung, mehr Personal etc. sondern auch eine grundlegende Umgestaltung der Ausbildung und Lehre unter Kontrolle der Lehrenden, Auszubildenden, Beschäftigten notwendig. Es braucht ein grundlegend anderes Verständnis von Ausbildungen und Lehre – Auszubildende und Lehrlinge dürfen keine kostenlosen oder “billigen” Arbeitskräfte sein, stattdessen ist es notwendig sowohl eine qualitativ hochwertige Ausbildung und ein Gehalt, von dem man leben kann, zur Verfügung zu stellen.

Das würde auch Rollenbilder und die Abwertung von jungen weiblichen Auszubildenden/Lehrlingen/Beschäftigten bekämpfen, weil es “typische Frauenberufe” aufwerten und die Stellung von Auszubildenden verbessern würde. An Schulen und Bildungseinrichtungen ab dem Kindergarten muss das kritische Hinterfragen und Auflösen veralteter Rollenbilder nicht nur in den Lehrplänen, sondern vor allem auch in der Unterrichtspraxis verankert werden. Geschlechterstereotype Berufswahl wird aber nicht nur durch solche Aufklärungsarbeit oder durch Imagekampagnen und „Girls

Days“ behoben werden: Es braucht eine massive materielle Aufwertung von als „weiblich“ abgewerteter Arbeit, etwa im Gesundheits- und Sozialbereich, durch höhere Löhne und mehr Personal.

SEXUELLE BELÄSTIGUNG AM ARBEITSPLATZ – SEXISTISCHE KULTUR

Sexistische Witze, abschätzige Bemerkungen oder Hinterherpfeifen gehören für die meisten Frauen zum Alltag – auch am Arbeitsplatz. Auch körperliche Übergriffe sind keine Seltenheit, besonders durch Vorgesetzte. 2021 berichteten Journalist*innen über übergriffiges Verhalten durch Österreich-Chef Wolfgang Fellner – ein mutiger Schritt von ihnen in die Öffentlichkeit zu gehen, der skandalöserweise mit Verleumdungsklagen gegen sie endete. Mehr als jede zweite Frau berichtete 2018 über sexuelle Übergriffe im Job. Meist durch Kunden, Klienten, Vorgesetzte oder Geschäftspartner. Sexuelle Belästigung hat schwerwiegende Folgen. Obwohl viele Frauen heutzutage sich nicht mehr alles gefallen lassen wollen, wissen wir, wie Machtverhältnisse am Arbeitsplatz wirken. Viele glauben sich allein mit dem Problem und haben (die berechnete!) Angst vor Konsequenzen, wenn sie sich zu Wehr setzen. Die Folge ist, dass sich nur ein sehr geringer Prozentsatz der Frauen beim Betriebsrat, bei Vorgesetzten oder Vertrauenspersonen beschwert. Häufig verlassen Frauen lieber von sich aus den Betrieb oder lassen sich versetzen, weil sie das Klima nicht mehr aushalten.

Dass Männer sich dazu berechtigt fühlen, Frauen zu belästigen, liegt an der beschriebenen Ungleichbehandlung von Männern und Frauen im Betrieb und am gesellschaftlichen Sexismus allgemein. Doch niemand muss solche Erniedrigungen dulden, wir können uns kollektiv dagegen wehren.

Das Gleichbehandlungsgesetz aus dem Jahr 1979, das 1993 novelliert wurde, umfasst auch ausdrücklich die sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Damit solche Gesetze jedoch nicht nur auf dem Papier existieren, müssen wir und müssen die Gewerkschaften darum kämpfen, dass z.B. Betriebsrät*innen ein Instrument in die Hände bekommen, um betroffenen Frauen wirksam zu helfen und gegen Sexismus am Arbeitsplatz präventiv vorzugehen. Gleichzeitig ist klar, dass es ohne grundlegende gesellschaftliche Veränderung kein Ende von Alltagssexismus geben wird.

Kampfmethoden der Arbeiter*innenbewegung können einen großen Teil dazu beitragen, schon im hier und jetzt Sexismus am Arbeitsplatz zu bekämpfen. Im Herbst 2018 kam es gleich in zwei weltweiten Konzernen – McDonalds und Google – zu so genannten „Walk outs“ gegen sexistische Diskriminierung und Übergriffe am Arbeitsplatz. 2021 traten 3.500 Beschäftigte des Automobilkonzerns Mercedes im Baskenland in einen symbolischen Streik, nachdem eine ihrer

Kolleginnen ermordet worden war. Die feministischen Streiks im spanischen Staat 2018 wurden, gepusht durch die Massenbasis, maßgeblich von den Gewerkschaften organisiert und haben Aktionen in den Betrieben mit eingeschlossen. Bei all diesen Beispielen ist bezeichnend, dass die Beschäftigten unabhängig vom Geschlecht gemeinsam in Aktion traten. So konnte nicht nur das Thema an die Öffentlichkeit gezerzt werden – es half auch, die Beschäftigten in von prekären Beschäftigungsverhältnissen geprägten Konzernen wie McDonalds gewerkschaftlich zu organisieren. Dies gibt eine Idee davon, welche Rolle die Gewerkschaften auch hier und heute spielen könnten, um die öffentliche Debatte und die konkrete Situation zu beeinflussen. Sie repräsentieren einen großen Teil der Bevölkerung und können großen Einfluss auf die öffentliche Meinung, die Politik, sowie auch auf das Verhalten ihrer eigenen Mitglieder ausüben – wenn sie das Thema Frauenunterdrückung ernst nehmen.

WIR KÄMPFEN FÜR:

- ★ Konsequenter Kampf gegen Sexismus am Arbeitsplatz: Betriebsrät*innen müssen durch fachliche Schulung für das Problem sensibilisiert werden, damit sich Betroffene an sie wenden können.
- ★ Aufklärung im Job durch Gewerkschaft, Betriebsrät*innen und Arbeiterkammer darüber, was Belästigung und Gewalt ist, welche Folgen hat und welche Anlaufstellen es für Betroffene gibt.
- ★ Eine Offensive des ÖGB gegen sexuelle Belästigung und Sexismus am Arbeitsplatz mit Information über alle gewerkschaftlichen Kanäle und mit betrieblichen Aktionen.
- ★ Ein Klima am Arbeitsplatz, erkämpft von Betriebsrat und Gewerkschaft, in dem Betroffene von häuslicher und partnerschaftlicher Gewalt offen darüber reden und sich Hilfe holen können. Denn Gewalt ist keine Privatsache.
- ★ Lebendige gewerkschaftliche Strukturen, damit all das nicht nur auf dem Papier passiert. Für einen kämpferischen Kurs der Gewerkschaften: Schluss mit Sozialpartnerschaft! Organisation an der Basis und im Betrieb, um eine Alternative zur verkrusteten Gewerkschaftsbürokratie aufzubauen.
- ★ Gleichen Lohn für gleiche Arbeit – Kampf dem Gender Pay Gap! Daher: Offenlegung aller Geschäftsbücher und regelmäßige Kontrollen aller Betriebe u.a. hinsichtlich der Lohnzahlungen durch Gewerkschaften und Betriebsrät*innen.

- ★ Milliardeninvestitionen in Gesundheit-, Bildung und Soziales zur unmittelbaren Erhöhung der Löhne und Gehälter, Einstellung von zusätzlichem Personal, Verkürzung der Arbeitszeit und Ausbau der Versorgung.
- ★ Einen Mindestlohn und eine gesicherte, eigenständige Mindestpension für alle von 1.700 Euro netto
- ★ Volle Lohnzahlungen während der Karenz und Jobgarantie. Bezahlter Sonderurlaub wenn Frauen in Folge von häuslicher Gewalt Schutz suchen müssen.
- ★ Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn und Personalausgleich. Verkürzung der Lebensarbeitszeit.
- ★ Erwerbslose und aktuell Beschäftigte dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden – Nein zu Kürzungen bei Leistungen für Erwerbslose für eine Mindestsicherung von der Menschen leben können unabhängig vom letzten Bruttolohn!
- ★ Bezahlte Ausbildung und Praktika mit einem Lohn, von dem man leben kann!

DIE ROLLE DER GEWERKSCHAFTEN

Im Kampf gegen Sexismus, Gewalt an Frauen und Ungleichheit kommt den Gewerkschaften als Organisationen der Arbeiter*innenklasse eine besondere Rolle zu. „An injury to one is an injury to all“ (Ein Angriff auf eine*n ist ein Angriff auf uns alle) ist nicht umsonst ein altes gewerkschaftliches Prinzip. Hier geht es nicht nur um Solidarität, sondern auch um eine notwendige Grundlage für eine starke Gewerkschaftsbewegung. Kampffähige Gewerkschaften brauchen starke und selbstbewusste Mitglieder und eine Mitgliedschaft, die gemeinsam gegen Ungerechtigkeiten vorgeht, auch wenn diese – scheinbar – nur einen Teil der Mitgliedschaft direkt betreffen. Dennoch haben sich Frauen historisch ihren Platz in der Arbeiter*innenbewegung mühsam gegen Widerstände erkämpfen müssen. Heute bekennen alle Gewerkschaften zumindest in Worten, dass sie gegen Sexismus und die Benachteiligung von Frauen kämpfen. Doch was bedeutet das in der Praxis? Miese Kollektivvertragsabschlüsse in frauen-dominierten Branchen und das Mittragen von Verschlechterung stehen dem diametral entgegen. Beim Kampf gegen Gewalt und Sexismus reichen Presseaussendungen und hier und da mal ein Informationsblatt nicht aus – es muss um eine echte Offensive in den Betrieben gehen, auch um Kolleg*innen zu mobilisieren. Außerdem haben Gewerkschaften auch eine enorme politische Mobilisierungskraft. Wenn sie ihre Mitgliedschaft für den Kampf gegen Sexismus, Femizide etc. auf die Straße mobilisieren, würde das den feministischen Protesten eine ganz andere Qualität verleihen.

Die Sozialpartnerschaft, in der die Gewerkschaftsführung verhaftet ist, ist zutiefst schädlich, auch im Kampf um Frauenrechte. Besonders in frauendominierten Branchen ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad aufgrund des falschen Kurses der Gewerkschaftsführung und dem langen nahezu "Ignorieren" dieser Branchen viel niedriger als z.B. in der Industrie. Hier braucht es besondere Anstrengungen, um Kolleg*innen zu organisieren, über ihre Rechte zu informieren und zu aktivieren. Ist die Gewerkschaft kämpferisch, kommen auch die Mitglieder. Wir brauchen keine Gewerkschaften, die sich auf faule Kompromisse einlassen und Burgfrieden mit der Bundesregierung suchen – das schadet Frauen aus der Arbeiter*innenklasse doppelt und dreifach. Wir wollen gemeinsam mit Betriebsrät*innen an der Basis daran arbeiten, in ihren eigenen Betrieben und mit ihren Kolleg*innen, in die Offensive zu kommen und Maßnahmen gegen Sexismus zu setzen. Erste Schritte können Betriebsversammlungen und Protestaktionen, kurze Walk-Outs oder Streikworkshops sein. Betriebsrät*innen können Diskussionen über frauenspezifische Probleme im Betrieb anstoßen, Basisgruppen aufbauen und selbstständige Mobilisierungen, zum Beispiel an Tagen wie dem 8. März, organisieren. So kann auch der nötige Druck von unten auf die Gewerkschaftsführungen aufgebaut werden. Wir können nicht darauf warten, dass diese ihren Kurs ändern, sondern müssen selbst etwas dafür tun. Deshalb haben Aktivist*innen von SLP/ISA und ROSA 2021 unter dem Motto "den 8. März wieder zum FrauenKAMPF-Tag machen" einen Antrag in das GPA-Bundesforum eingebracht und unter anderem vorgeschlagen:

siehe Kasten rechts



ROSA-Aktivistin am GPA-Bundesforum 2021

Dieser Antrag ist ein Beispiel dafür, was wir von den Gewerkschaften einfordern müssen. Natürlich werden solche Anträge aber für einen Kurswechsel der Gewerkschaften nicht ausreichen. Um demokratische, kämpferische und aktive Gewerkschaften zu erkämpfen, müssen sich Kolleg*innen und kämpferische Betriebsrät*innen an der Basis organisieren und eine linke Opposition zu der bürokratisierten Gewerkschaftsführung aufbauen, um sie unter Druck zu bringen. Ein Ansatzpunkt dafür sind Basisinitiativen wie "sozial aber nicht blöd", die einen solchen Kurswechsel erkämpfen wollen. Dabei nehmen sie keine abwartende Haltung ein, sondern organisieren selbst Kampagnen und Aktivitäten, um zu zeigen was notwendig ist.

Antrag am GPA-Bundesforum 2021: Den 8. März wieder zum FrauenKAMPFtag machen!

- ★ Eine Kampagne gegen Gewalt an Frauen und für gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die ein unabhängiges Leben ermöglichen.
- ★ Die Kampagne besteht aus Information der GPA-Mitglieder und breiter Öffentlichkeitsarbeit, sowie Diskussion und Organisation von (neuen) Gewerkschaftsmitgliedern zu den genannten Themen, und soll als Ziel eine breite Mobilisierung der Mitgliedschaft zu Aktionen am 8. März 2021 haben.
- ★ Die Informationskampagne zu den Themen Sexismus, Gewalt an Frauen und Femizide, ungleiche Bezahlung, mangelnde Finanzierung im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich soll im Anschluss an das GPA Bundesforum, unter Einbeziehung aller Strukturen aufbauend zum 8. März 2022 umgesetzt werden und soll deutlich machen: Frauenrechte gehen uns alle an!
- ★ Für die Kampagne werden alle Strukturen (Interessengemeinschaften, Frauen, Jugend, Wirtschaftsbereiche,...) und Medien der GPA genutzt, sowie nach Möglichkeit auch jene des ÖGB. Weiters setzt die GPA im Rahmen des GPA Bildungsprogramms für Betriebsrät*innen entsprechende Angebote.
- ★ Auf Betriebsrät*innenkonferenzen bzw. für alle Mitglieder offene Regionalkonferenzen im zweiten Halbjahr 2021 sollen Diskussionen über (über-) betriebliche Aktionen und die Möglichkeit eines Streiks am 8. März diskutiert werden. Einen besonderen Fokus sollten dabei frauendominierte Branchen haben.
- ★ Organisation und Beteiligung der Gewerkschaften an feministischen Protesten und das Hineintragen von sozialen und arbeitsrechtlichen Fragen.
- ★ Für den 8. März 2021 Unterstützung von Betriebsrät*innen und Belegschaften bei der Organisation öffentlicher Betriebsversammlungen oder Streikmaßnahmen, Koordination der unterschiedlichen betrieblichen Aktionen und eine Streikfreigabe für alle Belegschaften, die Streiks organisieren.
- ★ Organisation eines gewerkschaftlichen Protests am 8. März 2022 in Form von öffentlichen Betriebsversammlung bzw. Streiks für Frauenrechte mit gemeinsamen Demonstrationen in allen Landeshauptstädten.

3.

FRAUEN UND FAMILIE

In Österreich sind "traditionelle" Familienstrukturen und Rollenbilder besonders stark verankert. Dazu tragen viele Faktoren bei, u.a. die Rolle der katholischen Kirche. Besonders in Kleinstädten und am Land bekommen das Frauen, Mädchen und LGBTQIA+ Personen besonders hart zu spüren. Diese rückschrittlichen Rollenbilder geraten jedoch zunehmend in einen Widerspruch mit der gestiegenen Erwerbstätigkeit von Frauen und der zunehmenden Politisierung vor allem von jungen Frauen. Das führt auch dazu, dass die Ehe als Institution und die traditionelle Familie immer mehr hinterfragt wird, wobei sie für die herrschende Klasse weiterhin nützlich und nötig ist.

ROLLENBILDER

Frauen müssen in der Gesellschaft in der wir leben 24/7 hübsch, schlank und gut gekleidet sein. Gleichzeitig wird von ihnen verlangt im Job erfolgreich zu sein, den Haushalt „ordentlich“ zu führen und stets ein offenes Ohr für die Anliegen von Kindern und Familie zu haben. Frauen im Kapitalismus wird viel abverlangt, auf der anderen Seite werden ihnen viele Fähigkeiten abgesprochen, sie als „schwaches Geschlecht“ dargestellt. Dazu gehören handwerkliche und technische Fähigkeiten, ebenso wie die Fähigkeit, logisch zu denken. Egal ob Sport, Beruf oder im täglichen Leben – die kapitalistische Gesellschaft macht Frauen weis, dass sie „von Natur/Geburt aus“ körperlich schwächer, gefühlsbetonter und sanfter seien. Woher kommt dieser Unsinn? Immer wieder wurden sogar in Forschung und Medizin biologische Merkmale herangezogen, um geschlechtliche Rollenbilder zu recht-fertigen. Die breiteren Hüften von Frauen sollten sie dafür prädestinieren zu Hause bei den Kindern zu sein. Klingt heutzutage verrückt, aber darauf aufbauend haben sich die Vorurteile und Klischees über Jahrhunderte in der Klassengesellschaft entwickelt. Die Basis für diese Rollenbilder ist die zuvor beschriebene Stellung von Frauen in der Klassengesellschaft und im Kapitalismus. Damit der aktuelle Mischstand aufrecht erhalten werden kann, braucht es derartige Rollenzuschreibungen und sexistische Ideologien, um Frauen an dem Platz zu halten wo sie in diesem System „hingehören“.

Nur allzu oft werden nach wie vor Vergleiche zur Tierwelt herangezogen, um „weibliche“ und „männliche“ Eigenschaften zu erklären und zu bekräftigen, warum Frauen für die Kindererziehung zuständig sein sollen (neben dem Fakt, dass sie Kinder gebären können). Dabei wird aber ein wichtiger Punkt unter den Teppich gekehrt, nämlich dass Menschen im Vergleich zu Tieren in der Lage waren und sind sich kulturell weiterzuentwickeln. Menschen können nicht fliegen, waren aber in der Lage ein Flugzeug zu erfinden. Ja, Frauen bringen die Kinder zur Welt, das bedeutet aber nicht automatisch, dass sie alleine für die Kindererziehung zuständig sind. Wir sind in der Lage, uns über natürliche und biologische Gegebenheiten hinwegzusetzen und wir werden auch in der Lage sein, die klassengesellschaftlich gewachsenen Rollenbilder zu überwinden. Dafür müssen wir uns aber eines bewusst machen, nämlich, dass „weibliche“ und „männliche“ Eigenschaften anerzogen sind. Bedeutet: sie entwickeln sich erst durch die gesellschaftliche Erziehung und unter gewissen Rahmenbedingungen. Als Babies sind wir erst einmal alle „gleich“ bis auf die geschlechtliche Zuordnung, die vorgenommen wird. Mit jedem Lebensmonat und jedem Entwicklungsschub des Kindes manifestiert sich step by step die Geschlechterrolle, in die es hineingeboren wurde. Dann fangen „wie aus dem nichts“ Mädchen an mit Puppen zu spielen oder die Farbe Rosa toll zu finden. Das ist aber alles kein Zufall, das sind die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die über viele Jahrhunderte gewachsen sind und die es zu überwinden gilt.

Frauen und Mädchen merken früh, welchen Platz sie in der Gesellschaft einnehmen sollen. Eine wesentliche Rolle bei der Sozialisierung spielen neben der Familie das Bildungswesen (Schule, Hort, Kindergarten), Medien usw. Im Kapitalismus dient das Bildungswesen in erster Linie dazu, Kinder und Jugendliche für die Lohnarbeit „fit“ zu machen und zu disziplinieren. Rollenbilder kommen dabei auch ins Spiel. Mädchen wird nachgesagt, sie würden sich „von Natur aus“ eher für soziale und gesellschaftliche Fächer interessieren, als für technische und naturwissenschaftliche. Es gibt Untersuchungen, dass solche Erwartungen die tatsächlichen Interessen von Kindern enorm prägen. Das zeigt, wie sehr wir von unserer Umwelt und Erziehung beeinflusst werden. Der Druck, der auf Schüler*innen insgesamt und besonders auf Frauen und Mädchen lastet, hört dabei aber nicht auf: Von Mädchen wird erwartet besonders diszipliniert und „brav“ zu sein. Im Schulalltag werden sie von Mitschüler*innen (und nicht selten auch von Lehrer*innen) auf ihr Aussehen reduziert und sexualisiert. Psychische Erkrankungen, Essstörungen etc. sind die Folge. 2021 haben in Österreich 56 % der über 14-Jährigen depressive Symptome aufgezeigt. All das steht in Zusammenhang mit Leistungsdruck und Konkurrenzkampf der im Bildungswesen vorherrscht. Schon früh wird uns auch hier beigebracht, dass der Kapitalismus alternativlos sei – dadurch lernen wir auch Geschlechterrollen, Sexismus, Diskriminierung etc. als unvermeidlich zu betrachten. Es geht um das Aufrecht-erhalten des aktuellen Zustandes. Für die Bedürfnisse von Jugendlichen, besonders jungen Frauen, aber auch der Beschäftigten



Elementarpädagog*innen am Streik der Kindergärten und Horte
im Oktober 2021 in Wien

im Bildungsbereich bleibt da nicht viel Platz. Schulen und Bildungseinrichtungen, die demokratisch organisiert wären, hätten das Potential einen völlig anderen Zugang zu Erziehung und Bildung zu etablieren und Rollenklischees, Diskriminierung etc. tiefgehend zu bekämpfen.

WHO CARES? – REPRODUKTIONSARBEIT

Lohnarbeit stellt nur einen Teil der von Frauen geleisteten Arbeit dar. Die Arbeitszeit der Arbeiter*innenklasse nimmt unterschiedliche Formen an: Einerseits Lohnarbeit und andererseits Hausarbeit, Kindererziehung etc. – all das was wir als unbezahlte Reproduktionsarbeit bezeichnen. Die den Frauen zugeschriebene Reproduktionsarbeit hat die Funktion, dass ein wesentlicher Teil der Verpflegungs- und Versorgungsarbeit (Kindererziehung, Pflege von Angehörigen...), die für den Weiterbestand einer Gesellschaft unerlässlich ist und dafür sorgt dass ausreichend Arbeiter*innen zur Verfügung stehen, gratis und wie selbstverständlich verrichtet wird. Oxfam hat 2020 berechnet, dass weltweit Frauen und Mädchen täglich weit über 12 Milliarden Stunden unbezahlte Haus-, Pflege- und Fürsorgearbeit leisten. Würde man diese Stunden im Mindestlohn des jeweiligen Landes bezahlen, wären das 11 Billionen (!) US-Dollar pro Jahr. Der Kapitalismus spart sich also global eine enorme Menge an Geld durch die unbezahlte Arbeit von Frauen.

Die Herrschenden und die etablierten Parteien denken sich immer wieder Pseudo-Lösungen aus, um so zu tun als würden sie die Mehrfachbelastung von Frauen durch unbezahlte Reproduktionsarbeit bekämpfen wollen. Aber der Widerspruch zwischen der gesellschaftlichen Stellung von Frauen und ihrer Rolle in der Reproduktionsarbeit wird immer größer. Aufgrund der Entwicklung des Kapitalismus (Überalterung, schlechtere Arbeitsbedingungen, psychische Erkrankungen) wird die benötigte Reproduktionsarbeit immer mehr – gleichzeitig wird durch Kürzungen das öffentliche Angebot reduziert und durch niedrigere Löhne, Erhöhung von Arbeitsintensität und Arbeitszeit die Möglichkeit unbezahlte Reproduktionsarbeit zu leisten immer stärker

beschränkt. Dieser Prozess ist die Basis sowohl für den wachsenden Aufstand gegen sexistische Gewalt, als auch die Streiks in frauendominierten Branchen und die führende Rolle von Frauen in Massenbewegungen.

KINDERBETREUUNG: ÖFFENTLICH UND HOCH- WERTIG STATT PRIVAT!

Trotz einiger Verbesserungen in den letzten Jahrzehnten ist die Situation in Kindergärten und Horten in Österreich nicht selten eine Zumutung für Kinder, Eltern und Beschäftigte. Der Bereich ist unterfinanziert, es herrscht Personalmangel und die Rahmenbedingungen erlauben kaum professionelle Bildung für die Kinder. Der Betreuungsschlüssel schwankt je nach Bundesland zwischen 1:5 und 1:25. Das Kapital ist hier in einer Zwickmühle: Einerseits pochen Teile darauf, Kinderbetreuung sicherzustellen, damit die Eltern als Arbeitskräfte zur Verfügung stehen (z.B. Industriellenvereinigung), andererseits wollen sie die Kosten dafür nicht tragen und fordern bei jeder Gelegenheit Kürzungen im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereich. Klar ist, dass sowohl Frauen als auch Männer ein Interesse an flächendeckender und kostenloser Kinderbetreuung haben. Im Kapitalismus sind Kindergärten und Horte mehr eine Aufbewahrungsstätte, als ein Ort der Bildung. Das Bild der “Tanten” die sich um die Kinder kümmern hat sich hartnäckig gehalten und ignoriert, dass es sich bei der Elementarpädagogik um einen hochgradig anstrengenden und anspruchsvollen Beruf mit sehr viel Verantwortung handelt. Die Arbeits- und Rahmenbedingungen in dieser Branche zu verbessern ist dringend notwendig, um Frauen zu entlasten und Kindern ab den frühen Jahren schon die notwendige Bildung zu ermöglichen.

Menschen sind soziale Wesen – Kinder brauchen Kontakt zu anderen Kindern um sich entfalten und lernen zu können. Das rückschrittliche Familienbild, dass die Erziehung von Kindern in erster Linie den Eltern überlassen will, ignoriert auch, dass es sich bei Kindererziehung um eine professionelle Tätigkeit handelt. Elementarpädagog*innen, Lehrer*innen und andere Beschäftigte im Bildungsbereich werden dafür ausgebildet. Der enge Rahmen der Kleinfamilie reicht für die Entwicklung eines Kindes nicht aus. Auch deshalb braucht es eine massive Ausweitung des Angebots an Kinderbetreuung, Bildung und öffentlichen Einrichtungen, wo Kinder sich entfalten und gesellschaftlich teilhaben können.

Statt einer Individualisierung des Problems müssen wir zur Entlastung von Frauen gesellschaftliche Lösungen anbieten: Wir brauchen ein kostenloses, bedarfsdeckendes, öffentliches Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen, wo sowohl Kinder als auch Erwachsene unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Arbeiter*innenklasse entsprechend ihrer konkreten Bedürfnisse fachlich qualifiziert

betreut werden. Dazu ist eine Professionalisierung durch eine deutliche Aufwertung der sozialen Berufe nötig, nicht nur durch Erhöhung der Löhne, sondern auch durch Verbesserung der Arbeits-, Ausbildungs- und Betreuungsbedingungen, Schaffung der nötigen zusätzlichen Stellen und einer generellen drastischen Arbeitszeitverkürzung auf eine 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn und Personalausgleich. So gewinnen nicht nur die sozialen Berufe an Attraktivität, sondern auch die Familien an Lebensqualität, da Männer und Frauen ohne Lohnverlust die Möglichkeit erhalten, mehr Zeit mit Partner*innen, Kindern und Familie zu verbringen.

PFLEGE ZU HAUSE: FRAUEN AUS DEN EIGENEN VIER WÄNDEN BEFREIEN!

Mindestens 456.000 Menschen (Anzahl der Pflegegeld-bezieher*innen) brauchen Pflege oder Betreuung in Österreich. Davon befinden sich nur 95.900 Personen (21%) in Pflegeeinrichtung oder alternativen Wohnformen. Der Rest wird privat von Angehörigen zu Hause zumindest unterstützt, meist aber vollumfänglich betreut bzw. gepflegt. Von diesen insgesamt rund 800.000 pflegenden Angehörigen sind 3/4 Frauen, 2/3 selbst schon älter bzw. in Pension. Hier wird klar, dass der Staat bei der Pflege von älteren Menschen die Verantwortung v.a. auf Ehefrauen und (Schwieger-)Töchter ablädt. Damit spart sich das System jährlich Milliarden für professionelle Dienste und Einrichtungen. Genauer: das Äquivalent zu 290.000 Vollzeitstellen. Dazu kommt das System der 24-Stunden-Betreuer*innen und -Pfleger*innen, also (nicht nur aber) großteils weniger ausgebildete (meist) Frauen aus Osteuropa, deren wirtschaftliche Schlechterstellung ausgenutzt wird, um sie zu strapaziösen Arbeitsbedingungen mit zweifelhaften Arbeitsverträgen die Pflege in unserer Gesellschaft leisten zu lassen. Man spricht hier schon von „Care-Kolonialismus“. Ohne diese billigen Arbeitskräfte wäre die Pflege-Versorgung in Österreich nicht mehr vorstellbar.

Der gesellschaftliche Druck Angehörige selbst zu Hause zu pflegen ist in Österreich besonders hoch, gepaart mit einem Rollenbild, das von Frauen erwartet diese Arbeit zu übernehmen. Eine Studie des Sozialministeriums von 2018 zeigt, dass es keine Frage von Freiwilligkeit ist, sondern als Verpflichtung gesehen wird. Weiters wurde eine klare Hierarchie bezüglich „Zuständigkeit“ festgestellt: zuerst Ehepartner*in, dann Kinder, in jedem Fall zunächst der weibliche Teil der Familie. Damit verbunden ist auch die Tendenz stationäre Einrichtungen, also Senioren- und Pflegeheime, abzulehnen und das Bild, man würde Alte dorthin „abschieben“ (unterstützt durch die oft schlechte Betreuung dort in Folge von Ressourcenmangel). Wir möchten hier gleich klar stellen, dass die professionelle Pflege in Einrichtungen bzw. (wo möglich) durch mobile Dienste zu

Hause für alle Beteiligten besser ist. Studien betonen zwar immer wieder, dass es auch positive Aspekte in der Angehörigenpflege zu Hause gibt, doch diese werden von den negativen aufgehoben, sind meist sehr subjektiv und oft zweifelhaft, wie „etwas zurückgeben“ oder „sich um eine nahestehende Person kümmern können“. Abgesehen davon, dass nichtausgebildete Angehörige naturgemäß nicht die Qualität an Pflege leisten können wie ausgebildete Kräfte, birgt die häusliche, private Pflege auch viele Belastungen und Gefahren. 44% der Befragten der oben genannten Studie stufen ihren Gesundheitszustand nur als „mittelmäßig“ ein. Häufig haben sie das Gefühl es wird ihnen „alles zu viel“ und sie fühlen sich alleine gelassen. Nicht selten führt diese Situation zu Überforderungen und Gewalt. Selbst wenn nicht, leidet die Beziehung zu der zu pflegenden Person. Die Ehefrau oder Tochter wird dann rasch zur „Bediensteten“ und Ehemann, Mutter oder Vater zum „Pflegerling“. So setzen sich Hierarchien und Abhängigkeiten fort: Frauen sind oft finanziell vom Partner abhängig und im Austausch sollen sie dessen Versorgung gewährleisten. Dazu kommt, dass es die Betroffenen vom Erwerbsleben ausschließt. Oft lassen sich Job und Betreuungspflichten nicht miteinander vereinbaren. Nur etwa 1/3 ist berufstätig, je zur Hälfte Vollzeit bzw. Teilzeit. 15 % müssen ihre Berufstätigkeit zumindest einschränken, 13 % komplett aufgeben. Insgesamt macht, neben Kinderbetreuung, die Pflege zu Hause den zweiten großen Teil unbezahlter Reproduktionsarbeit durch Frauen aus.

Wie abhängig der Staat davon ist, zeigt die Forcierung von „mobil statt stationär“, die bei allen Regierungsprogrammen immer bedeutete, bei Einrichtungen zu sparen und gleichzeitig die mobile und nicht-stationäre Versorgung nicht (!) auszubauen. Stattdessen gibt es zig Projekte die Pflege von Angehörigen zu Hause „fördern“, real immer viel zu wenig. Daneben gibt es Rufe nach einer Bezahlung dieser informellen Arbeit, also ein Gehalt für pflegende Angehörige, früher auch als „Müttergehalt“ oder kritischer als „Herdprämie“ bezeichnet. Solche Forderungen finden sich auch in „fortschrittlichen Kreisen“, u.a. im Bereich der Alleinerziehenden, aber auch das „Bedingungslose Grundeinkommen“ hätte diesen Effekt. Wir verstehen woher diese Überlegung kommt und dass man sich akut Abhilfe verschaffen möchte. Aber was zunächst nach einer finanziellen Erleichterung (vor allem auch wegen der damit einhergehenden Anmeldung bei Pensions- und Sozialversicherung) und Wertschätzung klingt, ist auf mehreren Ebenen zutiefst problematisch und der Emanzipation von Frauen entgegengesetzt.

Gründe gegen die „Entlohnung“ von häuslicher Pflege oder Kinderbetreuung aus sozialistisch-feministischer Sicht:

1. Die Belastung der Betroffenen durch die Pflegesituation zu Hause besteht weiterhin. 48% aller pflegenden Angehörigen geben an „so gut wie rund um die Uhr“ für die zu pflegende Person da zu sein.

2. Angehörige sind keine professionellen Pflegenden. Ihnen fehlt sowohl die Ausbildung (Crash-Kurse können das nicht wettmachen), als auch das nötige Arbeitsumfeld. Pflegebedürftige sind ihnen schutzlos ausgeliefert.
3. So kann die private Pflege zu Hause gegen die Versorgung durch Pflegeeinrichtungen ausgespielt werden und als Begründung für weitere Einsparungen dienen.
4. Die viel niedrigere Bezahlung in Kombination mit der fehlenden Notwendigkeit einer (aufwändigen) Ausbildung führt zu Lohndumping und Entwertung des Pflegeberufs.
5. Die Care-Arbeit wird weiter bei Frauen abgeladen. Denn sie sind es, die aufgrund ihrer Stellung in der Arbeitswelt und des meist höheren Erwerbseinkommen des Mannes diese übernehmen werden.
6. Es manifestiert den Verbleib von Frauen in den eigenen vier Wänden. Frauen nehmen damit weniger am gesellschaftlichen Leben teil und sind mehr auf sich alleine gestellt. Der Kontakt zu z.B. Arbeitskolleg*innen ist wichtig, weil dadurch die Möglichkeit besteht sich (über Probleme) auszutauschen und zusammen zu schließen um für Veränderungen zu kämpfen.
7. Betroffene werden weiterhin aus dem Erwerbsleben ausgeschlossen. Ihnen fehlt eine sie selbst erfüllende Arbeit. Auch wenn wir wissen, dass Arbeit im Kapitalismus nie wirklich befriedigend und oft auch belastend ist, stellt das Nachgehen einer Tätigkeit trotzdem eine wichtige Säule für Lebenssinn und Selbstwert eines Menschen dar.

Hier am Beispiel der Pflege durch Angehörigen erklärt und wie oben erwähnt, gilt das alles auch für die Frage der Kinderbetreuung. Müttern einfach Geld zu geben, damit sie zu Hause bleiben können, löst das Problem nicht, sondern verstärkt es nur.

Natürlich sind wir auch für die finanzielle Absicherung aller Menschen, die aufgrund von Betreuungspflichten oder anderen Gründen, kein Erwerbseinkommen haben. Doch für uns muss dies mit dem Kampf für die Befreiung von Frauen aus diesen Verpflichtungen, ein ausgebautes Pflege- und Sozialsystem und Arbeit für alle verbunden werden.

Das gesagt habend finden wir es besonders zynisch, dass die SPÖ mit der „Anstellung“ von pflegenden Angehörigen dieses Konzept ausgehend vom Burgenland in allen Bundesländern versucht umzusetzen. Das zeigt, wie weit weg die SPÖ schon von ihren fortschrittlichen Wurzeln (nicht nur) in dieser Frage ist. Abgesehen davon was das für Frauen bedeutet, löst es auch den Pflegenotstand nicht, weil eine immer größere Anzahl älterer Menschen einer geringeren Anzahl von Angehörigen, die noch „fit“ genug sind die Pflege zu übernehmen, gegenüber stehen. Der Bedarf an stationärer Pflege wird steigen. Der Fokus auf die Pflege zu Hause lenkt von der Notwendigkeit diese auszubauen ab.

LEHREN ZIEHEN AUS DEN KÄMPFEN IM GESUNDHEITS-, BILDUNGS- UND SOZIALBEREICH

Die Streikbewegungen der vergangenen Jahre im Gesundheits- und Sozialbereich drücken eine der zentralen Entwicklungen auf der Ebene des Klassenkampfes aus – und es ist kein Zufall dass es sich hierbei um frauendominierte Branchen handelt. Insgesamt ist dieser Bereich – die bezahlt organisierte Reproduktionsarbeit – für Frauen auf unterschiedlichste Art zentral: die überwältigende Mehrheit der Beschäftigten ist weiblich und die Leistungen sind für Frauen zentral (Kinderbetreuung, Pflege, Gewaltschutz).

Obwohl es einige spezifische Aspekte gibt (auch innerhalb der unterschiedlichen Bereiche) teilen sich der Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich viele Gemeinsamkeiten. Sie bilden auch in Österreich einen Teil der kämpferischsten Schichten der Arbeiter*innenklasse. Schon vor Corona gab es wichtige Entwicklungen im Bewusstsein von Beschäftigten in der Branche. Der Faktor, dass Kolleg*innen den Job aus Leidenschaft machen wird von einem bremsenden zu einem mobilisierenden, weil Kolleg*innen erkennen, dass sie ihren Job nur machen können, wenn sie für Verbesserungen kämpfen. Angebote zum Widerstand wurden in den letzten Jahren immer breiter genutzt. Der große Unterschied zu anderen Branchen besteht in der Existenz zahlreicher Basisinitiativen und ihrer Vernetzung (von „Sozial, aber nicht blöd“ über „Liste Solidarität“ bis zur „Initiative Sommerpaket“) sowie einer Schicht aktiver Beschäftigter und kämpferischer Betriebsrät*innen.

Die Streikbewegungen im privaten Gesundheits- und Sozialbereich waren geprägt von diesen Basisinitiativen und kämpferischen Betriebsrät*innen. Doch immer wieder wurden sie gebremst und verraten durch miese Kollektivvertragsabschlüsse der Gewerkschaftsführung. Ein paar wichtige Lehren aus diesen Streiks sind die Notwendigkeit, demokratische Strukturen aufzubauen, kämpferische Aktionen zu organisieren, Solidarität von Klient*innen, Patient*innen und solidarischen Menschen aufzubauen und Forderungen so auszuweiten, dass sie sich nicht nur auf die Frage der Arbeitszeit oder der Löhne beschränken, sondern eine grundlegende Umwälzung des Sektors anstreben.

Die Auseinandersetzungen um die Finanzierung und die Arbeitsbedingungen im Gesundheits- und Sozialbereich ist einer der absolut zentralen Bereiche im Kampf um Gleichberechtigung und echte Verbesserungen für Frauen. Deshalb waren und sind Aktivist*innen von SLP/ISA und ROSA aktiver Teil dieser Bewegung(en), haben „Sozial, aber nicht blöd“ mit aufgebaut und so einen Beitrag geleistet, um zu zeigen:

Streiken geht sehr wohl auch im Gesundheits- und Sozialbereich und ist mehr als notwendig. Arbeitskämpfe sind der einzige Weg, um konkrete Verbesserungen durchzusetzen: Aber dafür müssen sie demokratisch organisiert sein, Mobilisierungen müssen ausgeweitet und aktive Gruppen in den Betrieben aufgebaut werden.

Arbeitszeitverkürzung als zentrale Forderung für die Unabhängigkeit von Frauen

Die Forderung nach einer radikalen Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohn und Personalausgleich muss im Mittelpunkt des Kampfes um Emanzipation für Frauen stehen. Mit einer kürzeren Normalarbeitszeit könnten so neue Jobs geschaffen und Arbeitslosigkeit bekämpft werden. Lange Arbeitszeiten haben außerdem erwiesenermaßen negative Auswirkungen auf die psychische und physische Gesundheit. Verbunden mit der Forderung nach einer Vergesellschaftung der Hausarbeit, Kinderbetreuung etc. würde das nicht nur zu einer gerechteren Aufteilung der "notwendigen" Reproduktionsarbeiten zwischen den Geschlechtern führen, sondern auch allen Menschen mehr Zeit für sich selbst, Familie, Freunde, Freizeit und Erholung verschaffen. In einer demokratisch organisierten Planwirtschaft würden viele unnötige Tätigkeiten außerdem wegfallen: Niemand braucht in Wirklichkeit die Werbebranche, die Rüstungsindustrie oder Banken und Versicherungen – es gäbe die Möglichkeit, die gesellschaftlich notwendigen und relevanten Jobs auszuweiten und Menschen zu ermöglichen, viel weniger Stunden am Tag zu arbeiten.



Betriebsrat und Aktivist der Basisinitiative
„Wir sind sozial, aber nicht blöd!“

WIR KÄMPFEN FÜR:

Es reicht nicht die unbezahlte Tätigkeiten, die überwiegend von Frauen verrichtet werden anzuerkennen – wir wollen diese Mehrfachbelastungen endgültig beenden!

- ★ Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn, einem Mindestlohn von 1.700.- netto und Aufnahme von entsprechend zusätzlichem Personal.
- ★ Flächendeckende, kostenlose und hochwertige Kinderbetreuung von Anfang an
- ★ Für Ganztags- und Gesamtschulen mit entsprechender Verpflegung und Freizeitangeboten, demokratisch organisiert durch Schüler*innen, Lehrer*innen und die Arbeiter*innenbewegung
- ★ Gratis Sport- und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche, professionell begleitet
- ★ Flächendeckende, lebenswerte Altersversorgung mit ausreichend Pflegepersonal – in Form von Wohnheimen, WGs usw.
- ★ Mehr Personal, höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen für Beschäftigte in Pflege- und Sozial Einrichtungen
- ★ Staatlich organisierte und öffentlich finanzierte Pflegeversorgung statt Pflegeregress oder Pflegeversicherung
- ★ Finanzielle Absicherung, Sozialversicherung und keine Nachteile bei Pension für alle mit Betreuungspflichten durch ein unbefristetes Mindestarbeitslosengeld und eine Mindestpension von 1.700€
- ★ Niemand darf im Pflegefall oder bei der Kinderbetreuung alleine gelassen werden – Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz bei entsprechendem Ausbau
- ★ Für einen verpflichtenden, bedarfsdeckenden Personalschlüssel im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsbereich
- ★ Nein zu drohenden Privatisierungen, Rückführung privatisierter Bereiche in öffentliches Eigentum und ein massives öffentliches Investitionsprogramm: Bildung, Soziales und Gesundheit statt Profite!
- ★ Vergesellschaftung und staatliche Organisation der Hausarbeit und Kinderbetreuung: Flächendeckende Einrichtung von öffentlichen Restaurants und Kantinen – Entsprechende Umgestaltung des Wohnbaus hin zu leistbaren öffentlichen Wohnungen, die ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen und Einrichtungen zur professionellen Bewältigung der Reproduktionsarbeit bereitstellen

Social Reproduction Theory

Eine viel diskutierte feministische Theorie ist die Social Reproductive Theory (SRT), die sich mit Hausarbeit, Pflege, Wohlfahrt etc. beschäftigt. Dies ist u.a. eine Folge des großen Pflegenotstands, den zuletzt die Pandemie aufgedeckt hat, und der Rückschläge gegen die Gleichberechtigung der Geschlechter, die auf der ganzen Welt zu beobachten sind. Der SRT-Feminismus stellt einen Schritt Richtung Antikapitalismus gegenüber der bisher dominierenden Postmoderne dar, geht aber nicht weit genug. Im Vorwort zu „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“ schreibt Engels: „Nach der materialistischen Auffassung ist das in letzter Instanz bestimmende Moment in der Geschichte: die Produktion und Reproduktion des unmittelbaren Lebens.“

Was ist Produktion und was ist Reproduktion? Unter Produktion verstehen wir die Herstellung von Gütern und Dienstleistungen durch menschliche Arbeitskraft, die auf dem Markt konsumiert werden können. Reproduktion bezieht sich auf die „Produktion“ von uns Menschen selbst. Neben dem Gebären von Kindern gehören dazu Kochen, Putzen, Sport, Kinderbetreuung, Gesundheitspflege, Fürsorge für andere und mehr. Das kann bezahlte Arbeit sein – wie im Gesundheitswesen und in Schulen – oder unbezahlte, wie im Haushalt.

In der Produktion gibt es ein besonderes Gut, das sich von allen anderen abhebt. Das ist der*die Arbeiter*in selbst. Die Arbeitskraft ist die einzige Ware, die in sich selbst die Fähigkeit enthält, neuen Wert zu schaffen. Die Ausbeutung der Arbeiter*innen funktioniert, wie Marx gezeigt hat, so dass Unternehmen den Arbeiter*innen nicht den vollen Wert bezahlen, den diese bei der Produktion einer Ware erzeugt haben, sondern immer nur einen kleineren Anteil. Die Differenz wird in den Gewinn umgewandelt, der die Kapitalist*innen so reich macht. Während es also die (unter)bezahlte Arbeit ist, die die Profite der Kapitalist*innen schafft, ist es die bezahlte und unbezahlte Arbeit in der Reproduktion (die hauptsächlich von Frauen verrichtet wird) die Arbeiter*innen – die Arbeitskraft – schafft.

Die SRT erkennt, wie abhängig das Kapital von der unbezahlten Arbeit von Frauen ist, die integraler Bestandteil des kapitalistischen Systems ist. Wie erwähnt, verrichten Frauen weltweit 3/4 der unbezahlten Arbeit im Haushalt. Eine Gruppe, die so viel unentgeltliche Arbeit „nebenbei“ macht verliert auch auf dem Arbeitsmarkt an Wert. Im Durchschnitt verdienen Frauen nur 84% des Lohns von Männern. Dies deutet darauf hin, dass der Kapitalismus die Unterdrückung von Frauen auf zwei Arten nutzt: Erstens durch die Früchte ihrer Arbeit in Form der Schaffung neuer Arbeitskräfte im Haushalt und zweitens durch die Tatsache, dass dies die Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt legitimiert. SRT-Feminist*innen suchen die Lösung darin, dass die Gesellschaft

die Verantwortung für Kinderbetreuung usw. übernimmt, eine Vergesellschaftung der Hausarbeit, eine „Umwandlung der privaten Produktion in eine öffentliche Produktion“, was zwar unkonkret, aber ein Weg nach vorne ist. Silvia Federicis Kampagne für einen Hausfrauenlohn (Lohn nicht nur für Hausfrauen, sondern für alle Hausarbeiten) ist dagegen eine Sackgasse. Die utopische Idee war dass, wenn der Staat die Frauen für die Hausarbeit bezahlen müsste, es so teuer wäre, dass sie die Unternehmen sehr stark besteuern müssten, was das Kapital schwächen würde. Das zementiert Geschlechterrollen, bei denen der Mann draußen in der Welt ist und Geld verdient und die Frau zu Hause ist und sich um die Kinder kümmert. SRT-Feminist*innen behaupten, dass „traditionelle“ Marxist*innen die Reproduktion vernachlässigt und den ganzen Fokus auf die Emanzipation der Frauen durch Eintritt in den Arbeitsmarkt gelegt hätten. SRT verfälschen hier den Marxismus bzw. setzen ihn mit Strömungen wie Stalinismus bzw. Reformismus gleich, deren Vernachlässigung der Bedeutung der Reproduktion genau ihren Bruch mit dem Marxismus zeigt. Tatsächlich standen Sozialist*innen in der Geschichte immer wieder in der ersten Reihe im Kampf um Frauenrechte und Frauen haben eine zentrale Rolle in der Entwicklung der Arbeiter*innenbewegung gespielt (mehr in „Für einen sozialistischen Feminismus“). Das Recht auf Arbeit und einen existenzsichernden Lohn war die Hauptforderung von Millionen von Frauen, die in der 2. Welle der Frauenbewegung (in den 1960er/70ern) gekämpft haben, aber ohne Überwindung des kapitalistischen Systems blieben die unterdrückerischen Strukturen in Form von Lohndiskriminierung, geschlechtergetrennten Arbeitsmärkten und Kürzungen bestehen. Die Stärke der SRT liegt darin, dass sie, anders als z.B. der Individualismus der Postmoderne, den Fokus auf das Wirtschaftssystem legt. Sie betont, dass die meisten Frauen Arbeiterinnen sind und zur Arbeiter*innenklasse gehören, im Gegensatz zum Stalinismus, der Frauen, die nicht außerhalb des Hauses arbeiten, teils nicht als „echte“ Arbeiterinnen ansah. Es ist gut, dass die SRT verschiedene Sektoren zu beleuchten versucht, wie das Prekariat, kolonisierte Teile der Welt und auch die Rolle von Rassismus und Imperialismus. Sie betont, dass die Revolution umfassend sein und das häusliche Leben einschließen muss, um eine echte Revolution zu sein. Schwächen, wo SRT-Feminist*innen Lücken lassen, sind eine Klassenanalyse des Staates als Instrument der herrschenden Klasse. Sie spielen auch die ideologische Seite sexueller Unterdrückung herunter, z.B. wenn sie die Sexindustrie verharmlosen. Oft verblasst bei ihnen die konkrete revolutionäre Perspektive und v.a. unterschätzen sie die Stärke, die zentrale Rolle und die historische Aufgabe der organisierten Arbeiter*innenklasse. Sie bleiben mit ihren Analysen auf einer theoretischen Ebene, ohne konkrete Kampfperspektiven aufzuzeigen oder zu organisieren. Die

Kampfmethoden, die sie ins Zentrum rücken, sind oft kontraproduktiv und keine Grundlage für echte Massenbewegungen. Gerade weil die Produktion in der Familie auf vorindustriellem Niveau ist, wirkt sich z.B. ein Hausarbeitsstreik kaum auf den Kapitalismus aus. Aber wenn die Arbeiter*innenklasse als Klasse in den Streik tritt und es schafft, sich revolutionär zu erheben und den Kapitalismus zu stürzen, kann die Rolle der Familie als Produktionsstätte

für billige und fügsame Arbeiter*innen wirklich beendet werden. In einer sozialistischen Demokratie gehören uns als Arbeiter*innenklasse die großen Unternehmen und Banken und die gesamte Produktion kann neu ausgerichtet werden, auch um gesellschaftlich das zu tun, was die Reproduktion im "Privaten" heute tut. Nur so einem sozialistischen System wäre also eine allgemeine Vergesellschaftung der Hausarbeit möglich.



Aktion des Bündnis "Do It Yourself: Frauentag Linz" am „Equal Care Day“ am 1. März 2021

4.

GEWALT GEGEN FRAUEN

Das Thema Frauenmorde und Gewalt an Frauen ist spätestens seit Beginn der Corona-Pandemie im Zentrum öffentlicher Auseinandersetzung – die Regierung und alle etablierten Parteien haben mit Krokodilstränen reagiert. Gewalt an Frauen ist weltweit und in vielen unterschiedlichen Ausprägungen Alltag und nimmt in Krisenzeiten zu, was Ausdruck der Dynamiken in der kapitalistischen Klassengesellschaft ist. In Österreich hat jede 5. Frau physische und/oder sexualisierte Gewalt erfahren, jede 3. wurde sexuell belästigt. Auch von psychischer Gewalt sind besonders Frauen betroffen – sie werden (häufig von [Ex-]Partner) eingeschüchtert, verleumdet, bedroht oder anders unter Druck gesetzt. Gewalt fängt oft subtil an, mit Manipulation, verbaler Gewalt, Kontrolle, Stalking etc.. Als Marxist*innen verstehen wir Gewalt an Frauen als integralen Bestandteil von Kapitalismus und Frauenunterdrückung.

Der Kapitalismus ist eine Gesellschaft, in der eine Minderheit von Menschen die Macht über die große Mehrheit ausübt – das ist nur auf der Grundlage von Gewalt und Unterdrückung möglich. Um ihre Profitmaschinerie anzutreiben, benötigt die Kapitalist*innenklasse einen kontinuierlichen Strom disziplinierter und gehorsamer Arbeiter*innen, und zwar zu den geringstmöglichen Kosten für das System selbst. In diesem Sinne spielt die “klassische” Familie eine zentrale Rolle für den Kapitalismus, sowohl wirtschaftlich wie ideologisch. Geschlechterrollen und Familie dienen dazu, die Menschen “auf Linie zu halten”. Die Förderung der Vorstellung von der Rolle der Frau in der Familie als Kindererzieherin und Betreuerin ist auch nützlich, um dem Staat enorme Summen zu sparen, wie in Kapitel 3 ausgeführt. Nicht nur in der Familie, sondern in der Gesellschaft insgesamt werden die Geschlechterrollen verstärkt. So wird beispielsweise die Kommerzialisierung der Körper von Frauen und LGBTQIA+-Personen in der Werbung genutzt, um Produkte zu verkaufen, aber auch um die Vorstellung zu verstärken, dass Männer ein Anrecht auf den weiblichen Körper haben und um Frauen als Sexobjekte für Männer darzustellen, anstatt als vollwertige Menschen.

Dies alles bedeutet, dass es nicht nur staatliche Gewalt gegen Frauen und die Arbeiter*innenklasse im Allgemeinen gibt, sondern dass Gewalt auf allen Ebenen der Gesellschaft

ausgeübt wird. Sexismus hat zwar seinen Ursprung in Klassengesellschaften und ist im Staat verwurzelt, aber er existiert auch innerhalb der Arbeiter*innenklasse eben weil die herrschende Ideologie und ihre Wirkungsweise jene der herrschenden Klasse, also des Kapitals, ist. Die Ursache für die Gewalt gegen Frauen liegt v.a. in der patriarchalen Familienstruktur, die von Anfang an wirtschaftliche und soziale Grundlage der Klassengesellschaft war. Die meisten Gewalttaten gehen von einer einzelnen Person aus, in der Regel von einem männlichen Intimpartner oder Familienmitglied. Bei dieser Gewalt geht es im Kern um die Kontrolle über die Sexualität und den Körper der Frauen. Auf die eine oder andere Art und Weise drängen unterschiedliche Formen der sexualisierten Gewalt Frauen in sexistische Rollenbilder: die Belästigung im Club oder am Arbeitsplatz weil man(n) davon ausgeht, dass er über Frauen verfügen kann, häusliche Gewalt, weil Männer Frauen kontrollieren müssen.

Der Kapitalismus verzerrt die zwischenmenschlichen Beziehungen – weit davon entfernt, sie frei gestalten zu können, können Menschen gezwungen sein, in unglücklichen Beziehungen oder bei einem gewalttätigen Partner zu bleiben, sei es aus finanziellen Gründen oder aus Angst vor dem Stigma der Scheidung, des Alleinerziehens usw. In Wirtschaftskrisen kommt es nicht ohne Zufall zu einer massiven Zunahme der häuslichen Gewalt: Der Abbau des Sozialstaates, Arbeitslosigkeit, Armut erhöhen die Abhängigkeit und auch den Druck auf die Familie und treffen auf Rollenbilder. In der Realität von Familien der Arbeiter*innenklasse müssen beide Elternteile arbeiten gehen, um alle Kosten zu decken. Männer stehen unter dem Druck eines für die Mehrheit der Bevölkerung unerfüllbaren Ideals, des Familienernährers. Gleichzeitig treffen Frauen aus der Arbeiter*innenklasse, die arbeiten müssen, damit genug Geld vorhanden ist, auf absolut unrealistische Erwartungen bezüglich Erziehung, Haushalt und Co. Diese wirtschaftliche Belastung kombiniert mit sexistischen Rollenbildern entlädt sich viel zu oft in männlicher Gewalt.

Die weltweite Krise des Kapitalismus hat schon verheerende Auswirkungen auf Millionen von Frauen, führte zu Arbeitsplatzverlust und Armut v.a. bei Frauen und vergrößerte die Kluft zwischen den Geschlechtern. Ein wichtiges Merkmal der Proteste und Bewegungen der letzten Jahre war, richtigerweise die Schuld für die Gewalt im System zu erkennen. Einzelne Fälle von geschlechtsspezifischer Gewalt können eine Protestbewegung auslösen, aber die Forderungen entwickeln sich schnell über die Gerechtigkeit für das einzelne Opfer hinaus zur Forderung nach Gerechtigkeit für alle. Sexistische Ideen und Verhaltensweisen fallen nicht vom Himmel oder entstehen nur in den Köpfen einzelner, sondern spiegeln die Art der Gesellschaft wieder, in der wir leben. Der Kapitalismus basiert auf ungleichen Machtverhältnissen und die Spaltung der Arbeiter*innenklasse ist eine Folge davon, einschließlich des Sexismus, der den Tätern geschlechtsspezifischer Gewalt die Illusion von Macht vermitteln kann. Das bedeutet, dass wir zwar sexistischem Verhalten in jedem einzelnen Fall entgegentreten sollten, dies aber nicht ausreichen wird, um die Stellung der Frauen in der Gesellschaft grundlegend zu verändern.

WIR KÄMPFEN FÜR:

- ★ Flächendeckendes Angebot an gut ausgebauten, selbstverwalteten Frauenhäusern
- ★ Besonders Frauen und Kinder müssen Zugang zu kostenloser juristischer, medizinischer, sozialer und psychologischer Betreuung haben
- ★ Für langfristigen Schutz reicht es nicht, Gewalttäter einfach weg zu sperren, sondern es braucht Möglichkeiten und Mittel für Täterarbeit.
- ★ Leistbaren Wohnraum und ordentlich bezahlte Jobs erkämpfen um Unabhängigkeit zu ermöglichen!
- ★ All das finanziert aus den Profiten der Superreichen und Konzerne, besonders jener, die, wie ein großer Teil der Medien, Profite mit der Vermarktung von Frauenkörpern und Sexismus machen.

DIE ROLLE DES STAATES

In der neuen globalen Frauenbewegung wird zunehmend die Rolle von Staat, Polizei und Justiz beim Thema Gewalt an Frauen angeprangert. Ein Ausdruck davon ist der Tanz aus Chile „Der Vergewaltigte bist du“, bei dem auf den Staat und die Justiz gezeigt wird. Besonders in Lateinamerika, wo bis zu 98 % der Fälle von sexualisierter Gewalt strafflos bleiben, viele Femizide im öffentlichen Raum verübt werden und kriminelle Banden dabei eine große Rolle spielen, geht es nicht nur um die Untätigkeit der Behörden, sondern oft um die direkte Gewaltausübung durch Polizei und Militär selbst. Frauen werden auf Polizeirevieren misshandelt, Proteste gegen Femizide sind mit massiver Polizeigewalt konfrontiert usw. Es gibt ein wachsendes Bewusstsein über den Zusammenhang zwischen staatlicher Repression und Gewalt an Frauen. Das ist überdeutlich wenn z.B. in revolutionären Situationen, Kriegen und Bürgerkriegen, Vergewaltigungen systematisch von Konterrevolution und Staatsapparat eingesetzt werden wie z.B. gegen den „Arabischen Frühling“, die Bewegungen im Sudan 2019 oder in Myanmar 2020. Das bedeutet nicht, dass der Staat immer die Form von Polizeistaat oder Militärdiktatur annimmt. Der kapitalistische Staat – der „Überbau“, wie Engels ihn beschreibt – besteht auch aus Bildungswesen, religiösen Institutionen, Medien usw., die alle die kapitalistische Ideologie verstärken.

Wenn Frauen die von Gewalt betroffen sind sich an die Polizei und Behörden wenden, werden sie oft nicht ernst genommen oder selbst für Gewalttaten, die ihnen widerfahren sind verantwortlich gemacht. Das liegt nicht ausschließlich an der individuellen Einstellung der jeweiligen Beamt*innen, sondern auch daran, welche Funktion der Staat an sich in diesem System einnimmt. Als Marxist*innen sehen wir den Staatsapparat als Instrument der herrschenden Klasse. Das heißt, der Staat ist nicht „neutral“. Auch die Justiz



Demonstration des Bündnis „Do It Yourself: Frauentag Linz“ am internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, 25. November 2021

in der bürgerlichen Gesellschaft ist nicht „neutral“. Engels schrieb: „Der Staat ist also keineswegs eine der Gesellschaft von außen aufgezwungene Macht; ebensowenig ist er ‚die Wirklichkeit der sittlichen Idee‘, ‚das Bild und die Wirklichkeit der Vernunft‘ [...]. Er ist vielmehr ein Produkt der Gesellschaft auf bestimmter Entwicklungsstufe; er ist das Eingeständnis, daß diese Gesellschaft sich in einen unlöslichen Widerspruch mit sich selbst verwickelt, sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist. Damit aber diese Gegensätze, Klassen mit widerstreitenden ökonomischen Interessen, nicht sich und die Gesellschaft in fruchtlosem Kampf verzehren, ist eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht nötig geworden, die den Konflikt dämpfen, innerhalb der Schranken der ‚Ordnung‘ halten soll; und diese, aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht, ist der Staat.“

Im Kapitalismus ist der Staat in einer widersprüchlichen Situation: Er hat meistens kein direktes Interesse an Gewalt gegen Frauen, u.a. wegen dem ökonomischen Schaden aber auch, weil Wut und Bewegungen dagegen Instabilität für den kapitalistischen Staat bedeuten. Aber es ist für die Herrschenden und den Staat absolut unmöglich einen echten und wirksamen Kampf gegen diese Gewalt zu führen. Sie sind abhängig von der Rolle der Familie, der unbezahlten niedrig bezahlten Arbeit von Frauen, aber auch von hohen Mieten. Teile der Herrschenden können nicht einmal mehr Geld für Frauenhäuser oder Aufklärung bereitstellen, weil es gegen die Sparpolitik geht, aber v.a. angeblich die „Familie untergräbt“.

Die Polizei in einer kapitalistischen Gesellschaft ist nicht zum Schutz der einfachen Menschen, sondern zum Schutz von Privateigentum und Herrschaftsverhältnissen im Kapitalismus da. Es gibt viele Beispiele, wie die Polizei eingesetzt wird, um Proteste und Streikposten von Arbeiter*innen gewaltsam anzugreifen und linke Gruppen zu unterwandern, indem sie Beziehungen v.a. zu deren weiblichen Mitgliedern aufbaut, um sie auszuspionieren. Jegliche Ermittlungen, die das Verhalten der Polizei untersuchen, müssen Strukturen, die unabhängig von den Interessen der Herrschenden sind, durchführen, also aus Vertreter*innen von Familien der Opfer, Gewerkschaften, Frauenrechts- und antirassistischen Organisationen usw.. Wir brauchen auch demokratische Kontrolle darüber, wo die Polizei eingesetzt wird, wie sie Ermittlungen durchführt, und über die Einstellung und Entlassung von Polizist*innen, um sexistische, rassistische, homo- und transphobe Polizist*innen aus dem Verkehr ziehen zu können. Uns ist bewusst, dass im Rahmen einer kapital-

istischen Klassengesellschaft eine wirklich demokratische Kontrolle und Verwaltung von Polizei & Co. nicht möglich ist, doch wir kämpfen für jede Verbesserung im Interesse von Opfern von Gewalt. Wir wissen aber auch, dass es kein Vertrauen geben darf in die staatlichen Institutionen des Kapitalismus.

WIR KÄMPFEN FÜR:

- ★ Ausreichendes und geschultes Personal in der Justiz für angemessene psychosoziale Begleitung, denn Strafverfahren sind für Opfer von sexualisierter Gewalt eine enorme psychische Belastung.
- ★ Verpflichtende Schulungen zum Umgang mit sexualisierter Gewalt in der Ausbildung aller betroffenen Berufsgruppen und das Hinzuziehen von Fachpersonal bei konkreten Fällen.
- ★ Kampf gegen Sexismus im Staat durch unabhängige demokratische Kontrollgremien von Arbeiter*innenbewegung und Frauenorganisationen mit dem Recht, Polizist*innen oder Richter*innen abzuverufen, wenn bei Übergriffen nicht entsprechend gehandelt wird.

“ICH KANN MIR KEINEN FEMINISMUS OHNE ANTIRASSISMUS VORSTELLEN” – ANGELA DAVIS

FPÖ, ÖVP & Co versuchen das Thema Gewalt an Frauen rassistisch zu instrumentalisieren. “Frauenministerin” Raab sprach 2021 im Zusammenhang mit Gewaltprävention von “kulturell bedingter Gewalt”. Krone, Österreich und andere Medien greifen die Nationalität von Täter*innen auf, um für eine noch restriktivere Asylpolitik zu werben, während Mord durch “österreichische” Täter als “Beziehungstat” verharmlost wird. Die Bundesregierung versucht so vom eigenen Versagen im Kampf gegen Gewalt an Frauen aber auch ganz allgemein vom Korruptionssumpf der etablierten Parteien abzulenken. Wer sich nur dann über sexualisierte Gewalt und Femizide empört, wenn sie von Migrant*innen oder Geflüchteten verübt werden, ist Rassist*in – auch weil solche Parteien und Politiker*innen gleichzeitig keinen besonderen Schutz für geflüchtete Frauen fordern! Abschiebungen lösen das Problem von Sexismus und Gewalt nicht: Das tut nur der Kampf um mehr Geld für Gewaltschutz, Prävention und für ein unabhängiges Leben für Frauen durch soziale Verbesserungen.

Alle Fakten widersprechen der Erzählung vom “importierten Sexismus”. Die überwiegende Anzahl von Gewalttaten wird durch das unmittelbare familiäre Umfeld verübt, durch Bekannte/Familienmitglieder (Partner*innen/Kolleg*innen). Und selbst dort, wo aufgrund von patriarchalen Traditionen besonderer Sexismus herrscht (was auch für ländliche Teile Österreichs gilt) ist der wirksamste Schutz die Möglichkeit auf ein selbstbestimmtes Leben für alle Frauen. Als sozialistische Feminist*innen stellen wir uns gegen jeden Versuch der Spaltung und Entsolidarisierung der Arbeiter*innenklasse: Wir kämpfen für ein Bleiberecht für alle und für den Stopp aller Abschiebungen, weil sie Menschen in Tod und Verfolgung führen. Die rassistische Instrumentalisierung von Femiziden lenkt die Debatte weg von den wahren Problemen.

Migrant*innen sind oft von mehrfacher Diskriminierung betroffen, auf allen Ebenen: In der Schule, am Arbeitsplatz, auf dem Wohnungsmarkt, im Alltag. Einige sexistische Rollenbilder beziehen sich explizit auf Migrantinnen: Muslimische Frauen seien rückschrittlich, ungebildet, unterwürfig. Andere werden besonders sexualisiert und objektifiziert. Die beschriebene Mehrfachbelastung in Lohnarbeit und Zuhause trifft Migrantinnen in besonderem Maße. Aufgrund der rassistischen Politik der Regierung und der etablierten Parteien haben sie erschwerten Zugang zu Jobs, Ausbildungsplätzen, Bildung etc.. So werden viele gesellschaftlich isoliert, auch wenn sie (meistens prekär) berufstätig sind.

Die Abschiebe- und Abschottungspolitik der Herrschenden, Imperialismus und Krieg bedeuten für Frauen weltweit Hunger, Flucht und die Bedrohung ihrer Lebensgrundlage. Am Beispiel Afghanistan wird deutlich, wie geheuchelt die Politik der Herrschenden bei der Frage von Frauenrechten ist: Frauen wurden ohne Hemmungen in das Land der Taliban abgeschoben. Die imperialistische Kriegspolitik hat in vielen Ländern zutiefst reaktionäre und frauenfeindliche Regime und Gruppen an die Macht gebracht, sie hat Millionen Menschen das Leben und die Heimat gekostet und ganze Regionen in Schutt und Asche gelegt. Wir kämpfen als Internationalist*innen weltweit gegen Sexismus, Unterdrückung und Ausbeutung:

- ★ Nein zu Kopftuchverboten und anderen Scheindebatten!
- ★ Stoppt die rassistische Instrumentalisierung von Gewalt an Frauen
- ★ Gleiche Rechte für alle, kämpfen gegen jede Form von Rassismus, Diskriminierung und rassistische Gesetze.
- ★ Bleiberecht für alle – Stopp aller Abschiebungen. Die Reichen sollen zahlen für Wohnraum, Gesundheitsversorgung und soziale Absicherung für alle.
- ★ Nein zu Krieg, Aufrüstung und Imperialismus – alle Waffenexporte beenden: Für internationale Solidarität der Arbeiter*innenklasse.

Umgang mit Sexismus innerhalb der Linken und der Arbeiter*innenbewegung

Sexistische Unterdrückung umfasst viel, viel mehr als das Verhalten von Individuen – sie ist systematisch. Der Kampf gegen Sexismus und Frauenunterdrückung ist deshalb in erster Linie ein politischer Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse.

Trotzdem muss auch individuelles Verhalten innerhalb der Arbeiter*innenbewegung zur Verantwortung gezogen werden. Sexistisches Verhalten zu erkennen, zu konfrontieren und nicht zu akzeptieren ist notwendig, um eine geeinte Arbeiter*innenbewegung und Organisationen der Arbeiter*innenklasse aufzubauen. Männer, die Frauen bewusst nicht als gleichwertige Kolleginnen, Genossinnen und Mitstreiterinnen betrachten, sie abwerten und in ihrer politischen Entfaltung und Emanzipation damit behindern, stellen eine Gefahr, auch für die Bewegung / die Organisation dar. Spaltung schwächt und zersplittert uns. Gerade deshalb ist es notwendig, dass die Gewerkschaften als größte Organisationen der Arbeiter*innenklasse (in vielen Ländern sehen wir eine Tendenz von zunehmend weiblicher Mitgliedschaft in den Gewerkschaften) bewusste politische Kampagnen gegen Gewalt an Frauen und Sexismus organisieren und entschlossen gegen sexistisches Verhalten in den eigenen Reihen vorgehen.

Gleichzeitig sind linke Organisationen und ist die Arbeiter*innenbewegung nicht isoliert von der Gesamtgesellschaft. Die Idee, dass es möglich sei, innerhalb eines sexistischen, rassistischen Systems wie dem Kapitalismus vollumfängliche "safe spaces" zu schaffen ist illusorisch. Es ist eine Realität, dass die Linke und linke Organisationen nicht frei von reaktionären Ideen und Einflüssen sind. Solange es Sexismus in der Gesellschaft gibt, solange wird es auch Sexismus in linken Organisationen und in der Arbeiter*innenbewegung geben. Es ist daher auch eine falsche Herangehensweise, sexistisches Verhalten oder Übergriffe in den eigenen Reihen vertuschen oder verheimlichen zu wollen. Vielmehr muss es darum gehen, einen bewussten und selbstsicheren Umgang mit solchem Verhalten zu etablieren, der einerseits auf der Basis der Nulltoleranz steht und andererseits zum Ziel hat, durch Bewusstseinsarbeit (insbesondere männliche) Mitglieder zu sensibilisieren, zu schulen und Fehlverhalten zu reflektieren.

Die SLP/ISA agiert bei sexistischen Vorfällen durch Mitglieder auf der Überzeugung, dass jeder Vorwurf ernst genommen und durch die demokratisch gewählten Gremien der Organisation behandelt werden muss.

Konsequentes, ernsthaftes und entschlossenes Agieren ist notwendig, um Mitglieder und damit die Organisation zu schützen. Je nach Vorfall in diesem breiten Spektrum von sexistischen Verhaltensweisen (bis hin zu Gewalt und Übergriffen) muss die Partei einerseits den notwendigen Opferschutz sicherstellen und andererseits abwägen, welche Form von Maßnahmen/Sanktionen sinnvoll und angemessen sind, um eine Verhaltensänderung zu erreichen und Wiederholungen zu verhindern. Das kann von Formen der intensiven Diskussion bis hin zu Suspendierungen oder Ausschlüsse reichen. Dieser bewusste Umgang ist auch ein Mittel der Schulung für alle Mitglieder, um eigenes, möglicherweise unbewusstes sexistisches Verhalten zu erkennen und zu verändern.

Kämpfe gegen Diskriminierung, Sexismus und Kapitalismus können nicht erfolgreich geführt und schon gar nicht gewonnen werden, wenn die Arbeiter*innenklasse entlang unterschiedlicher Unterdrückungslinien (Geschlecht, Hautfarbe, sexuelle Orientierung, Herkunft, Religion etc) gespalten ist. Diese Spaltung zu überwinden ist daher eine zentrale Aufgabe. „Bewusstseinsarbeit“ ist dafür notwendig aber unzureichend. Die Erfahrung zeigt, dass insbesondere im gemeinsamen Kampf, in Streiks, Protesten und Kampagnen, nicht nur aber auch in jenen gegen Sexismus, Vorurteile abgebaut werden.

Der gemeinsame Kampf von Männern und Frauen als wirksamstes Mittel gegen sexistische Spaltung gilt – neben der Frage des Umgangs mit konkreten Übergriffen – genauso für die "eigenen Reihen". Eine marxistische Organisation kann dann effektiv präventiv gegen sexistisches Verhalten gegenüber Genossinnen vorgehen, wenn sie Mitglieder politisch generell aber auch in diesen Fragen schult, welche Auswirkungen Sexismus und Frauenunterdrückung haben, indem sie sexistisches Verhalten nicht toleriert, männliche Genossen zu einer Reflexion des eigenen Verhaltens bewegt, insbesondere aber indem sie eine Kultur schafft, in der Männer und Frauen gleichermaßen Schulter und Schulter sich am Aufbau der Organisation beteiligen, zentrale Rollen einnehmen und Führung übernehmen.

In einem Interview aus dem Jahr 1969 beschrieben Frauen der Black Panther Party den bewussten Umgang mit männlichem Chauvinismus innerhalb der Partei so: "Wir sind uns bewusst, dass wir eine Rolle zu spielen haben, und wir sind es leid, zu Hause zu sitzen und missbraucht zu werden, und wenn wir nicht aufstehen, wird sich der männliche Chauvinismus immer noch zeigen und etwas sein, das einfach übergangen wird. Wenn wir uns nicht dagegen aussprechen und unseren Brüdern beibringen, was richtig ist, und aufzeigen, was falsch ist, dann wird er immer noch da sein."

SEXINDUSTRIE UND PROSTITUTION

Zur Sprachregelung: wir sprechen von dem Gewerbe ‚Prostitution‘, um zu unterstreichen, dass wir diese frauenverachtende Industrie grundsätzlich ablehnen. Gleichzeitig verwenden wir für Beschäftigte in der Prostitution den Begriff Sexarbeiter*innen. Wir machen dieser Unterscheidung um zu verdeutlichen, dass wir die Industrie verurteilen aber uns gegen jede Diskriminierung der Beschäftigten stellen.

Die Milliardenprofite der Sexindustrie steigen von Jahr zu Jahr. Gerade unter Corona hat die Zahl junger Frauen in der online Porno- und Sexindustrie zugenommen. Die Plattform „onlyfans“ verzeichnete schon im April 2020 ein Plus von 75 % bei Neuanmeldungen. Die Sexindustrie, insbesondere die Prostitution, ist eine der ausbeuterischsten und gefährlichsten Industrien weltweit, v.a. für Frauen. Gewalt an Frauen und Femizide richten sich sehr oft und brutal gegen Sexarbeiter*innen. International steht ihre Sterberate in direktem Zusammenhang mit der Beschäftigung 10–40x über dem Durchschnitt. 60–80% werden regelmäßig sexuell oder psychisch missbraucht. In jeder Wirtschaftskrise steigt die Zahl von Personen in der Prostitution rasant an. In zahlreichen Studien wird als Hauptursache für den Einstieg in die Prostitution ökonomische Not genannt, auch Zwangsprostitution und Menschenhandel nehmen zu. 43 % der Opfer von Menschenhandel werden in die Sexindustrie, d.h. in die Zwangsprostitution, verkauft.

In Österreich sind laut Bundeskriminalamt etwa 95 % der in Bordellbetrieben und auf dem Straßenstrich tätigen Personen Migrant*innen. Prostitution gehört in Österreich zu den wenigen „Berufen“, denen Asylbewerber*innen nachgehen dürfen. Insgesamt ist Migration zunehmend weiblich. Frauen die aus Not in die Prostitution nach Österreich oder Deutschland migrieren, haben ein hohes Risiko, Opfer sexueller Ausbeutung zu werden, auch wenn sie ursprünglich nicht durch Menschenhändler*innen/Schlepper*innen in die Prostitution geraten sind. Prostitution steht also im direkten Zusammenhang mit imperialistischen Verhältnissen, wirtschaftlicher Ausbeutung in den Herkunftstaaten der Migrant*innen und Abschottungspolitik der reicheren Staaten. Rassismus und das zunehmende „Angebot“ / die zunehmende Nachfrage nach migrantischen Sexarbeiter*innen steht im Zusammenhang mit der Abwertung und Gewalt gegen diese Frauen. Im Kapitalismus schafft, anders als oft behauptet, das Angebot die Nachfrage: Werbung für Bordelle, Verharmlosung, die große Vermarktung und Ausweitung der Sexindustrie schafft auch vermehrte Nachfrage.

Aufgrund der liberalen Gesetzgebung in Österreich haben sich Bordelle, Laufhäuser, Go-go-Bars usw. normalisiert. Ähnlich wie in den meisten anderen Ländern gibt es kaum Zahlen und Studien über Freier und ihre Motive, aber es gibt Studien die einen Zusammenhang zwischen Freiern und

Gewalt gegen Frauen herausarbeiten. Polizeiliche Repression trifft auch in Österreich in erster Linie die Personen in der Prostitution und nicht Bordellbetreiber*innen oder Freier.

Die Basis für Prostitution als Massenphänomen im Kapitalismus sind die sozialen Verwerfungen in diesem System, die durch Armut, Ausbeutung, Kürzungspolitik usw. Frauen in die Prostitution treiben (ein dramatisches Beispiel ist Griechenland, wo von 2013–15 aufgrund der Krise Prostitution um 150 % angestiegen ist). Dazu kommt eine Gesellschaft, in der die Objektifizierung von Menschen bis zum Kauf von Frauenkörpern „normal“ ist. Im Sinne von Engels' Analyse ist bei der Frage von Prostitution die bürgerliche Moral eine Doppelmoral, denn die Prostitution ist eine gesellschaftliche Institution, die „die alte Geschlechterfreiheit fortsetzt – zugunsten der Männer“. Obwohl Prostitution auch in der bürgerlichen Gesellschaft „abgelehnt“ wird, trifft diese Ablehnung „keineswegs die dabei beteiligten Männer, sondern nur die Weiber: Sie werden geächtet und ausgestoßen, um so nochmals die unbedingte Herrschaft der Männer über das weibliche Geschlecht als gesellschaftliches Grundgesetz zu proklamieren.“ Uns geht es nicht um eine Tabuisierung von Sexualität, ganz im Gegenteil. Prostitution und eine „befreite Sexualität“ sind nicht miteinander vereinbar.

Das kapitalistische Wirtschaftssystem basiert auf Ausbeutung. Die „normale“ kapitalistische Ausbeutung besteht darin, dass Menschen Firmen ihre Arbeitskraft gegen Geld zur Verfügung stellen, um Waren zu produzieren und Dienstleistungen anzubieten, die Profite schaffen. Viele Ausbeutungsverhältnisse beinhalten Eingriffe in die körperliche Integrität und die Privatsphäre – z.B., wenn Beschäftigte gezwungen werden bis zur körperlichen Erschöpfung zu schuften oder in der Arbeit Giftstoffen ausgesetzt sind; wenn Toilettenpausen zeitlich genau festgelegt und überprüft werden oder wenn Bekleidungsvorschriften herrschen. In der Sexindustrie bestehen die zu leistenden Dienste praktisch vollständig aus der Duldung – oft gewaltsamer – von Eingriffen in die physische und psychische Intimsphäre. „Sexuelle Ausbeutung“ geht aber auch in einem weiteren Punkt über „normale“ Ausbeutung hinaus. Bei ihr geht es nicht nur darum, dass irgendeine Person irgendeine Tätigkeit ausübt, aus der sich Profit ergeben soll. Es kommt darüber hinaus spezifisch darauf an, dass die Leistung durch eine Person, der eine bestimmte, geschlechtsspezifische Rolle zugeschrieben wird, erbracht wird und ein bestimmtes, gesellschaftlich definiertes Rollenverständnis bedient. Es ist kein Zufall, dass v.a. Frauen von Männern sexuell ausgebeutet werden. Das passiert, weil die sexuelle Ausbeutung von Frauen ein Teil ihrer zugeschriebenen Rolle in dieser Gesellschaft ist. Prostitution ist also ein institutionalisierter Ausdruck von Frauenunterdrückung.

Mit dem Argument, dass sexuelle bzw. körperliche Ausbeutung nicht ausschließlich in der Sexindustrie stattfindet, versuchen Lobbyist*innen dieses Gewerbes häufig „Sexarbeit“ mit anderer Erwerbsarbeit gleichzustellen. Auch auf der Linken gibt es viele, die den Begriff Prostitution

ablehnen und der Meinung sind, die einzige Aufgabe von Linken sei es, für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen einzutreten. Diese Auffassung vertreten wir nicht. Wir weisen die Stigmatisierung und Kriminalisierung von Sexarbeiter*innen zurück. Aber die Tatsache, dass bestimmte Formen der Ausbeutung auch in anderen Bereichen stattfinden, rechtfertigt die sexuelle Ausbeutung in der Sexindustrie in keinsten Weise. Vielmehr erfordert sie, sexuelle Ausbeutung als zweites Übel neben der „normalen“, kapitalistischen Ausbeutung in allen Bereichen zu bekämpfen.

Prostitution reproduziert ein sexistisches Weltbild, in dem Frauen, Transpersonen, Kindern und manchmal auch (fast ausschließlich jungen) Männern die Rolle uneingeschränkt für (fast ausschließlich) Männer verfügbarer Sexobjekte zu sein, zugewiesen wird. Manche Sexarbeiter*innen entscheiden sich für diese Tätigkeit, obwohl ihnen – oft schlecht bezahlte – Alternativen zur Verfügung stehen. Sie spielen für ihre Kunden die Rolle des Sexobjektes und werden dafür bezahlt. Aus Sicht der*des einzelnen Sexarbeiter*in ist das natürlich etwas anderes als mit Gewalt zu dieser Tätigkeit gezwungen zu werden. Doch unabhängig von individuellen Entscheidungen (wie freiwillig sind diese überhaupt im Kapitalismus?) zementiert Prostitution das gesellschaftliche Rollenbild der Frau im Kapitalismus. Fast alle Menschen haben das Bedürfnis nach Sex, suchen Zärtlichkeit und viele würden gerne Aggressionen ausleben. Trotzdem kaufen erheblich mehr Männer als Frauen Sex. Der Grund dafür ist offensichtlich: das gesellschaftlich geprägte Rollenbild, nachdem Männer als die „Ernährer“ einen Anspruch darauf haben, dass ihre körperlichen und emotionalen Bedürfnisse von Frauen uneingeschränkt befriedigt werden – zumindest, wenn sie, als Hauptverdiener in der Familie oder als zahlender Kunde einer Sexarbeiter*in, als Gegenleistung finanzielle Mittel zur Verfügung stellen. Während die meisten Frauen, denen Männer in der realen Welt begegnen, über ausreichend Ressourcen verfügen, um diese totale Hingabe zu verweigern, oder sich diese Option zumindest offen halten, verkörpern Sexarbeiter*innen das gewünschte Bild. Diese Sichtweise beeinflusst das gesellschaftliche Frauenbild und damit sogar Menschen, die keine direkte Verbindung zur Sexindustrie haben.

Sozialist*innen verteidigen das Recht aller Menschen, ihre Sexualität in vollen Zügen zu genießen – vorausgesetzt, dass dadurch andere Menschen nicht beeinträchtigt werden. Die Sexindustrie hilft niemandem dabei. Im Gegenteil: Sie fördert sexualisierte Gewalt, Ausbeutung und Entfremdung. Die Stigmatisierung von Personen, die in der Sexindustrie tätig sind, wird nicht durch weitere Liberalisierungen abgeschafft, ebensowenig wird so ein wirklich freier Umgang mit Sexualität erreicht. Denn die herrschende Sexualmoral und insbesondere das herrschende Frauenbild sind untrennbar mit den kapitalistischen Herrschafts- und Produktionsbedingungen verbunden. Dass v.a. weibliche Körper und weibliche Sexualität als Handelsware missbraucht werden, ist Ausdruck der kapitalistischen Klassengesellschaft. Sie führt dazu, dass viele Menschen immer wieder in eine Situation

geraten, in der die Entscheidung, sich zu prostituieren im Vergleich zu anderen verfügbaren Optionen die am wenigsten Schlechte ist. Prostitution wird in diesem System deshalb nie gänzlich verschwinden. Alle Versuche, Prostitution zu bekämpfen, indem man Sexarbeiter*innen bekämpft, sind deshalb nicht nur zum Scheitern verurteilt, sondern auch unsolidarisch und diskriminierend. Die erste und wichtigste Aufgabe ist es deshalb, dafür zu kämpfen, dass die Lebens- und Arbeitsbedingungen aller Menschen ausreichend Sicherheit bieten, damit niemand gezwungen wird, sich in zeitweilige oder dauerhafte sexuelle Abhängigkeiten zwingen zu lassen, um ein gutes Leben zu führen.

Das Nordische Modell

Teile der Linken fordern die Bestrafung von Freiern, wie in skandinavischen Ländern. In der Tat hat dies zu einem Rückgang der Prostitution in diesen Ländern geführt (wobei es sich auch zum Teil um eine Zunahme illegaler Strukturen handelt). Im Gegensatz dazu hat die Legalisierung in Deutschland zur massiven Zunahme von Prostitution geführt. Wir sind nicht der Meinung, dass bürgerliche Gesetze der wichtigste Hebel sind, um gesellschaftliche Veränderungen zu erwirken. Studien zeigen, dass nicht die Androhung staatlicher Strafen, sondern die Missbilligung des sozialen Umfelds die größte Auswirkung auf das Verhalten von Menschen hat. Allerdings können Gesetzesänderungen aufgrund von Protesten Ausdruck eines veränderten Bewusstseins und damit veränderter sozialer Normen sein. Wenn sich Organisationen der Arbeiter*innenklasse wie die Gewerkschaften entschlossen gegen das „Freiertum“ einzusetzen und erklären, welche negativen gesellschaftlichen und individuellen Folgen Prostitution haben, kann dies erhebliche Auswirkungen auf das gesellschaftliche Bewusstsein haben. Die juristische Kriminalisierung des Freiertums kann unter diesen Umständen ein Schritt zur Beschränkung der Prostitution sein.

Einiges spricht dafür, dass der (beschränkte) Erfolg des „schwedischen Modells“ weniger auf der Gesetzesänderung als solcher, als vielmehr auf einer Änderung der gesellschaftlichen Einstellung beruht. Das große Problem des Nordischen Modells war und ist nicht der offene Kampf gegen das Freiertum und die Prostitution, sondern die Tatsache dass die anfänglichen sozialen Maßnahmen (Jobbeschaffung, Wohnraum, soziale Unterstützung) mit den Jahren weggekürzt wurden. Auch deshalb hat das Modell nicht zu einer nachhaltigen Reduktion von Prostitution, sondern zur Auslagerung des „Konsums“ ins Ausland, Internet, illegalen Bordellen usw. geführt und hat die Unsicherheit für die schwächsten Schichten von Sexarbeiter*innen in einigen Fällen sogar erhöht.

Die wichtigste Aufgabe für den sozialistischen Feminismus ist nicht, den bürgerlichen Staat freundlich zu bitten, fortschrittliche Gesetze zu erlassen. Unsere Hauptaufgabe ist es, innerhalb der Arbeiter*innenklasse und ihrer Organisationen für die Ächtung aller Formen von sexueller Ausbeutung und insbesondere der Sexindustrie und für

Alternativen bzw. Ausstiegsmöglichkeiten für Menschen die in diesen Bereichen tätig sind, zu kämpfen. Wenn dieser Kampf erfolgreich geführt wird und die Mehrheit der Arbeiter*innenklasse versteht, dass sexuelle Ausbeutung ein Spaltungsmechanismus ist, der allen schadet, spielt die Frage, ob sich die soziale Ächtung in bürgerlichen Gesetzen niederschlägt, nur eine untergeordnete Rolle.

Pornografie

Pornographie wird von vielen als explizite Darstellung sexueller Handlungen mit dem Ziel, sexuelle Erregung auszulösen, verstanden. Neben pornographischer Literatur und DVDs findet Pornographie heute zum größten Teil im Internet statt. Der Markt wird von Online-Plattformen und Tauschbörsen dominiert, auf denen wie bei Youtube oder sozialen Netzwerken wie OnlyFans Videoclips hochgeladen werden. Anders als „klassische“, an Filmsets produzierte Pornos sind diese Clips relativ kurz und amateurhaft und erzeugen so den Eindruck „realistisch“ beziehungsweise „echt“ zu sein. Tatsächlich gibt es einige Menschen, die sich rein privat beim Sex filmen, Clips unentgeltlich ins Netz stellen und mit Gleichgesinnten tauschen. Solange erwachsene Leute damit einvernehmlich und unter Gleichgesinnten ohne finanzielle Interessen ihre sexuellen Bedürfnisse befriedigen, ist das keine sexuelle Ausbeutung. Viel häufiger ist jedoch der halbprofessionelle Nebenerwerb. Die Konkurrenz ist hart, der Druck, für die meisten „Clicks“ immer extremere Sachen zu produzieren, steigt. Der Übergang zur Prostitution ist fließend, da viele Amateurproduzent*innen und ihre Kund*innen im Netz direkt miteinander kommunizieren und persönliche Treffen mit und ohne Kamera vereinbaren. Bereits in der „klassischen“ Pornoindustrie waren Schutz vor Geschlechtskrankheiten und sexueller Gewalt schwer durchzusetzen, im Amateurbereich ist das so gut wie unmöglich. In Pornofilmen wird in den meisten Fällen das sexistische Trugbild von der immer willigen Frau und des immer potenten Mannes dargestellt. Angesichts der massiven Verbreitung von Pornographie und der Häufigkeit des Konsums durch v.a. Männer ist es nicht verwunderlich, dass sie das Weltbild der Konsument*innen beeinflusst. Studien belegen, dass Pornokonsument*innen – v.a. Konsument*innen von Gewaltpornographie – Gewalt gegen Frauen weniger ablehnen, als Nicht-Konsument*innen.

In diesem Sinne ist Gewaltpornographie eine Form frauenfeindlicher Propaganda. Die Pornoindustrie oder Prostitution hat deshalb nicht nur eine individuelle, sondern auch eine gesellschaftliche, „propagandistische“ Komponente, die im Allgemeinen ein extrem negatives Frauenbild reproduziert, mit dem alle Frauen im Alltag in der einen oder anderen Weise konfrontiert werden. Der Skandal rund um Pornhub – dem größten Porno-Riesen – ist ein krasses Beispiel dafür, wie eng in diesem System die Pornoindustrie mit sexueller Ausbeutung verbunden ist. Dutzende Frauen haben in den USA 2021 Klagen wegen der Abbildung von Vergewaltigungen gegen das Unternehmen MindGeek, das

hinter Pornhub steht, eingereicht. Die Folge waren zwar kleinere Restriktionen, doch es ist klar dass ein milliarden-schwerer Riese wie MindGeek gegen härtere Sanktionen die nötigen Mittel in der Hand hat. Es ist kaum möglich, eine klare Grenze zwischen Pornografie und sexueller Ausbeutung zu ziehen. Die gesamte Sexindustrie ist im Rahmen des Kapitalismus ein Hort von Unterdrückung, Ausbeutung und Gewalt.

Der Kampf gegen Prostitution (nicht gegen Sexarbeiter*innen) ist wichtig für die gesamte Arbeiter*innenbewegung da sie Ausbeutung und Ungleichheit zementiert und damit ein Hindernis für einen gleichberechtigten Kampf darstellt.

WIR KÄMPFEN FÜR:

- ★ Staatlich finanzierte Ausstiegsprogramme und Ausbildungsangebote mit finanzieller Absicherung für Personen in der Prostitution
- ★ Flächendeckendes Angebot an Einrichtungen, in denen Personen aus der Prostitution Schutz und kostenlose ärztliche Beratung und Versorgung finden können
- ★ Weg mit allen rassistischen Gesetzen, Bleiberecht für alle um Migrant*innen den Ausstieg aus der Prostitution zu erleichtern
- ★ Schluss mit der Heuchelei! Keine Kriminalisierung von Personen in der Prostitution – stattdessen Kampf gegen Bordellbetreiber*innen, Zuhälter*innen und die Profiteure der Sexindustrie
- ★ Werbeverbot für die Sexindustrie – Nein zur Objektifizierung von Frauen und LGBTQI+ Personen
- ★ Enteignung der großen Bordellbesitzer und Profiteure von sexueller Ausbeutung, Rechte von Betroffenen stärken und die Profiteure zur (finanziellen) Rechenschaft ziehen.
- ★ Der ÖGB muss Stellung beziehen gegen die Objektifizierung und Vermarktung von Frauen und ihren Körpern und Betroffene in die Gewerkschaften aufnehmen. Es braucht gewerkschaftliche Initiativen zur Organisation von Sexarbeiter*innen (unabhängig von den Profiteur*innen der Branch) im Kampf um möglichst sichere Arbeitsbedingungen und einen Ausstieg.
- ★ Eine Gesellschaft in der niemand aus Not gezwungen ist, Körper bzw. Sexualität zu verkaufen.

5.

MY BODY – MY CHOICE!

Weltweit gehen laut WHO 4-13% der “Müttersterbefälle” auf unsichere Abtreibungen zurück. Weltweit predigen konservative und rechtspopulistische Parteien, christliche Fundamentalist*innen und selbsternannte „Lebensschützer*innen“ ein traditionelles Familienbild und versuchen die Rechte von Frauen weiter zu beschneiden. Durch staatliche Verbote und Regulierungen wird allen Schwangeren abgesprochen, selbst vernünftig über den eigenen Körper entscheiden zu können. Angriffe auf das Recht auf Schwangerschaftsabbruch wie in China, den USA oder anderen Ländern stehen immer wieder auf der Tagesordnung. Dabei sehen wir auch wie die Körper von Frauen zum Austragungsort globaler Konflikte werden um mehr Arbeitskräfte und Soldat*innen zu produzieren. So erschwert China Schwangerschaftsabbrüche und geht gegen Feminist*innen vor (in der USA sehen wir in einigen Bundesländern ähnliches).

Frauen und ihre Sexualität werden im Kapitalismus “kontrolliert”. Durch staatliche Verbote und Regulierungen wird Frauen das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung genommen. Das liegt an der Notwendigkeit des Kapitalismus, Reproduktion zu regulieren, die andere Seite der Medaille sind Geburtenkontrollen. Der weibliche Körper wird zum „Produktionsmittel“ der Ware Arbeitskraft, über das die Frau selbst keine Verfügungsgewalt haben soll. Wenn Gesetze das Leben der Frau mit jenem des Fötus gleich setzen, dann ist das nur die extremste Form der Bevormundung. Die Zwangsberatung vor einer Abtreibung ist eine mildere Form derselben Logik. Leben wird den Herrschenden also in dem Maße „heilig“, in dem es verwertbar ist. Religiöse Vorstellungen, die Abtreibungen oder auch Verhütung als “Sünde” betrachten, sind nicht nur Zeichen einer extrem veralteten und konservativen Gesinnung. Sie sind im Kapitalismus immer auch ein Instrument für den Erhalt der Kontrolle über Frauen, ihre Körper und damit um den Erhalt der aktuellen Gesellschafts- und Wirtschaftsform. Die Ideologie rechtsextremer und (neo-)faschistischer Gruppierungen gehört dazu. Es ist kein Zufall, dass christliche Fundamentalist*innen, s.g. “Lebensschützer*innen” und Rechtsextreme gemeinsam marschieren und viele Überschneidungen haben. Dass es diesen angeblichen „Lebensschützer*innen“ nicht um



SLP-Aktivist*innen beim Protest am internationalen Tag für sichere und legale Abtreibungen, 28. September 2016

den Schutz des Lebens geht und nicht um „die Kinder“, „die Familie“ oder „die Frau“ wird deutlich, da sie den Tod von Frauen in Kauf nehmen.

1974 wurde in Österreich das Recht auf Schwangerschaftsabbruch erkämpft. Gegen massiven Widerstand von ÖVP und FPÖ wurde die Fristenlösung im Parlament beschlossen – 50 Jahre nachdem Sozialistinnen erstmals den Antrag auf Straffreiheit für Abtreibung gestellt hatten. Seit Inkrafttreten des Gesetzes 1975 können Frauen eine Schwangerschaft innerhalb der ersten drei Monate ohne Angabe von Gründen straffrei, unter ärztlicher Kontrolle abbrechen, danach nur mehr aufgrund medizinischer Indikation. Vor der Fristenlösung waren besonders sozial schwache Frauen gezwungen, durch illegale, teure, medizinisch bedenkliche Eingriffe, gesundheitliche Risiken einzugehen. Dazu kam die Kriminalisierung. In den 60er Jahren wurden bis zu 300 Frauen jährlich wegen Abtreibung zu Haftstrafen verurteilt.

Doch auch wenn die gesetzliche Grundlage gegeben ist (völlig legal ist es immer noch nicht), wird es auch in Österreich Frauen oft schwer gemacht, einen Schwangerschaftsabbruch durchführen zu lassen. In Wien gibt es genug (wenn auch v.a. private) Möglichkeiten. In den meisten Städten, in anderen Bundesländern und gerade in ländlichen Regionen haben es Frauen schwerer, Ärzt*innen zu finden, die den Eingriff durchführen. Ärzt*innen können sich auch in öffentlichen Spitälern aus “Gewissensgründen” weigern, einen Abbruch vorzunehmen, und die Fristenregelung wird keinesfalls in allen öffentlichen Krankenhäusern durchgeführt. Einige Spitäler führen Abtreibungen nur in eingeschränktem Ausmaß durch – auch hier liegt die Entscheidung, auch in öffentlichen Spitälern, bei der Spitalsleitung. Die Kosten werden nicht von der Krankenkasse über-

nommen, was besonders für junge Frauen ein Problem sein kann, da ein Abbruch je nach Art und Ort mehrere hundert bis zu tausend Euro kosten kann. Zum Problem der Bezahlung kommt jedoch auch der “moralische” Druck, der vor allem seitens der Religionsgemeinschaften und Gesellschaft auf Frauen ausgeübt wird.

Zum Recht auf Selbstbestimmung gehört auch das Recht, Kinder zu haben. Es geht uns um echte Wahlfreiheit, sich für oder gegen ein Kind entscheiden zu können. Oft entscheiden sich Frauen aufgrund ihrer sozialen/finanziellen Lage gegen ein Kind (was ihr Recht ist!). Doch niemand soll sich gegen den eigenen Wunsch für eine Abtreibung entscheiden müssen, weil man sich kein Kind leisten kann! Das Recht auf Schwangerschaftsabbruch geht daher auch Hand in Hand mit dem Kampf um Unabhängigkeit und soziale Verhältnisse, in denen es keine Last ist, Kinder zu bekommen. Wir brauchen ausreichend Kinderbetreuungsplätze, Jobs von denen wir leben können und ein System, in dem wir nicht um unsere Lebensgrundlage bangen müssen, um die echte Wahl haben zu können.

WIR KÄMPFEN FÜR:

- ★ Umfassende Sexuaufklärung in Bildungseinrichtungen ab dem Kindergarten, die alle Formen von Sexualität inkludiert
- ★ Kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln und Hygieneartikeln auch auf öffentlichen Toiletten etc. Auch anonym, damit Frauen und Jugendliche nicht durch Eltern/Partner/etc. überwacht und kontrolliert werden können.
- ★ Für echte Wahlfreiheit: Kostenlose und flächendeckende Kinderbetreuung!
- ★ Für die volle Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen!
- ★ Kostenloser und unbürokratischer Zugang zu Abtreibungen. Flächendeckende Möglichkeiten zur Abtreibung in allen öffentlichen Spitälern bzw. speziellen Frauengesundheitszentren.
- ★ Volle Trennung von Kirche und Staat in allen Bereichen, v.a. im Bildung und Gesundheitswesen!

Frauengesundheit

In einer sexistischen Gesellschaft stehen Frauen auf allen Ebenen unter stärkerem Druck als Männer – das drückt sich sowohl in ihrer psychischen als auch physischen Gesundheit aus. Gleichzeitig wissen wir durch zahlreiche Untersuchungen, wie sehr bis heute die Forschung über Frauengesundheit vernachlässigt wird. Das bekannteste Beispiel ist die mangelnde Forschung über Erkrankungen wie Endometriose, wo ein enger Zusammenhang zur Tabuisierung der Menstruation besteht. Pharmakonzerne machen Profit mit Geschlechterrollen – All die Skandale rund um die Pille sind ein Beispiel dafür, wie schädlich einerseits das Bild ist, dass nur Frauen für die Verhütung verantwortlich seien und andererseits die Tatsache, dass die Entwicklung und Produktion von Verhütungsmitteln und Medikamenten in privater Hand liegen.

Die systematische Unterdrückung von Frauen – alltäglicher Sexismus, Gewalt, politische und auch ökologische Faktoren – haben gravierende Auswirkungen auf ihre Gesundheit. Stress, Depressionen, Burnout, Mangelerscheinungen u.a. Erkrankungen sind nicht geschlechtsneutral, sie werden geprägt und geformt von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Geschlechterstereotypen. Medikamente und Behandlungen wirken bei Männern und Frauen unterschiedlich – auch das wurde lange vernachlässigt.

Einschränkende Frauenbilder können gesundheits-schädliche, ja sogar tödliche Folgen haben. Eine der Haupt-

ursachen für Essstörungen sind herrschende Schönheitsideale und der Druck, perfekt zu sein. Frauen sollen nicht nur den perfekten Körper haben, sondern auch sportlich und fit sein. Gesundheitsschädliche Abnehm-Shakes und Pillen sind ein riesen Markt – auf Kosten von Frauen und ihrer Gesundheit.

Es ist eine wichtige Entwicklung, dass sich “feministische” Medizin immer weiter an den Hochschulen und Universitäten etabliert. Doch solange es gesellschaftliche Ungleichheit zwischen den Geschlechtern gibt, wird sich das auch bei Erkrankungen ausdrücken. Wir brauchen weltweit Gesundheitssysteme und medizinische Forschung, die nach den Bedürfnissen von Menschen ausgerichtet ist und nicht nach Profit. Die ein besonderes Augenmerk auf Frauengesundheit legt und die notwendigen Innovationen erforscht, um Krankheiten zu bekämpfen und vorzubeugen. Dafür muss jedoch das gesamte Gesundheitssystem der privaten Marktlogik entzogen werden. Geschlechtssensible, öffentlich finanzierte Erforschung und staatliche Produktion von Medikamenten ist notwendig, ebenso wie die Überführung der Pharmaindustrie in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung. Spitäler gehören vollständig in öffentliche Hand. Wir brauchen besondere Frauengesundheitszentren, die Sensibilisierung von Beschäftigten für frauenspezifische Erkrankungen und (sexualisierte) Gewalt und die verpflichtende Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen in allen Spitälern und Arztpraxen.

Geschichte der SLP im Kampf gegen die Fundis in Österreich

Wir haben eine lange Tradition im Kampf für das Recht auf Abtreibung und gegen die religiösen Fundamentalist*innen von ÖVP, FPÖ, katholischer Kirche und der ultrarechten Szene. Seit dem “Marsch fürs Leben” 1997 treten wir offen gegen diese Kräfte auf, die mächtige Bündnispartner*innen in den etablierten Parteien haben. Wir haben unzählige Veranstaltungen und Aktionen organisiert, haben gegen die Aufmärsche von “Jugend für das Leben”, die “Märsche für das Leben” und die “1000 Kreuze Märsche” in Wien, Linz, Graz und Salzburg mobilisiert. Und wir haben die brandgefährlichen Aktivitäten des “Pro Life” Netzwerks dokumentiert. Von 2001-5 führen wir die Kampagne zur Verteidigung der Lucina (später Mairo) Abtreibungsklinik in Wien durch, die zu einem der Hauptangriffsziele der Abtreibungsgegner*innen geworden war. Im Laufe dieser Arbeit rückten wir selbst ins Visier von HLI (Human Life International), die unsere Frauensprecherin klagten. Doch im Rahmen des Verfahrens konnten wir ausführlich beweisen, dass man die Methoden von HLI als Terror bezeichnen kann.

Doch wir haben auch die unzureichende Umsetzung der Fristenlösung durch v.a. die SPÖ angeprangert. In Wien sind Abbrüche in öffentlichen Spitälern mit massiven

Hürden versehen oder gar nicht zu bekommen. Die SPÖ hatte die Fristenlösung zwar beschlossen, aber sich nicht um die Umsetzung gekümmert, sondern das dem “freien Markt” überlassen. Bis heute ist Österreich eines der wenigen Länder in Europa wo es keine kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln gibt – dafür aber Rekordwerte bei Teenager-Schwangerschaften. Auch hier hatte unsere Kampagne Erfolg und die Wiener Stadtregierung setzte nicht nur Schritte gegen die Belästigung durch Fundis vor Abtreibungskliniken, sondern halbierte auch den Preis für Abbrüche in den öffentlichen Spitälern.

Ein wichtiger Teil unserer Arbeit war immer, die Verbindungen der etablierten Parteien zu den Fundis aufzuzeigen: Die Verantwortung der ÖVP für mangelhafte Aufklärung! Die aktive Unterstützung der reaktionärsten Teile der katholischen Kirche für die gefährlichen Fundis. Die Verbindung der rechten Szene von Neonazis über Faschist*innen bis zu Esoteriker*innen und der FPÖ! All das zeigen wir nicht nur auf, sondern bekämpfen es. Und im Gegensatz zu diesen scheinheiligen Reaktionär*innen haben wir immer auch für die Möglichkeit von Fauen gekämpft, Kinder zu bekommen, wenn sie es wollen!

Viel mehr Informationen zu diesen Netzwerken, ihrer Politik, der Geschichte des Kampfes für das Recht auf Abtreibung und unsere Kampagnen gibt es in unserer Broschüre „Volle Selbstbestimmung für Frauen – Das Recht auf Schwangerschaftsabbruch und kostenlose Verhütungsmittel“.



Demonstration am internationalen Tag für sichere und legale Abtreibungen am 28. September 2016 in Wien

6.

FÜR EINEN SOZIALISTISCHEN FEMINISMUS

Seit Jahren finden immer stärkere feministische Proteste statt. Die Kämpfe gegen Frauenunterdrückung – gegen Sexismus, aber auch im Job – sind eine der umfassendsten Bewegungen der Arbeiter*innenklasse und Jugend seit der Krise 2007/8. Seit #metoo 2017 in den USA los ging bzw. spätestens mit den Bewegungen in Lateinamerika spricht man von der 4. Welle der Frauenbewegung (nach den Kämpfen für das Wahlrecht Anfang des 20. Jhd., der 2. Welle in den 1960er/70er Jahren und der autonomen Frauenbewegung in den 90er). Die fortschreitende neoliberalen Offensive griff Lebensstandard und Arbeitsbedingungen v.a. von Frauen an, mit Kürzungen im öffentlichen Sektor, Gesundheits- und Sozialsystem und Bildung auf der einen und prekären und schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen auf der anderen Seite. Frauen sind in ihrer Rolle als Beschäftigte, v.a. im Sozialbereich, aber auch im Handel und der Gastronomie, wie auch als jene, die die „Care-Arbeit“ (Hausarbeit, Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen) zu Hause verrichten, betroffen.

Mit dem Neoliberalismus wurde unbezahlte Arbeit wieder stärker auf Frauen abgeladen, weil sie wieder stärker die reproduktive Arbeit (Fürsorge-Arbeit) von den staatlichen Einrichtungen (zurück) übernehmen sollten und/oder insgesamt zu wenige Arbeitsplätze zur Verfügung standen. Begleitet wurde das von der Propaganda von „Superfrauen“ die Haushalt, Karriere, Partnerschaft und Privatleben ohne Probleme vereinen können. Gleichzeitig führen die Verwerfungen der kapitalistischen Krise dazu, dass immer mehr rechte Kräfte auf antifeministische Ideologie zurückgreifen und der ‘Emanzipation’ die Schuld für die Probleme unserer Gesellschaft geben. Das kapitalistische System beeinflusst zwar alle gesellschaftlichen Verhältnisse, aber es gibt hier keinen „Masterplan“. So können sich rückschrittliche und ultrakonservative Ideen auch verselbstständigen und es kommt zu aus Sicht des Kapitalismus widersprüchlichen Auseinandersetzungen. Gemeint sind beispielsweise diverse Vorstöße von rechten Regierungen, um die rechtsextreme Basis zu befrieden z.B. bei LGBTQIA+ Rechten

oder sexistische Aussagen von Politiker*innen. Doch genau solche Auswüchse und Ereignisse können die angestaute Wut explodieren lassen: Trumps Sexismus und „Grab ,em by the pussy“-Sager provozierte 2017 einen der größten landesweiten Proteste in der Geschichte der USA. Davor setzte #metoo eine weltweite gesellschaftliche Debatte über sexuelle Übergriffe und Gewalt an Frauen in Gang. Obwohl das Problem älter ist, provozierten die besonders weit verbreiteten Fälle in der amerikanischen Filmindustrie diesen Aufschrei.

Die Wut über Einschränkungen, der Leidensdruck über allgemein steigende soziale Diskriminierung von Frauen und ein steigender Druck durch die erwartete Rolle im Kapitalismus – das alles entlädt sich anhand der brennendsten Themen (wie Schwangerschaftsabbruch). Die Erfolge inspirieren auch weitergehende Kämpfe. Die Einsicht in die Notwendigkeit zu kämpfen kam auch nachdem breite Schichten von Frauen aus der Arbeiter*innenklasse erkannt haben, dass die Behauptung alle Rechte bzw. Gleichberechtigung wären längst erreicht sich zunehmend nicht mit ihrer Lebensrealität deckte. So erzielte eine breite Bewegung 2018 die Abschaffung des Abtreibungsverbots in Irland, nachdem in den Jahren zuvor ein erfolgreicher Kampf gegen eine unsoziale Wassersteuer stattgefunden hatte. Die Erfahrung des Kampfes (und des Gewinnens!) hatte seine Spuren hinterlassen. Viele, die gegen die „water charges“ aktiv waren haben sich auch für das Recht auf Abtreibung eingesetzt. Auch in Polen krachte im Kampf gegen die Verschärfung des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch das allgemein steigende Selbstbewusstsein von Frauen mit der konservativen Offensive zusammen. Frauen sahen mit jedem Angriff von Rechts wie leicht auch schon erreichte Grundrechte wieder über Bord geworfen werden. Mit jedem dieser Rückschritte, ob bestimmte Gesetze oder soziale Probleme wie ungleiche Bezahlung, fehlende Kinderbetreuung oder Arbeitslosigkeit in der Corona-Krise, stieg auch das Bewusstsein, dass dieses System für Frauen nichts übrig hat.

Soziale Themen wurden in feministischen Protesten in den letzten Jahren immer relevanter. Oft fanden die radikalsten Forderungen, die in der Gesellschaft diskutiert werden, ihren Ausdruck in der Frauenbewegung. Auch wenn der Effekt letztlich sehr beschränkt war, drückte sich das auch im breit unterstützten „Frauen*volksbegehren 2.0“ mit der Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung aus. In besonderer Weise zeigt sich das beim Thema Gewalt an Frauen, das spätestens mit der Corona-Krise prominent „zurück“ kam. Die „Ni una menos“-Bewegung in Lateinamerika flammte immer wieder auf und die Welle der Femizide in vielen Ländern Europas führte zu zahlreichen Protesten. Anhand der Gewalt, der Frauen tagtäglich ausgesetzt sind, zeigt sich die ganze Brutalität und Unfähigkeit dieses Gesellschaftssystems und das wurde breit verstanden. Hier spielen soziale Ungleichheit und die Objektifizierung von Frauen zusammen. Hier zeigt die Praxis, dass es keine Trennung von „gesellschaftlichen“ und sozialen Themen gibt.

Die Corona-Krise führte zur massiven Desillusionierung gegenüber dem (kapitalistischen) System, besonders Frauen

Neue Welle der Frauenbewegung

- 2011** weltweite *Shutwalks*
- 2012** Massenproteste gegen Gruppenvergewaltigung in Indien
- 2013** *Ni Una Menos (Keine weitere weniger)* – Bewegung entsteht in mehreren Ländern Südamerikas
- 2015** Streiks erreichen mehr Personal im Berliner Krankenhaus Charité
- 2016** *Czarny*-Proteste in Polen
- 2017** *Women's Marches* gegen die Angelobung von Trump v.a. in den USA aber auch international
- 2017** *#metoo* ausgehend von den USA gefolgt von einem weltweiten Aufschrei
- 2018** 1. Höhepunkt der *Aborto Legal* – Bewegung (für die Legalisierung von Schwangerschaftsabbruch) in Argentinien
- 2018** Referendum – *Repeal the 8th* – schafft Abtreibungsverbot in Irland ab
- 2018** feministischer Streik in Spanien (mit 5 Millionen Teilnehmer*innen)
- 2018** Streikbewegung von Lehrer*innen in den USA
- 2019** Frauen stehen bei der Revolution im Sudan in der ersten Reihe und erkämpfen eine Reihe von Verbesserungen (z.B. Verbot von FGM)
- 2019** feministischer Streik in der Schweiz
- 2020** Proteste gegen Verschärfung des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch in Polen
- 2020** Legalisierung von Schwangerschaftsabbruch in Argentinien
- 2021** weibliche Arbeiter*innen stehen in der erste Reihe bei der Revolution in Myanmar



„Ni una menos“-Demonstration 2018 in Buenos Aires, Argentinien
(Foto: Prensa Obrera)

sahen, dass sie die ersten waren, die unter den Auswirkungen zu leiden hatten, ob bei häuslicher Gewalt während der Lockdowns, als Beschäftigte im Handel, durch Home-schooling, Arbeitslosigkeit oder als Pflegekraft an der Front. 2020 gab es Bewegungen gegen Abtreibungsverbote (Argentinien, Polen u.a.) und immer stärkere Proteste gegen Gewalt an Frauen (in Europa) und die Kämpfe im Pflege- und Sozialbereich (z.B., in Belgien, Deutschland, Österreich). Frauen trugen nicht nur diese Krise aus, sondern auch den Widerstand dagegen. Gleichzeitig waren es auch die Arbeiterinnen des Gesundheitswesens und der Textilindustrie, die im revolutionären Aufständen in Myanmar eine Voreiter*innenrolle spielten, ähnlich im Sudan und Iran. Die Corona-Krise hat einen Trend beschleunigt: Frauen als erste Kämpferinnen gegen das System, weil am stärksten davon betroffen.

Die oben beschriebenen sozialen und gesellschaftlichen Phänomene haben auch dazu geführt, dass die postmoderne Idee, Frauen könnten sich individuell behaupten oder durch „Bewusstseinsbildung“ könnten Vorstellungen in der Gesellschaft beseitigt werden, abgelöst worden ist. Immer mehr Menschen ist heutzutage klar, Angriffe von oben können nur durch einen kollektiven Kampf zurückgeschlagen werden und ändern muss sich, wie die Gesellschaft funktioniert. Dazu braucht es eine Bewegung, die die strukturellen Ursachen bekämpft.

Rolle der Arbeiter*innenklasse und der Arbeiter*innenbewegung

Dabei ist auffällig, dass feministische Bewegungen immer öfter Kampfformen der Arbeiter*innenbewegung übernehmen. Streik ist ein Begriff geworden. Die Bewegung in Polen nennt sich „Strajk Kobiet“ (= Frauenstreik). Im Spanischen Staat und in der Schweiz fanden 2018 und 2019 zum Internationalen Frauentag am 8. März Streiks mit mehreren Millionen Teilnehmer*innen statt. Nicht überall sind es tatsächliche Arbeitsniederlegungen und die Vorstellungen eines „Hausarbeits-/Kinderbetreuungsstreiks“ zu Hause gehen Großteils am Ziel vorbei. Aber die Erkenntnis „Wenn wir wollen, steht die Welt still.“ ist die Keimzelle eines Klassenbewusstseins (unsere Arbeit beuten „die da oben“ aus).

Frauen waren immer Teil der Arbeiter*innenklasse. Der Anteil an Frauen im Erwerbsleben stieg in den letzten Jahrzehnten rasant (Deutschland 1991–2020: von 57 auf 71,9 %). Aufgrund der Beschäftigung in den (seit Corona sogenannten) „systemrelevanten Berufen“, also Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich, wo seit Jahren immer öfter Kämpfe stattfinden, nehmen Frauen aktuell eine besondere Stellung im Klassenkampf ein.

Die Tatsache, dass die Mehrheit aller Frauen in der Arbeitswelt steht, schafft andere Voraussetzungen: ihre Probleme sind somit untrennbar verbunden mit ihrem Dasein als Arbeiterin. Einerseits ist es für sie naheliegend, Verbesserungen für sich (Lohn, Arbeitszeit) im Betrieb zu erkämpfen, andererseits sind Sexismus und Situation am

Arbeitsplatz nicht mehr zu trennen; Weil ich ein ausreichendes Gehalt brauche, um unabhängig leben und mich z.B. von einem gewalttätigen Partner trennen zu können, bzw. weil ich Sexismus am Arbeitsplatz selbst erlebe. Aber auch Teil der Arbeiter*innenklasse zu sein, sich mit anderen auszutauschen und zu sehen, dass sie ähnliche Probleme haben und die entsprechenden Kämpfe zu führen bringt unschätzbare Erfahrung. Dort muss ich mich mit anderen organisieren und kann gemeinsam für etwas kämpfen, lerne Streik als Druckmittel kennen usw. Das kann auf feministische Bewegungen übertragen werden bzw. verschmelzen Kämpfe auch. Jene im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich für den Ausbau der Versorgung, kommen v.a. Frauen zugute, wie auch bessere Arbeitsbedingungen dort für die ebenfalls mehrheitlich weiblichen Beschäftigten. Tatsächlich sind alle Auseinandersetzungen in „Frauenbranchen“ eigentlich „Frauenpolitik“ (Stichwort: Gender Pay Gap). Frauenbewegungen werden immer stärker diesen klassenkämpferischen Zugang aufgreifen. Doch es liegt auch an Organisationen wie unserer, diesen bewusst einzubringen.

Denn das ist es, was allen Bewegungen bisher noch fehlt: Organisation und sozialistische Perspektive. Auch wenn feministische Proteste zurzeit weltweit dominieren und sich gegenseitig inspirieren, sind sie doch immer eher ein „Aufflackern“ und getrennt voneinander. Selten finden sie Ausdruck in politischen Organisationen oder Parteien und wenn, dann sind diese unfähig, die Bewegung zu organisieren oder weitergehende Angebote zu stellen. Meistens fehlen Basisstrukturen, die offen für breite Schichten sind und wo nächste Schritte diskutiert werden können. Oft werden sie von kleinbürgerlichen Kräften angeführt, die nicht willens sind, weitergehende Forderungen aufzustellen und unfähig den Kampf bis zum Erfolg zu führen (Polen, Frauen*volksbegehren). Linke und sozialistische Kräfte sind oft schwach in den Bewegungen vertreten oder haben kein Programm anzubieten.

Das allgemeine Fehlen von Kampftraditionen und einer lebendigen Arbeiter*innenbewegung macht sich auch hier bemerkbar. Grundlegende Dinge, wie demokratische Strukturen, müssen erst wieder neu erlernt und Kampfformen erst erarbeitet werden. So existieren neben einem wachsenden Klassenbewusstsein auch allerhand kleinbürgerliche Ideen, die genauso schnell wieder verworfen wie aufgenommen werden (Identitätspolitik), doch trotzdem zur Verwirrung über Ziele und Strategie beitragen. Gleichzeitig erfüllen in den meisten Ländern die Gewerkschaften nicht die Rolle, die sie im Kampf für Frauenrechte spielen könnten und müssten. Das macht es schwer Aktivist*innen von der Notwendigkeit, die Gewerkschaften hier in die Verantwortung zu nehmen, zu überzeugen. Doch Beispiele, wie die Walkouts und Streiks gegen sexuelle Belästigung bei Google, McDonalds oder bei Mercedes in Spanien machen diese Frage immer relevanter.

Den Schwierigkeiten und Herausforderungen zum Trotz birgt die aktuelle Welle der Frauenbewegungen enormes

Potential. Die Bewegung wird Erfolge und Rückschläge haben und die Aktivist*innen werden verschiedene Programm und Methoden austesten. Es bestehen die besten Voraussetzungen, dass sich hier eine immer schlagkräftigere Bewegung entwickelt, die auch die restliche Arbeiter*innenklasse mitreißt und eine zentrale Rolle im Kampf zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft hat. Die Erfolge der jüngsten Zeit lagen v.a. an Hartnäckigkeit und Elan der kämpfenden Frauen. Eine ganze Generation (v.a. Frauen, aber auch immer mehr Männer) politisiert und radikalisiert sich an einem Themenkomplex, der ähnlich wie die Klimakrise, nur noch enger mit der eigener (Unterdrückungs)Erfahrung verbunden, die Unfähigkeit des Kapitalismus sichtbar werden lässt.

IDENTITÄTSPOLITIK, INTERSEKTIONALITÄT UND REFORMISMUS

Die eigene Unterdrückung als solche wahrzunehmen und sich dagegen aufzulehnen, ist für viele der erste Schritt, politisch aktiv zu werden und für Veränderungen zu kämpfen. Die zahlreichen Benachteiligungen, Diskriminierungen und Misshandlungen, denen Menschen aufgrund ihres Geschlechts ausgesetzt sind, führen zu Wut und Widerstand. Deshalb sind „identitätspolitische“ Ansätze auf den ersten Blick attraktiv: Unterschiedliche Unterdrückungsformen sollen „sichtbar gemacht werden“, die eigene Identität, die in der kapitalistischen Gesellschaft erst durch Unterdrückung geformt und geschaffen wird, rückt in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung. Aber diese „identitätspolitischen“ Ansätze schaffen es nicht eine tatsächliche Kampfperspektive aufzuzeigen wie wir spezifische Unterdrückung (z.B. Frauenunterdrückung) tatsächlich zurückdrängen und perspektivisch endgültig überwinden können. Im Kern liegt das an einer falschen Analyse wie sich Unterdrückung entwickelt und dementsprechend falschen Ideen für den Kampf dagegen. Auch wenn es unterschiedliche identitätspolitische Ausrichtungen und Theorien gibt, lassen sich doch bei Konzepten, Analysen und Methoden Gemeinsamkeiten erkennen, wenn es um neuere Formen der feministischen Praxis in frauenpolitischen Bewegungen geht. Der Marxismus erklärt materialistisch, also auf der materiellen Basis, der herrschenden Gesellschafts- und Produktionsverhältnisse, wie die Klassengesellschaft Unterdrückung entlang von Geschlecht, Hautfarbe, Nationalität usw. hervorbringt. Im Gegensatz dazu konzentriert sich Identitätspolitik auf die Bedeutung von Bewusstsein, Ideen, Ideologien usw. – ein Rollenbild entspringt hier einer Idee, nicht den herrschenden Umständen. Bei Frauenunterdrückung ist diese materielle Basis eben die Abhängigkeit des Systems von der unbezahlten Arbeit von Frauen – die Basis für sexistische Ideologie. Identität wird als Eigenschaft eines

Individuums verstanden, Gesellschaft als Summe der Individuen und ihrer Identitäten. Marxist*innen sehen dies genau umgekehrt: die gesellschaftlichen Verhältnisse in denen Menschen leben, bringen diese erst als Individuen mit bestimmten gesellschaftlichen Rollen – Identitäten – hervor.

Weit verbreitet ist die Vorstellung der „Intersektionalität“, dass unterschiedliche Unterdrückungsformen sich zwar gegenseitig beeinflussen und bestärken, aber mehr oder weniger „nebeneinander“ existieren und nicht wirklich eine gemeinsame Basis haben: Rassismus, Sexismus, Kapitalismus etc. Wenn man kapitalistische Ausbeutung nur als eine von vielen Unterdrückungsformen statt als grundlegende ökonomische gesellschaftliche Basis analysiert, liegt es nahe, die spezifische Funktion der Unterdrückung von Frauen in der Klassengesellschaft auszublenden und feministische Kämpfe nicht zwangsläufig als antikapitalistische zu begreifen. Das führt dazu sich im Kampf gegen Frauenunterdrückung auf die falschen Aspekte zu konzentrieren. Die angepassten Formen der Identitätspolitik bleiben dabei stehen, stärkere Repräsentation von Frauen in Politik und Wirtschaft zu fordern, andere nehmen eine diffus antikapitalistische Haltung ohne ausgereifte Theorie und Praxis ein, konzentrieren sich aber vor allem auf die Forderungen nach Verhaltensänderungen. Aber wie wir herausgearbeitet haben hat Frauenunterdrückung eine materielle Basis in der unbezahlten Hausarbeit, den Profiten mit Sexismus usw. Nur eine Kampfstrategie, die versucht diese reale Basis und ideologische Aspekte zu verändern, kann Frauenunterdrückung wirksam bekämpfen. Konkret heißt das z.B. Milliardeninvestitionen in Kinderbetreuung und Pflege schafft die Basis dafür, dass sich auch das Frauenbild verändert. Wenn Menschen gemeinsam kämpfen, bauen sie Vorurteile gegenüber Frauen, Migrant*innen etc. ab.

Wer die materiellen Grundlagen der Klassengesellschaft ignoriert und Sexismus v.a. als ideologisches Problem begreift, kann für die drängendsten Probleme der großen Mehrheit der Frauen keine wirksamen Lösungen anbieten. Quoten, Schreibweisen und Repräsentation in den Medien sind nicht die wichtigsten Fragen für die meisten Frauen oder Migrant*innen. Es ist kein Wunder, dass sich bürgerliche Medien so auf Identitätspolitik stürzen oder dass Rechte und Konservative den Kampf gegen Unterdrückung als „Identitätspolitik“ darstellen. Denn das passt super zu ihren Interessen und den Interessen der Herrschenden, nichts an dieser Unterdrückung zu verändern. Liberale Kräfte können sich so leicht mit symbolischen „Zugeständnissen“ aus der Affäre ziehen und Konservative haben ihr ideales Feindbild.

Sexismus kann nicht durch „Anerkennungspolitik“ in irgendeiner Form verdrängt werden. „Anerkennungspolitik“ beendet keine Frauenunterdrückung: Im besten Fall schafft sie die Illusion einer Gleichstellung, von der wiederum das bürgerliche System versucht zu profitieren, indem es diese Form von „Feminismus“ vermarktet. Deshalb sind alle Versuche, Frauenunterdrückung nur auf der ideologischen Ebene zu bekämpfen, zum Scheitern verurteilt. Diese Erkenntnis darf nicht dazu verleiten zu glauben, dass der

Kampf gegen sexistische Ideologie und gesellschaftliche Vorurteile überflüssig ist, weil sie in einer sozialistischen Gesellschaft „automatisch“ verschwinden würden bzw. vorher keine Verbesserungen erreicht werden könnten.

Die Vorstellung, dass individuelle – und sich zum Teil massiv unterscheidende – Diskriminierungserfahrungen die einzige Basis sind, auf der politisch gehandelt werden soll, kann Spaltungspolitik in die Hände spielen, denn sie birgt zusätzlich zu unzureichenden Lösungsvorschlägen die Gefahr, Gemeinsamkeiten herunterzuspielen und in erster Linie Unterschiede zu betonen. Marxist*innen haben das Gegenteil zum Ziel: Ja, eine migrantische Frau aus der Arbeiter*innenklasse hat andere Lebensrealitäten und mit Diskriminierungsformen zu kämpfen, die ein autochton österreichischer Arbeiter nicht unmittelbar erlebt. Aber entscheidend ist: Was ist die Schlussfolgerung? Wie können wir jede Form der Unterdrückung bekämpfen? Spaltungen, die der Kapitalismus produziert, sei es entlang von Hautfarbe, Religion oder Geschlecht, können nur in kollektiven Kämpfen der Arbeiter*innenklasse (politische wie ökonomische) überwunden werden. Das bedeutet nicht, Sexismus als „Nebenwiderspruch“ zu betrachten oder „klassische“ Kämpfe um Löhne oder am Arbeitsplatz als einziges Mittel gegen Sexismus und Rassismus zu sehen, ganz im Gegenteil: Denn auch frauenspezifische Kämpfe können durch einen Schulterschluss mit Männern aus der Arbeiter*innenklasse eine wichtige Stärkung erfahren. Ein gutes Beispiel dafür ist der Kampf um das Recht auf Schwangerschaftsabbruch 2018 in Irland: Die fortgeschrittenen Teile der Bewegung wussten genau, dass das Referendum dazu nur durch kollektive Anstrengung gewonnen werden kann und nur dadurch, dass auch Männer für diese Abschaffung stimmten. Eine politische Analyse und Methode, die keinen Klassenstandpunkt einnimmt – also nicht zum Ergebnis kommt, dass Gemeinsamkeiten zwischen Arbeiter*innen größer sind als Unterschiede und dass die Arbeiter*innenklasse die Kraft ist, die grundlegende gesellschaftliche Veränderungen durch massenhafte Bewegungen erkämpfen kann – landet häufig dabei, individuelle Verhaltensänderungen zu ihrem wesentlichen Kampffeld zu machen. Es ist notwendig, dass Männer ihr eigenes, sexistisches Verhalten hinterfragen und verändern – aber es geht um viel mehr als das. Wir leben in einer Klassengesellschaft. Ziel von Sozialist*innen ist es, die gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend zu verändern und mit der Abschaffung des Kapitalismus die Voraussetzungen zu erringen, Sexismus und Rassismus seiner materiellen Grundlagen zu berauben. Die Kapitalist*innen haben Macht, Geld, große Lobbyorganisationen und ihre Netzwerke. Wir, Männer und Frauen und ihre Familien aus der Klasse der abhängig Beschäftigten, sind zahlenmäßig weltweit so stark wie nie zuvor, aber oftmals gespalten. Diese Spaltung wollen wir überwinden, indem wir Sexismus, Rassismus, Homo- und Transfeindlichkeit bekämpfen. Gemeinsam müssen wir uns gegen jene wehren, die uns alle ausbeuten.

Streiken gegen Sexismus und Unterdrückung! Aber wie?

Das Aufgreifen von Kampfmethoden der Arbeiter*innenklasse durch feministische Bewegungen ist eine wichtige Entwicklung, die auch im Zusammenhang damit steht, dass Frauen immer stärker an vorderster Front in sozialen Bewegungen und Kämpfen der Arbeiter*innenklasse stehen. Trotzdem gibt es sehr viele unterschiedliche Vorstellungen davon, was Streiken eigentlich bedeutet – und wie massenhafte Streiks für Frauenrechte organisiert werden können. Diffuse Vorstellungen von symbolischen “Streiks”, Hausfrauenstreiks, Sexstreiks usw., die stark individualisiert werden und keine wirkliche Massenwirkung entfalten, hängen mit der Schwäche von Arbeiter*innenbewegung und Gewerkschaften zusammen. Ein Streitpunkt ist: Frauenstreik (nur mit der Beteiligung von Frauen) oder feministischer Streik (alle streiken für feministische Forderungen)?

Die große Stärke der Mobilisierungen im spanischen Staat lag zwar darin, dass sich die Streikaufrufe nicht nur an Frauen richteten, doch es blieb trotzdem umstritten, ob Männer an dem Tag mitstreiken, oder Haushalt und Notversorgung in “systemrelevanten” Branchen wie Gesundheit & Soziales übernehmen sollten. Damit verbunden hat sich auch die Idee von “Hausfrauenstreiks” und der Forderung nach bezahlter Hausarbeit entwickelt. Aus marxistischer Sicht gibt es einiges an Methode und Ziel zu kritisieren. Für echte Frauenbefreiung brauchen wir nicht mehr Anerkennung oder nur bessere Aufteilung von Hausarbeit zwischen den Geschlechtern – wir wollen grundlegend etwas daran ändern, dass diese unbezahlte Arbeit überhaupt individuell verrichtet werden muss. Dafür braucht es Kämpfe um öffentliche und kostenlose Kinderbetreuung und Pflege, öffentliche und kostenlose Kantinen und Stadtteilzentren, Innovationen für “menschensches Putzen”, leistbaren Wohnraum, Jobs, höhere Löhne und Sozialleistungen für echte Möglichkeiten eines unab-



Feministischer Streik 2018 in Spanien

hängigen Lebens für Frauen. Gleichzeitig erreichen Streikaufrufe – wie dafür, die Haus- und Care-Arbeit für einen Tag niederzulegen oder keinen Sex zu haben, vor allem nur Frauen, die sich so etwas “leisten” können, also z.B. nicht in einer gewalttätigen Partnerschaft stecken oder allein-erziehend sind, und fördern eine vereinzelte Vorstellung von Streiks (also anstatt als gesamte Schule oder gesammelt am Arbeitsplatz streiken Menschen individuell).

Aufgrund der oft massiven Erniedrigung und Ausbeutung, die Frauen im “Privaten” erleben müssen, wirken solche “Streik”konzepte im ersten Moment radikal. Aber echte Verbesserungen oder grundlegende Veränderungen erreichen wir durch sie nicht – weil es nicht gelingt die größtmögliche Kampfkraft zu mobilisieren und andererseits von den wahren Verantwortlichen für Ungleichheit und Unterdrückung – den Regierenden und Herrschenden – ablenken kann. Echte Streiks der Arbeiter*innenklasse – ein Niederlegen der Arbeit in den Betrieben –, haben dagegen das Potential den nötigen wirtschaftlichen Druck aufzubauen, um wirtschaftliche und politische Forderungen tatsächlich erkämpfen zu können. Innerhalb solcher feministischen Streikbewegungen ist es notwendig, die unbezahlte Arbeit bewusst aufzugreifen und auch gezielte Organisations- und Kampfangebote für Frauen die “nur” unbezahlt arbeiten zu schaffen. Das muss sich in den Forderungen z.B. nach öffentlicher Kinderbetreuung und Pflege aber auch in der Praxis z.B. dem Aufbau von Nachbarschaftskomitees, lokalen Kundgebungen usw. ausdrücken.

GEGEN JEDE FORM VON UNTERDRÜCKUNG

In den letzten Jahrzehnten ist Sichtbarkeit und Unterstützung von LGBTQI+ Personen gestiegen. Eine Umfrage aus 2019 hat ergeben, dass die Akzeptanz in den meisten Ländern zugenommen hat, in einigen sogar erheblich (in den USA auf 72 % verglichen mit 49 % 2007, in Britannien auf 86 %, verglichen mit 74 % 2002). Dieser Trend hat sich auch in der Gesetzgebung niedergeschlagen: Österreich hat 2019 die gleichgeschlechtliche Ehe und 2015 die Adoption durch

gleichgeschlechtliche Paare legalisiert und bereits 2004 ein Antidiskriminierungsgesetz zum Schutz vor Diskriminierung am Arbeitsplatz aufgrund der sexuellen Ausrichtung verabschiedet. Dennoch erleben LGBTQI+ Personen immer noch Diskriminierung, Belästigung und Missbrauch in Schulen, Universitäten und am Arbeitsplatz.

Studien aus den USA, wo die Diskriminierung am Arbeitsplatz aufgrund von Geschlecht oder sexueller Ausrichtung gegen das Gesetz verstößt, zeigen, dass das nicht reicht, um Diskriminierung zu verhindern: Eine weitere der UCLA (2021) ergab, dass 46 % der LGBTQI+-Beschäftigten eine ungerechte Behandlung am Arbeitsplatz erfahren haben

und 38 % belästigt wurden. Nach Angaben der Human Rights Campaign Foundation waren LGBTQI+ Personen während der COVID-Pandemie stärker gefährdet: 30 % mussten ihre Arbeitszeit reduzieren und 12 % wurden arbeitslos. Eine*r von fünf lebt in Armut. In Britannien ist seit 2015 ein Anstieg von Hassverbrechen gegen LGBTQI+ Personen zu verzeichnen (+19% von 2019 auf 2020). In Deutschland sind die Straftaten gegen LGBTQI+-Personen 2020 um 36% gestiegen, auch in Spanien gab es einen deutlichen Anstieg homophober Angriffe. In Europa hat laut UNESCO mehr als die Hälfte der LGBTQI+-Schüler Mobbing aufgrund ihrer Sexualität erlebt.

Trans-Personen sind besonders anfällig für Belästigung und Gewalt, wobei Trans-Frauen viermal häufiger Opfer eines Mordes werden als gleichgeschlechtliche Frauen. Eine Studie der britischen LGBTQ+-Gruppe Stonewall ergab, dass eine von vier Trans-Personen von Obdachlosigkeit betroffen war, während 12 % der Trans-Beschäftigten von körperlicher Gewalt oder Belästigung am Arbeitsplatz berichteten. 2021 löste eine Reihe brutaler homophober Angriffe in Spanien breite Proteste aus, die wiederum die Regierung dazu veranlassten, eine Kommission zur Verhütung von Hassverbrechen einzusetzen.

Gewalttätige Angriffe auf LGBTQI+-Personen sowie Missbrauch, Belästigung, Mobbing und Diskriminierung werden von rechtsextremen Organisationen und Regierungen angeheizt, die systematische Angriffe auf die Rechte von LGBTQI+-Personen sowie auf die Rechte von Frauen führen. 2020 erklärten sich mehr als 100 Gemeinden und Regionen in Polen zu "LGBTQI+-freien Zonen", mit dem Ziel, Pride Paraden und LGBTQI+-Veranstaltungen zu verbieten, die Community einzuschüchtern und homophobe Ideen und Angriffe zu unterstützen. 2021 lehnte das italienische Parlament ein umfassendes Anti-Homophobie-Gesetz ab, das diskriminierende Handlungen und die Aufstachelung zur Gewalt gegen Schwule, Lesben, Transgender und Behinderte unter Strafe stellen sollte, während das polnische Parlament im selben Monat einen Gesetzentwurf zum Verbot aller Pride-Märsche vorlegte. Viele der Organisationen, die sich für Anti-LGBTQI+-Gesetze einsetzen, sind dieselben Organisationen, die sich unter dem Deckmantel der "Familienwerte" gegen das Recht auf Abtreibung einsetzen. Tatsächlich deuten Berichte aus den USA darauf hin, dass dieselben Organisationen nach der erfolgreichen Durchsetzung von Anti-Abtreibungsgesetzen in Texas als nächstes auf ein Verbot der gleichgeschlechtlichen Ehe drängen werden.

Homophobie und Sexismus sind in einem System verwurzelt

Es ist kein Zufall, dass rechtsextreme Organisationen und Regierungen sowohl die Rechte von LGBTQI+ als auch von Frauen ins Visier nehmen. LGBTQI+-Personen stellen Geschlechterrollen und Familienstruktur, die für die Klassengesellschaft notwendig sind, in Frage. Die "traditionelle" Rolle der Frau in der Familie ist so alt wie das Privateigentum und wurzelt in den Anfängen der Klassengesellschaft. In der heutigen Welt bieten die traditionellen Geschlechterrollen

Frauen und die Klimabewegung

Auch in der globalen Klimabewegung stehen Frauen, besonders junge Frauen, an der vordersten Front. Es ist kein Zufall, dass jemand wie Greta Thunberg zum Feindbild der Rechten geworden ist. Sie symbolisiert, trotz ihrer begrenzten Forderungen/Agenda im Kampf gegen den Klimawandel, eine neue, sich radikalisierte Schicht von Jugendlichen, die jede Form von Unterdrückung, Ausbeutung und Diskriminierung bekämpfen will – eben auch die Zerstörung unserer Zukunft durch die drohende Klimakatastrophe.

Der Grund, warum der Kampf gegen Unterdrückung und Sexismus Hand in Hand gehen muss mit dem Kampf gegen die Zerstörung unseres Planeten ist eigentlich glasklar: Beides hat dieselbe Ursache. Der Kapitalismus ist ein System, in dem alles dem Profit einiger weniger untergeordnet wird: Das Leben und die Sicherheit von Frauen, unsere Gesundheit und sogar das Bestehen unseres Planeten. Eine globale Bewegung der Arbeiter*innenklasse und Jugend gegen das kapitalistische System muss den Kampf gegen die Klimazerstörung genauso aufnehmen wie den Kampf gegen Sexismus und Ungleichheit. Die Kräfte, die die Klimabewegung in den vergangenen Jahren angeführt und geprägt haben, haben jedoch keinen Ausweg aus dieser Krise. Sie sind gefangen im verzweiferten Versuch, Appelle an die Politik zu richten. Oft beschränken sie sich auf unzulängliche Lösungen wie CO₂-Steuern oder das Verändern des Konsumverhaltens. Während nur 100 Konzerne 70% des globalen CO₂-Ausstoßes verursachen, versuchen die Regierungen und Reichen dieser Welt uns dafür verantwortlich zu machen. Konsumkritik und der Druck "öko" zu leben und zu konsumieren belastet Frauen ganz besonders. Sie sind es, die beim wöchentlichen Einkauf zusätzlich auf Plastikverpackungen oder Ursprungsländer der Produkte achten sollen, die den Haushalt "nachhaltig" gestalten oder Stoffwindeln verwenden sollen. In einem System, in dem Frauen oft doppelt und dreifach belastet sind, sind solche "Lösungen" blanker Hohn. Anstatt arbeitende Menschen für den Klimawandel verantwortlich zu machen und die Lösung in der Veränderung des Konsums zu suchen, die keinen nennenswerten Einfluss darauf hat wie und was produziert wird, wollen wir eine antikapitalistische Klimabewegung aufbauen. Wir brauchen ein System, in dem wir als Arbeiter*innenklasse die Kontrolle darüber haben, wie und was produziert wird: Um die globalen Emissionen zu reduzieren und um Wirtschaft und Gesellschaft im Interesse von uns allen zu organisieren.

eine Entschuldigung dafür, dass sich 50 % der Arbeiter*innenklasse um Kinder, Kranke und ältere Menschen kümmern und im Durchschnitt mehr als 20 Stunden pro Woche unbezahlte Hausarbeit leisten (mehr als doppelt so viel wie Männer). Die Alternative wäre, dass der Staat die Mittel für Pflegeheime, Kinderbetreuung, Pflegepersonal usw. erhöht. "Traditionelle" Geschlechterrollen sind auch die Ausrede dafür, dass Frauen die Mehrheit der Beschäftigten in schlecht bezahlten, mühsamen Berufen stellen – Lehrerinnen, Pflegerinnen, Sozialarbeiterinnen wird gesagt, dass ihr Geschlecht bedeutet, dass sie die besonderen Fähigkeiten haben, die für den Job erforderlich sind. Wenn Männer Männer und Frauen Frauen heiraten – wer kümmert sich dann um die Kinder und den Haushalt? Wenn eine Person, die als Mann geboren wurde, sich als Frau identifiziert – könnte es dann sein, dass die Geschlechterrollen ein Konzept sind, das entstand, um die Arbeiter*innenklasse zu kontrollieren und auszubeuten? Die Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen im kapitalistischen System ist eine Ausbeutung, die durch Geschlechterrollen gerechtfertigt ist, LGBTQI+ Personen stellen diese in Frage.

Innerhalb der Logik der konservativen Rückständigkeit von Geschlechterrollen und "Familienwerten" sind Diskriminierung, Belästigung, Ausbeutung und Unterdrückung von LGBTQI+ Personen ebenfalls gerechtfertigt. Um die materielle Ausbeutung aufrechtzuerhalten, werden hasserfüllte und homophobe Überzeugungen gegen alle Personen verbreitet und aufrechterhalten, die nicht in reglementierte Konzept von 2 Geschlechtern passen. In vielerlei Hinsicht machen Frauen und LGBTQI+ Personen die gleiche Erfahrung von systematischer Diskriminierung und alltäglicher Angst. Sowohl LGBTQI+-Personen als auch Frauen werden häufiger belästigt oder sexuell angegriffen, werden häufiger am Arbeitsplatz diskriminiert – sie werden seltener eingestellt, befördert oder erhalten eine Gehaltserhöhung –, haben häufiger eine unzureichende Gesundheitsversorgung, und beide sind häufiger auf finanzielle Unterstützung, Sozialwohnungen, psychologische Betreuung usw. angewiesen. Wie Frauen zögern auch LGBTQI+-Personen eher, sich zu melden, wenn sie belästigt oder angegriffen wurden, weil sie Angst vor

Vergeltung haben oder ihnen einfach nicht geglaubt wird. LGBTQI+-Personen sehen sich häufig mit dem Vorwurf der Opferrolle konfrontiert, und ihre Anzeigen werden am Arbeitsplatz, bei der Polizei oder vor Gericht oft nicht ernst genommen. Sowohl LGBTQI+ Personen als auch Frauen sehen sich Angriffen auf ihre Entscheidungsfreiheit ausgesetzt, ob, wie, wann und mit wem sie eine Familie gründen wollen. Im Grunde kämpfen wir für die gleichen Dinge, aber meist getrennt voneinander.

Eine vereinte Front – gegen Sexismus, Homophobie und alle Formen von Unterdrückung

Sexismus hat System, es ist dasselbe System, in dem auch Homophobie verwurzelt ist. Ein Kampf an getrennten Fronten, eine für Frauenrechte, die andere für LGBTQI+-Rechte, ist für die herrschende Klasse bequem – diese Spaltung wird sogar gefördert. Transphobe Argumente werden benutzt, um Frauen einzuschüchtern, damit sie sich gegen das Recht von Trans-Frauen auf die Nutzung von Einrichtungen wie Toiletten und Unterkünften wehren, und antifeministische Ideen werden in einigen LGBTQI+-Kreisen vorangetrieben. Während Homophobie und Sexismus dazu benutzt werden, die Arbeiter*innenklasse zu spalten und zu schwächen, werden diese Taktiken auch benutzt, um den feministischen und den LGBTQI+-Kampf gegeneinander auszuspielen und sogar Spaltungen innerhalb der LGBTQI+-Community selbst zu verursachen. Ein Zusammenschluss gegen Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiter*innenklasse ist für die herrschende Klasse das schlimmste Szenario, das man sich vorstellen kann – und sie tun alles in ihrer Macht Stehende um zu verhindern, dass es dazu kommt. Wir müssen diese Versuche, uns zu spalten, bekämpfen und den gemeinsamen Kampf gegen alle Formen der Unterdrückung und für unsere Sicherheit organisieren. Anstatt die Diskriminierung von Transfrauen zu unterstützen, müssen wir gemeinsam für mehr Mittel für Schutzräume und Ressourcen kämpfen, die sowohl für Frauen als auch für LGBTQI+ Personen dringend benötigt werden. Eine solcher Zusammenschluss könnte auch darauf abzielen, Geschlechterrollen und Hierarchien abzubauen und gegen das kapitalistische System zu kämpfen, das sie nährt, denn unter der Ausbeutung und Unterdrückung, die dem kapitalistischen System innewohnen, können wir niemals wirklich sicher sein.

Die Entkriminalisierung und schließlich die Legalisierung gleichgeschlechtlicher Beziehungen und Ehen hat ihre Wurzeln in kämpferischen Bewegungen der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts. Tatsächlich wurzeln die heute hochgradig kommerzialisierte Pride Paraden, die größtenteils von pro-kapitalistischen, liberalen LGBTQI+-"Bewegungen" übernommen wurden, eigentlich in der Stonewall-Rebellion von 1969. Damals wehrte und organisierte sich die LGBTQI+-Community von New York gegen Polizeibrutalität und Anti-LGBTQI+-Medien bzw. Gesetze. Die Pride-Paraden, die wir heute in Österreich sehen, lassen sich durch die Heuchelei von Regierung und lokalen Behörden die Radikalität nehmen



ROSA-Aktion bei der Pride 2021 in Wien

und werden als gewinnbringende Veranstaltung unter dem Deckmantel einer real leeren Unterstützung für die LGBTQI+ Community akzeptiert. In Wirklichkeit ist der Stolz ("Pride") nicht von den politischen Forderungen zu trennen, und es gilt viel zu verbessern – LGBTQI+-Organisationen und Einrichtungen der Community werden unterfinanziert und die Mittel gestrichen, Kürzungen im Gesundheits- und Sozialbereich, die für LGBTQI+-Personen angesichts der Schwierigkeiten und traumatischen Erfahrungen, denen sie unverhältnismäßig häufig ausgesetzt sind, besonders hart trifft sind, Diskriminierung und Belästigung von LGBTQI+-Personen sind weit verbreitet.

In den letzten Jahren wurde einiges erreicht, auch wenn diese Errungenschaften begrenzt und Diskriminierung alltäglich ist. Veränderungen wurden durch Druck und Kampf von unten bewirkt und dennoch zeigen die ständigen Angriffe auf LGBTQI+-Personen und die Angriffe auf die Rechte der Frauen deutlich, dass ein breiterer, kämpferischerer Ansatz notwendig ist. LGBTQI+ und Frauenrechte sind Themen der Arbeiter*innenbewegung, den Arbeiter*innen sind weiblich und queer. Es braucht eine Bewegung, die einerseits getrennt und unabhängig von liberalen pro-kapitalistischen Kräften ist und andererseits breite Forderungen im Interesse der Arbeiter*innenklasse als Ganzes aufgreift. Die anhaltenden und sich oft verschärfenden Angriffe auf die LGBTQI+-Community zeigen, dass im Kapitalismus keine der Errungenschaften von Dauer sind – sie werden immer wieder angegriffen werden. Ein Systemwechsel ist notwendig, um Sicherheit, Wohlstand und Gleichheit für alle zu gewährleisten.

WIR KÄMPFEN FÜR:

- ★ Aufbau einer breiten Bewegung, die unabhängig von liberalen und pro-kapitalistischen Kräften für die Rechte und das Wohlergehen von LGBTQI+ Personen und Frauen kämpft und Forderungen im Interesse der gesamten Arbeiter*innenklasse aufnimmt – gegen die Unterdrückung aller Minderheiten, für Sicherheit, Bildung, Gesundheit und Wohnraum
- ★ Gleiche Rechte: Alle Menschen sollen sich in offiziellen Dokumenten so ausweisen können, wie sie wollen, und Kinder haben können, mit wem sie wollen. Dies muss unbürokratisch und ohne Hürden möglich sein. Schluss mit der Bevorzugung von Ehepaaren.
- ★ Gleichberechtigung und Rechte am Arbeitsplatz, in Universitäten und Schulen: LGBTQI+ Personen sind in besonderem Maße von sexueller Belästigung, Mobbing und Diskriminierung betroffen. Arbeitsplätze, Schulen und Universitäten sollten strenge und klare Richtlinien für den Umgang mit sexueller Belästigung und Mobbing haben, mit einer Null-Toleranz-Politik für LGBTQI+-Phobie. Fälle von Belästigung sollten von einem demokratischen Gremium aus Schüler*innen/Studierenden/

Beschäftigten und nicht von der Einrichtung allein behandelt werden.

- ★ LGBTQI+ Personen dürfen im Gesundheitssystem nicht benachteiligt werden. Die Gesundheitsversorgung muss ausreichende Ressourcen und eine angemessene und integrative Versorgung für alle Menschen bereitstellen. Geschlechtsangleichung und andere Gesundheitsdienste für LGBTQI+ Personen müssen kostenlos zugänglich sein.
- ★ Ähnlich wie Frauen sind LGBTQI+ Personen häufiger von Belästigung und Gewalt betroffen. LGBTQI+ Personen sollten über ausreichende und spezialisierte Ressourcen für psychologische Hilfe verfügen. Übernahme der Psychotherapie durch die Krankenkassen.
- ★ Umfassende, altersgerechte Gender- und Sexualerziehung muss bereits im Kindergarten angeboten werden. Unterrichtsprogramme sollten demokratisch gestaltet werden, mit dem Ziel, Jugendliche auf Risiken und Gefahren vorzubereiten, sowie über Einverständnis, Identität und Geschlechternormen aufzuklären.
- ★ Ausbau und Finanzierung von Jugendzentren und Community-Treffpunkten speziell für die LGBTQI+ Gemeinschaft. Alle Organisationen, die Unterstützung anbieten, sollten vollständig vom Staat finanziert und von Aktivist*innen der Community demokratisch geleitet werden.
- ★ Eine vollständige Trennung von Kirche und Staat: Geld für unabhängige Vereine und Jugendzentren statt für kirchliche und reaktionäre Strukturen!
- ★ LGBTQI+ Personen sind überproportional von Obdachlosigkeit betroffen. Sofortige Bereitstellung von Wohnraum für die Betroffenen und bezahlbarer Wohnraum für alle. Enteignung von Immobilienkonzernen und Beschlagnahmung von leerstehenden Immobilien.
- ★ Wir dürfen uns nicht gegeneinander ausspielen lassen! Gemeinsamer Kampf für mehr Ressourcen und Gelder für Unterstützungsdienste und Einrichtungen für Frauen und LGBTQI+ Personen und ein geschlossenes Auftreten gegen LGBTQI+ Feindlichkeit, Sexismus und die Diskriminierung und Unterdrückung jeglicher Minderheiten.
- ★ LGBTQI+-Feindlichkeit hat ihre Wurzeln in konservativen Geschlechterrollen und der Unterdrückung von Frauen. Der Kapitalismus profitiert von unbezahlter Sorgearbeit und Diskriminierung. Die Unterdrückung von Frauen ist untrennbar mit der Existenz der Klassengesellschaft verbunden. Wir müssen den Kampf gegen starre Geschlechterrollen mit dem Kampf gegen das kapitalistische System verbinden.

“NUR MIT DER PROLETARISCHEN FRAU WIRD DER SOZIALISMUS SIEGEN.” – CLARA ZETKIN

Die Geschichte der proletarischen Frauenbewegung beweist, dass uns nichts geschenkt wird. Jede Errungenschaft wie das Frauenwahlrecht oder das Recht auf Schwangerschaftsabbruch musste erkämpft und immer wieder verteidigt werden, daran hat sich bis heute nichts geändert. Solange die kapitalistische Klassengesellschaft existiert, werden uns alle Verbesserungen durch die herrschende Klasse auch wieder genommen werden können. Das haben Sozialist*innen schon sehr früh erkannt und sich dementsprechend dafür eingesetzt, den Kampf um Frauenrechte mit einer revolutionären Perspektive und Strategie zu führen – eine proletarische Frauenbewegung aufzubauen, in Abgrenzung zur bürgerlichen Frauenbewegung.

Im Laufe der Jahre gab es immer wieder Versuche, den sozialistischen Ursprung des 8. März zu beseitigen und ihn zu einem Tag der individuellen Feierlichkeiten zu machen. Dabei handelt es sich beim 8. März um einen Kampftag der Arbeiter*innenklasse. In einer ganzen Reihe von Ländern nahm die Bewegung für das Wahlrecht Anfang des 20. Jahrhunderts zu, und auch die Arbeiterinnen wurden militanter. Schon vor dem Ersten Weltkrieg hatten die Arbeiter in allen bürgerlichen Ländern mit Ausnahme Russlands ein Wahlrecht. Nur Frauen und “Geisteskranke” blieben ohne dieses Recht. Doch gleichzeitig verlangte die harte Realität des Kapitalismus die Beteiligung der Frauen an der Wirtschaft des Landes. Mit jedem Jahr stieg die Zahl der Frauen, die in den Fabriken und Werkstätten oder als Dienstmädchen und Putzfrauen arbeiten mussten. Die Frauen arbeiteten an der Seite der Männer, und der Reichtum des Landes wurde durch ihre Hände geschaffen. Aber die Frauen hatten weiterhin kein Wahlrecht.

Mehr Frauen arbeiteten, vor allem in der Textilindustrie, der Tabakindustrie und in einigen Bereichen der verarbeitenden Industrie. Obwohl ihr Anteil an der Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder nach wie vor im Durchschnitt nur etwa 10% betrug, spielten sie eine wichtige Rolle bei der Organisation der Arbeiter*innenklasse. Arbeiterinnen setzten sich in vielen Ländern nicht nur gegen Probleme am Arbeitsplatz ein, sondern spielten auch eine wichtige Rolle in der Wahlrechtsbewegung. Sie sahen das Wahlrecht nicht nur als etwas für Frauen aus der Mittelschicht, sondern als eine Waffe zur Veränderung ihrer Lebensbedingungen. Sie wollten für gleichen Lohn, Geburtenkontrolle, bessere Arbeitsbedingungen und Bildungschancen kämpfen. Durch diese Kämpfe wurden Frauen Teil von Gewerkschaften und



politischen Bewegungen. Sie wurden als Teil der gleichen Bewegung und nicht als zwei getrennte Kämpfe betrachtet.

Am 8. März 1908 demonstrierten 15.000 Textilarbeiter*innen in New York und forderten das Wahlrecht, sowie eine kürzere Wochenarbeitszeit und bessere Arbeitsbedingungen. Die Sozialist*innen in den USA beharrten mit besonderer Hartnäckigkeit auf ihren Forderungen nach dem Wahlrecht. Am 28. Februar 1909 organisierten die Sozialistinnen in der ganzen USA große Demonstrationen und Versammlungen und forderten politische Rechte für arbeitende Frauen. Das war der erste “Woman’s Day”. Die Initiative zur Organisation eines Frauentags geht also auf die arbeitenden Frauen Amerikas zurück. Diesem Protest folgte 1909–10 der “Aufstand der 20.000”, der größte Streik von Arbeiterinnen zu dieser Zeit und zwar in den New Yorker Shirtwaist-Fabriken. Der Protest von 1908 inspirierte die Socialist Party of America dazu, einen nationalen Frauentag zu initiieren, was Clara Zetkin und andere Sozialist*innen dazu inspiriert haben könnten, einen internationalen Frauentag auszurufen, um diese Bewegungen auf globaler Ebene zu vereinen. Der Ursprung des 8. März, des internationalen Frauentags, geht zurück auf diese Sozialist*innen und ist daher eigentlich ein Kampftag der Arbeiter*innenklasse. Auf dem 2. Internationalen Kongress der Sozialistischen Frauen 1910 schlug Clara Zetkin, Delegierte der SPD, einen Internationalen Frauentag vor, als einen Kampftag für die ökonomische und politische Gleichstellung von Frauen. Im frühen 20. Jahrhundert war die zentrale Frage die des Frauenwahlrechts und Sozialist*innen kämpften energisch für die Durchsetzung dieser Forderung. Sie haben diesen Kampf aber stets mit der vollen Emanzipation der Frauen und

der Arbeiter*innenklasse verbunden – Clara Zetkin nannte das Wahlrecht nur ein Mittel im Klassenkampf: "Schreiten wir ohne Zagen vorwärts im Kampf für das Frauenwahlrecht. Er dient der Erweckung des weiblichen Proletariats zum klassenbewussten politischen Leben. Und das ist von der höchsten Bedeutung, für die Gegenwart und Zukunft des Proletariats und seines Befreiungskampfes."

Die Konferenz der 2. Internationale beschloss auf Zetkins Initiative, dass jedes Jahr in jedem Land am gleichen Tag ein "Frauentag" unter dem Motto "Das Frauenwahlrecht wird unsere Kräfte im Kampf für den Sozialismus vereinen" gefeiert werden sollte. Nach dem Beschluss wurden z.B. in Deutschland und Österreich Anstrengungen unternommen, den Frauentag vorzubereiten. Die Pläne für eine Demonstration wurden sowohl durch Mundpropaganda als auch in der Arbeiter*innenpresse bekannt gemacht. Der 1. Internationale Frauentag fand 1911 statt. Sein Erfolg übertraf alle Erwartungen. Deutschland und Österreich waren am Weltfrauentag ein einziges brodelndes, bebedendes Meer von Frauen. Überall wurden Versammlungen organisiert – in den kleinen Städten und sogar in den Dörfern waren die Säle so voll, dass man die männlichen Arbeiter bitten musste, ihre Plätze für die Frauen freizugeben. Der Frauentag erwies sich vor allem als eine ausgezeichnete Methode der Agitation unter den weniger politischen Schichten der Frauen. Sie konnten nicht umhin, ihre Aufmerksamkeit auf die Versammlungen, Demonstrationen, Plakate, Flugblätter und Zeitungen zu richten, die dem Frauentag gewidmet waren.

Nach jedem Tag der "arbeitenden Frauen" traten mehr Frauen den sozialistischen Parteien bei und die Gewerkschaften wuchsen. Die Organisationen wurden besser und das politische Bewusstsein entwickelte sich. Der Frauentag hatte noch eine weitere Funktion: Er stärkte die internationale Solidarität der Arbeiter*innenklasse. Die Parteien in verschiedenen Ländern tauschten zu diesem Anlass üblicherweise Rednerinnen aus: Deutsche Genossinnen sprachen in England, englische Genossinnen in Holland, usw. Der bekannteste Frauentag war 1917, als Textilarbeiterinnen in St. Petersburg in Russland streikten und angesichts der Lebensmittelknappheit und der schlechten Lebensbedingungen "Brot und Heringe" forderten. Diese Frauen riefen auch die Metallarbeiter*innen zum Streik auf, nicht nur für Brot, sondern auch gegen die Beteiligung Russlands am 1. Weltkrieg. Das führte zur sogenannten "Februarrevolution" in Russland!

DAS BEISPIEL DER RUSSISCHEN REVOLUTION

Wir dürfen uns nicht einreden lassen, dass tiefgehende Veränderungen nicht möglich seien oder sehr viel Zeit bräuchten. Es ist sehr viel möglich, wenn der Kampf um Verbesserungen für Frauen und LGBTQIA+ Personen mit dem Kampf um Sozialismus verbunden wird. Ein beeindruckendes

Beispiel dafür lieferte die Politik der revolutionären Regierung nach der Russischen Revolution. 1917 hat die revolutionäre Massenbewegung unter der Führung der Bolschewiki den Kapitalismus gestürzt und mit dem Aufbau eines Arbeiter*innenstaates begonnen – die Frauen aus der Arbeiter*innenklasse spielten u.a. als Initiatorinnen der Februarrevolution eine zentrale Rolle. Die Bolschewiki betonten zwar die Rolle der Arbeiter*innenklasse als Ganze bei der Veränderung der Gesellschaft, erkannten aber auch, dass Frauen unter einer doppelten Unterdrückung litten, die im Kapitalismus und im bürgerlichen Patriarchat begründet war.

Für die Bolschewiki war die Befreiung der Frauen von zentraler Bedeutung für den Kampf um eine sozialistische Gesellschaft. Lenin brachte dies 1920 auf den Punkt, als er erklärte: "Das Proletariat kann die Freiheit nicht erreichen, solange es nicht die völlige Freiheit der Frauen errungen hat". Frauen spielten in der Bolschewistischen Partei auf nationaler und lokaler Ebene eine führende Rolle. Die Auswirkungen der Revolution veränderten das Bewusstsein und das Leben der Frauen der Arbeiter*innenklasse auf breiter Ebene. In der Revolution spielten die Frauen sowohl beim Sturz des zaristischen Regimes als auch beim Sieg der Bolschewiki im Oktober eine wichtige Rolle. Mehr als jede andere politische Kraft zu dieser Zeit verstanden die Bolschewiki die Bedeutung dieser Tatsache.

Als im Februar 1917 Zehntausende von Frauen auf die Straße gingen und damit die Februarrevolution auslösten, forderten sie nicht nur Brot, sondern auch Gerechtigkeit und Frieden. Der Protest brach am Internationalen Frauentag aus, der erst vier Jahre zuvor, 1913, von der bolschewistischen Aktivistin Konkordia Samoilowa in Russland eingeführt worden war. Die bolschewistischen Frauen spielten eine entscheidende Rolle bei der Organisation der Demonstration. Die Bolschewistische Partei, einschließlich ihrer weiblichen Mitglieder, war seit 1914 wegen ihrer entschiedenen Opposition gegen den 1. Weltkrieg schweren Repressionen ausgesetzt und viele wurden inhaftiert oder ins Exil geschickt. Dies und die Brutalität, die der Krieg der Arbeiter*innenklasse zufügte, veranlasste sie, den Internationalen Frauentag mit einer Antikriegsdemonstration zu begehen. Am 23. Februar (nach altem Kalender, nach unserem ist es der 8.3.) ging die Petrograder Arbeiter*innenklasse auf die Straße, wobei die



Textilarbeiter*innenstreik am 8. März 1917 in Russland (23. Februar nach jul. Kalender)

Frauen die Führung übernahmen und die Menschen aufforderten, sich ihnen anzuschließen und die Soldaten aufforderten, nicht zu schießen und mit ihnen zu marschieren.

Die Bolschewiki erkannten die Bedeutung der Radikalisierung der Frauen im Sommer 1917, als eine Streikwelle ausbrach, die Wäschereiarbeiterinnen, den Dienstleistungssektor, Hausangestellte, Verkäuferinnen und Kellnerinnen erfasste. In dieser Zeit waren die Bolschewiki führend bei der Organisation von Arbeiterinnen. Die Bolschewiki, insbesondere die weiblichen Mitglieder, unternahmen große Anstrengungen, um Arbeiterinnen und Soldatenfrauen zu erreichen, und es gelang ihnen, unter dieser neu politisierten Schicht von Frauen eine Basis aufzubauen – trotz der Schwierigkeiten, die der tief verwurzelte Sexismus, ihre häuslichen Pflichten und der Analphabetismus vieler Frauen mit sich brachten. Revolutionäre Frauen richteten unter den Streikenden weibliche Studienzirkel ein, um Frauen zu politisieren und zu bilden. Durch die Streiks wurden die Frauen in den allgemeinen Klassenkampf einbezogen und ihr Klassenbewusstsein gefestigt.

Errungenschaften der Revolution

Das vor 1917 erzkonservative und rückschrittliche Land führte unmittelbar nach der Revolution das Frauenwahlrecht ein – als einer der ersten Staaten weltweit. Doch das war nur der Anfang. Durch entsprechende Gesetzgebung wurde gleicher Lohn für gleiche Arbeit festgelegt, den Frauen stand 16 bzw. 12 Wochen bezahlter Mutterschutz zu und für stillende Frauen wurde die Arbeitswoche auf vier Werktage reduziert. Die neuen Ehegesetze waren vollständig säkular und der Scheidungsakt beschränkte sich auf eine einseitige Erklärung. Schwangerschaftsabbrüche wurden legalisiert (als erstes Land der Welt!) und konnten kostenlos vorgenommen werden. Im Laufe der 1920er Jahre wurde das Familiengesetzbuch immer wieder ergänzt, und jede Änderung wurde von einer umfassenden öffentlichen Diskussion und Debatte begleitet. Die sozialistische Propaganda setzte sich von Anfang an für die Gleichberechtigung der Frauen ein. Die Basis, die es für die Bolschewiki zu bekämpfen galt war die Versklavung der Frauen in der traditionellen Familie. Vor der Revolution war das Leben einer Frau strikt vorgezeichnet: Heiraten, monogam sein, Kinder bekommen usw. Die Lebensqualität der Frauen wurde nie in Betracht gezogen.

Die Bolschewiki machten sich sofort daran, das in Frage zu stellen und damit auch die Rolle der russisch-orthodoxen Kirche. Die Revolution unternahm heroische Anstrengungen und begann mit der Umsetzung von Plänen für ein System der sozialen Fürsorge, das Entbindungshäuser, Kliniken, Schulen, Kinderkrippen und Kindergärten, Speisesäle und Wäschereien umfasste, die alle darauf abzielten, die Frauen von den Zwängen des Hauses zu befreien. Im November 1918 fand die erste gesamtrussische Konferenz der arbeitenden Frauen statt, die von Alexandra Kollontai und Inessa Armand organisiert wurde und an der über tausend Frauen teilnahmen. Die Bolschewiki gründeten ein Frauenbüro (Zhenotdel), das sich spezifisch mit der Frage Agitation unter

und der Organisierung der arbeitenden Frauen beschäftigte. Ziel war es, Frauen zu erreichen, sie zu Aktivität und Bildung zu bringen, über ihre neuen Rechte zu informieren und sie zu organisieren. Das Büro veranstaltete Literatur-kurse, politische Diskussionen und Workshops über die Organisation von Einrichtungen, die am Arbeitsplatz benötigt wurden, wie z.B. Kindertagesstätten usw. Frauen aus den Fabriken nahmen an den vom Büro durchgeführten Bildungskursen teil, die 3–6 Monate dauerten, und kehrten anschließend zurück, um ihren Kolleginnen Bericht zu erstatten. Dem Frauenbüro gelang es, die Masse der arbeitenden Frauen für eine Reihe von Themen zu sensibilisieren, darunter Kinderbetreuung, Wohnungsbau und öffentliche Gesundheit, und es erweiterte den Horizont Tausender Frauen.

Während der gesamten nachrevolutionären Zeit sorgten die Bolschewiki für eine breite Debatte über Sexualität. Die Veränderungen, die in der Familie und in der Familienstruktur eingeführt wurden, führten bei vielen dazu, dass sie ihr Beziehungskonzept völlig veränderten. Im Jahr 1918 gab es in Moskau 7.000 Scheidungen im Vergleich zu nur 6.000 Eheschließungen. Alexandra Kollontai verteidigte die radikalen Veränderungen und erklärte: "Die alte Familie, in der der Mann alles und die Frau nichts war, die typische Familie, in der die Frau keinen eigenen Willen, keine eigene Zeit und kein eigenes Geld hatte, verändert sich vor unseren Augen."

Prostitution wurde 1922 bewusst entkriminalisiert, aber Zuhälterei verboten. Es wurden Kliniken eröffnet, die Frauen mit Geschlechtskrankheiten behandelten und Sexualerziehung und Berufsausbildung anboten. Im Gesetz wurden Sexualverbrechen als "Verletzung der Gesundheit, Freiheit und Würde" des Opfers verankert. Vergewaltigung wurde gesetzlich definiert als "nicht einvernehmlicher Geschlechtsverkehr unter Anwendung physischer oder psychischer Gewalt".

1921 war der Bürgerkrieg zu Ende, Millionen Menschen hatten ihr Leben verloren, die Industrie war zerstört, Hunger und Krankheiten waren weit verbreitet. Die tatsächlichen Ressourcen des Staates entsprachen nicht den Visionen und Absichten der Revolutionär*innen. Die Wirtschaft stand am Rande des Zusammenbruchs. Da der Staat finanziell nicht in der Lage war, für Kinder zu sorgen, und viele Männer die Mütter ihrer Kinder im Stich ließen, begann der Staat, Unterhaltsbescheide für Frauen auszustellen, die allein für den Unterhalt der Familie sorgen mussten. Der Staat druckte Broschüren und Faltblätter, damit die Frauen ihre Rechte kannten. Die Gerichte waren parteiisch zugunsten der Frauen und gaben dem Kind Vorrang vor den finanziellen Interessen der Männer.

Die Russische Revolution veränderte auch das Leben von LGBTQIA+-Personen. Unter dem Zaren war Homosexualität verboten, als "Sodomie" illegal. Nach der Revolution wurde Homosexualität entkriminalisiert, 1922 alle homophoben Gesetze aus dem Strafgesetzbuch gestrichen. Die gleichgeschlechtliche Ehe war legal und 1926 wurde auch die Änderung des Geschlechts in den Reisepässen legal. Inter-

sexuelle und transsexuelle Menschen erhielten medizinische Versorgung und wurden nicht verteuelt. Die Forschung zu diesen Themen wurde staatlich finanziert, und Operationen zur Geschlechtsumwandlung wurden auf Wunsch der Patient*innen genehmigt. Offen homosexuelle Menschen waren in Regierung und öffentlichen Ämtern tätig.

Viele dieser Fortschritte wurden später, unter der stalinistischen Bürokratie, zurückgenommen, doch alleine die Tatsache, dass sie so schnell in einem der ärmsten und rückständigsten Länder der Welt vor 100 Jahren umgesetzt werden konnten und das Leben der Frauen real verbessert haben, gibt eine Vorstellung davon, was wir heute alles erreichen können. Nicht alles was auf dem Papier von den Bolschewiki und den Arbeiter*innen beschlossen wurde, konnte auch umgesetzt werden. Oft fehlten die Mittel und die Fachkräfte, Russland war geprägt von rückschrittlichen Ideen und reaktionären Einflüssen. Oft kamen die Bolschewiki angesichts der objektiven Situation, den realen Verhältnissen und dem Bewusstsein der breiten Bevölkerung an die Grenzen ihrer Möglichkeiten – auch wenn sie viel weiter gehen wollten.

Der jahrelange Krieg gegen die alten Anhänger*innen des Zaren und die imperialistischen Armeen, die den neuen Arbeiter*innenstaat zerschlagen wollten, und v.a. die Isolierung der Revolution vor dem Hintergrund der Niederlagen der deutschen Revolution und anderer Aufstände der Arbeiter*innenklasse in Europa schufen die Voraussetzungen, dass eine Bürokratie unter Stalin an die Macht kam. Dies stellte eine politische Konterrevolution dar, bei der die stalinistische Bürokratie autoritäre Maßnahmen einsetzten, um Bewusstsein, Aktivismus und Arbeiter*innen-Demokratie im eigenen Land zu zerschlagen. Diese Konterrevolution entfernte sich nicht nur vom Kampf für den Sozialismus, sondern griff auch bewusst die Errungenschaften von Frauen und LGBTQIA+ Personen an. Fortschrittliche Gesetze wurden zurückgenommen, Homosexualität erneut kriminalisiert. Die patriarchale Familie wurde als Mittel der sozialen Kontrolle gefördert.

Der Aufstieg der Bürokratie schmälert nicht die Bedeutung der Bolschewiki und ihres Programms gegen die Unterdrückung der Frau. Nie zuvor hatten Frauen einen solchen Anteil an der Politik. Einige der Errungenschaften der Russischen Revolution, gibt es in vielen Ländern auch heute noch nicht.

Wir können viel aus der Geschichte der proletarischen Frauenbewegung lernen. Tatsächlich ist die Bedeutung von Frauen in der Arbeiter*innenbewegung heute noch größer als Anfang des 20. Jahrhunderts – noch nie waren so viele Frauen beschäftigt, in vielen der wichtigsten und kämpferischen (z.B. der systemrelevanten) Branchen stellen Frauen die Mehrheit der Beschäftigten. Das heißt nicht nur dass es eine proletarische Frauenbewegung braucht sondern auch, dass die zentrale Einbindung von Frauen in der Arbeiter*innenbewegung enorm wichtig ist.



ROSA-Aktivist*innen auf einer #BlackLivesMatter-Demo in Wien

SEXISMUS BEKÄMPFEN = AN DIE URSACHEN GEHEN

Es ist notwendig, sexistische, rassistische und andere reaktionäre Ideen innerhalb der Gesellschaft offensiv zu bekämpfen. Diskriminierung und Vorurteile dienen dazu, die Mehrheit der Bevölkerung im Kampf gegen das 1% der Superreichen zu spalten, deren Interessen im Mittelpunkt der Interessen der Regierenden weltweit stehen. Der Kampf gegen Diskriminierung muss daher auch einen Kampf gegen die ideologischen Instrumente beinhalten, die sich in den Händen der Großunternehmen und ihrer Großaktionär*innen befinden, wie z.B. die Mainstream-Medien. In der neokolonialen Welt spielen multinationale Konzerne und imperialistische Mächte – einschließlich internationaler Organisationen wie Weltbank, IWF und UNO – eine verheerende Rolle und bringen der Mehrheit der Bevölkerung nur Elend, Frauen leiden besonders darunter. Wir unterstützen daher alle Kämpfe, die im Interesse der Mehrheit der Frauen – der Arbeiterinnen, Bäuerinnen und armen Frauen in der Welt – sind.

Wie die Geschichte zeigt, können soziale Errungenschaften nur durch Kampf erreicht werden. Sie zeigt uns aber auch, dass keine Verbesserung in diesem System sicher ist. Der stetige Kampf um das Recht auf Schwangerschaftsabbruch, den wir in vorherigen Kapiteln beschrieben haben zeigt, dass uns jeder Erfolg auch wieder genommen werden kann. Um grundlegende Veränderungen zu erreichen, müssen wir deshalb den Kapitalismus loswerden, dessen Funktionsweise die Grundlage für die Unterdrückung der Frauen und die Ausbeutung der Mehrheit der Bevölkerung ist. Die Klassenspaltung der Gesellschaft und der Sexismus sind untrennbar verbunden.

Sexismus schadet der gesamten Arbeiter*innenklasse durch die direkte Unterdrückung von Frauen und durch die Spaltung unserer Klasse. Nur die herrschende kapitalistische Klasse hat ein langfristiges Interesse daran dieses sexistische System aufrecht zu erhalten. Frauen, die Jugend und die gesamte Arbeiter*innenklasse haben ein Interesse daran, den Kampf gegen das kapitalistische System gemeinsam zu führen. Nur auf der Grundlage der Bedürfnisse der Mehrheit können wir eine Gesellschaft aufbauen, die auf Gleichheit und Solidarität beruht und in der kein Mensch einen anderen unterdrücken und ausbeuten darf: Eine demokratische sozialistische Gesellschaft.

Geschichte von SLP, NICHT MIT MIR und ROSA



2004 Kampagne der SLP gegen die christlichen Fundamentalist*innen und radikalen Abtreibungs-gegner*innen von „Human Life International (HLI)“



2016 NICHT MIT MIR ruft gemeinsam mit der Initiative „Aufbruch“ zum Protest vor der irischen und polnischen Botschaft am internationalen Tag für sichere und legale Abtreibungen auf



2017: SLP organisiert erste Pride Parade in Linz mit, 2018 hat diese bereits 3.000 Teilnehmer*innen, 2019 schon über 6.000



2017: NICHT MIT MIR organisiert erste #metoo-Demo in Österreich



2020: SLP gründet das Bündnis „Do It Yourself: Frauentag Linz“, das seither die Demonstration am 8. März in Linz organisiert



2021: Protestaktion von ROSA gegen Femizide anlässlich des „Bierwirt“-Mordes in der Brigittenau in Wien



2021: ROSA bei den Protesten/Streiks der Kindergärten und Horte



2021: ROSA unterstützt Pflegeproteste

GEWINNEN KÖNNEN WIR NUR INTERNATIONAL

ROSA gibt es in Österreich seit 2020 (vorher hieß die Initiative „Nicht mit mir“). Wir sind Teil von ROSA International – einer Kampagne und Initiative der Internationalen Sozialistischen Alternative (ISA). In Polen, Irland, Mexiko – in vielen Teilen der Welt kämpfen unsere Genoss*innen gegen Sexismus, Rassismus, Unterdrückung und Ausbeutung. Werde Teil von ROSA und schließ dich unserem Kampf an!

10-Punkte-Programm von ROSA

1. **Sexismus, Diskriminierung, Gewalt an Frauen – hat System.** Die Ursachen sind nicht die Natur der Männer oder das Wesen des Menschen. Der Kapitalismus ist ein zutiefst ungleiches und brutales System, das alles dem Profit einer kleinen Elite unterordnet. In einer solchen Welt wird es immer Unterdrückung und Gewalt geben. Überall sehen wir heute, wie sehr dieses System am Abgrund steht – immer mehr Menschen suchen nach einer Alternative. Als ROSA kämpfen wir um eine solche Alternative.
2. **Internationalismus:** Der Kapitalismus ist ein globales System – deswegen muss unser Kampf auch international sein. Wir sind der Meinung, dass es nicht ausreicht “lose Netzwerke” zu kämpfen. Sozialistischer Feminismus bedeutet für uns, eine organisierte Kraft, eine Partei der Arbeiter*innenklasse und Jugend aufzubauen, die den Kampf um Frauenrechte und gegen jede Form von Unterdrückung als integralen Bestandteil des Kampfes gegen das kapitalistische System begreift.
3. **Kein Vertrauen in die etablierte Politik:** Wir haben keinerlei Vertrauen in die Regierungen und die etablierten Parteien, die uns teilweise eine angeblich “feministische” oder “fortschrittliche” Agenda verkaufen wollen. Wir wissen, dass uns nichts geschenkt wird, dass Veränderung nicht durch Parlamente oder Gesetze entsteht und dass wir um jede Verbesserung gegen hartnäckige Widerstände kämpfen mussten. Immer mehr kriegen wir zu spüren, wie der Feminismus der Eliten seine Versprechen über die Gleichstellung von Frauen nicht halten konnte. Deswegen brauchen wir andere Antworten als die, die uns von herrschenden Politiker*innen und liberalen Feminist*innen gegeben werden.
4. **Gegen jede Unterdrückung:** Wir kämpfen gegen jede Form von Ausbeutung, Sexismus und Diskriminierung, für Frauen- und LGBTQI+-Rechte, gegen rassistische und sexistische Gewalt und Unterdrückung. Um gleichen Lohn für gleiche Arbeit, um leistbaren Wohnraum, um höhere Löhne und Jobs, von denen wir leben können, um mehr Geld für Gesundheit, Bildung und Soziales und um echte Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums sowie die Vergesellschaftung von Haus- und Care-Arbeit. Im Kapitalismus besitzt eine kleine Elite die Mittel, um den Rest für sich arbeiten zu lassen und ausbeuten zu können.
5. **Eine Bewegung von unten aufbauen:** Die kämpferischen Traditionen des 8. März machen deutlich, was wir dringend heute brauchen, um die Bewegungen zu vereinen und zum Erfolg zu führen: Eine sozialistische Frauenbewegung, die die Verhältnisse von Grund auf verändern will. Wir setzen auf den Aufbau einer Bewegung die stark genug ist die Regierenden zu Zugeständnissen zu zwingen und die Grundlage für den Kampf um eine Systemalternative bildet.
6. **Organisieren wir uns:** Sexismus steckt in jeder Pore dieses Systems. Um das zu bekämpfen reichen keine losen Strukturen, die sich auf eine kleine Szene beschränken. Unser Ziel ist der Aufbau einer möglichst großen sozialistisch-feministischen Organisation, bundesweit und international, der es gelingt in Schulen, Nachbarschaften und Betrieben alle zu organisieren die sich gegen Sexismus und Ausbeutung wehren wollen.
7. **Für einen proletarischen Feminismus:** Frauendominierte Branchen gehören zu den kämpferischsten Teilen der Arbeiter*innenklasse. Für uns spielt die kollektive Organisation am Arbeitsplatz und in Gewerkschaften eine besondere Rolle im Kampf gegen Frauenunterdrückung. Nur durch Streiks und kollektive Aktionen der Arbeiter*innenklasse können wir die Herrschenden zu Zugeständnissen zwingen. Wir müssen die Gewerkschaften als Kampforganisationen zurückerobern, durch Streikbewegungen konkrete Siege erkämpfen und um die Einheit der Arbeiter*innenklasse, unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Religion und Sexualität, kämpfen. Aber diese Organisation legt auch die Grundlage für eine Gesellschaft, die nach den Bedürfnissen von Frauen, Jugendlichen und Arbeiter*innen organisiert ist und nicht nach Profiten.
8. **Für eine sozialistische Alternative:** Wir kämpfen für eine sozialistische Welt, in der der gesellschaftliche Reichtum, den wir alle täglich schaffen und die dazugehörigen Banken und Konzerne in die Hände der Arbeiter*innenklasse überführt und Wirtschaft und Gesellschaft nach den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt demokratisch organisiert werden. Das ist die Basis für eine Welt ohne Diskriminierung und Unterdrückung, in der Solidarität und Freiheit für alle herrscht.
9. **Revolutionäre Veränderung ist nötig:** Der Kapitalismus kann nicht Stück für Stück verbessert oder reformiert werden, sodass er nach unseren Interessen funktioniert – er trägt Ausbeutung, Unterdrückung und Ungleichheit in jeder Pore. Er kann nur durch eine grundlegende Veränderung, eine Revolution überwunden werden. Durch Massenbewegungen der Arbeiter*innenklasse und Jugend können wir dieses Ziel erreichen, dass haben die Erfahrungen vergangener Revolutionen gezeigt.
10. **Aktiv im hier & heute und für eine lebenswerte Zukunft:** ROSA ist offen für alle, die mit uns gegen Sexismus und Ungleichheit aktiv werden wollen. Wir sind aktiv auf der Straße, organisieren regelmäßige Treffen, Schulungen und Kampagnen, sind Teil von Protesten, initiieren und unterstützen Kämpfe der Arbeiter*innenklasse auf unterschiedlichen Ebenen. Wir haben den Anspruch, Menschen überall dort zu organisieren und zu aktivieren, wo sie leben, lernen und arbeiten. Werde jetzt mit uns aktiv – denn es ist höchste Zeit!

WERDE MIT UNS AKTIV!

“The rising of the women means the rising of us all” – Mit dieser Zeile des bekannten Streikliedes „Brot und Rosen“, das zurückgeht auf den Kampf von mehr als 20.000 Textilarbeiter*innen 1912 in Massachusetts (USA) wird deutlich, welche Art von Bewegung wir heute brauchen, um Sexismus, Gewalt und jede Form von Unterdrückung endgültig zu beenden. Dieses sozialistisch-feministische Programm soll in erster Linie eine Anleitung zum Handeln, zum Kämpfen sein. Der Kapitalismus steckt in einer historisch tiefen Krise. Die Auswirkungen dieser Krise, besonders auf Frauen, sind katastrophal: Krieg, Gewalt, Klimawandel, soziale Not, Armut, Hunger. Dieses System

hat ausgedient – Es ist dringend an der Zeit, für eine Alternative zu kämpfen. Lateinamerika, Polen, Myanmar, Sudan: In den letzten Jahren gab es auf der ganzen Welt zunehmenden Widerstand gegen die diversen Formen von Unterdrückung und Ausbeutung – mit Frauen an der vordersten Front dieser Kämpfe und Bewegungen. Deshalb hat dieses Programm das Ziel aufzuzeigen, warum der Kampf gegen die Unterdrückung von Frauen und LGBTQI+ Personen Hand in Hand gehen muss – mit dem Kampf um eine sozialistische Alternative zum kapitalistischen Horror.

Es ruft dazu auf: Schließ dich uns an!

Preis: € 3,00 | Spendenpreis: € 5,00



rosa_oesterreich



0660 / 9543696



info@nichtmitmir.at



www.rosainternational.org



ROSA – kämpferisch.sozialistisch. feministisch

ROSA



slp_online



slp@slp.at



www.slp.at



www.internationalsocialist.net



Sozialistische LinksPartei (SLP)

ISA 
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE

SLP 
Sozialistische LinksPartei